

Preussische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 19 · 9. Mai 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



Republik in der Krise

Während die neue Regierung ins Amt stolpert, wird die größte Oppositionspartei vom Verfassungsschutz gebrandmarkt **Seiten 1, 3 und 24**



Souverän Vor 70 Jahren schloss Österreich seinen Staatsvertrag **Seite 10**



Sorge Die umstrittenen Digital-Pläne von Schwarz-Rot **Seite 12**

VON RENÉ NEHRING

Die Blamage ist schon jetzt historisch. Erst im zweiten Wahlgang erreichte der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz am Dienstag die erforderliche Mehrheit für die Wahl zum Bundeskanzler. Zuvor hatte er als erster Bewerber in der 75-jährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nicht im ersten Wahlgang die notwendige Anzahl an Stimmen erreicht.

Über die Ursachen der Zustimmungsverweigerung wurde naturgemäß sowohl zwischen den beiden Wahlgängen als auch danach hektisch diskutiert. Schnell schossen Spekulationen darüber ins Kraut, wer die immerhin nicht wenigen Abweichler sein könnten, die Merz zunächst ihre Stimme versagten, und welche Motive sie bewegten. Eine Diskussion, die angesichts des Umstands, dass die Wahl geheim erfolgte, müßig war.

Unabhängig davon offenbarte der Fehlstart einer schwarz-roten Koalition, dass sich hier politische Partner zu einer Zusammenarbeit verabredet haben, die kaum zueinander passen und dennoch zum wiederholten Male eine Notgemeinschaft bilden, um unser Land zu regieren. Weshalb es denn auch sinnvoll ist, diesen Aspekt genauer zu betrachten.

Symptom einer tiefen Krise

Im Laufe des Dienstags war viel von einer „Staatskrise“ die Rede – ein Begriff, der sicher zu hoch gegriffen ist, da die Mütter und Väter des Grundgesetzes durchaus einen zweiten und dritten Wahlgang für die Kanzlerwahl vorgesehen haben und sich die Ereignisse dieses denkwürdigen Tages somit vollständig im Rahmen der Verfassung bewegten. Gleichwohl erlebt die zweite deutsche Republik die Zuspitzung einer fundamentalen Krise ihres politischen Systems – eine Krise, die dazu führt, dass es auf nahezu allen Ebenen immer schwieriger wird, stabile Mehrheiten zur Regierungsbildung zu finden. Es

ist eine Krise, die in den letzten rund zwei Jahrzehnten durch das Ignorieren des Willens weiter Teile der Bevölkerung zunächst im Verborgenen ausgelöst wurde, die sich dann 2013 durch das Aufkommen einer Protestpartei – der AfD – sichtbar manifestierte und anschließend durch das beharrliche Ausschließen jener Protestpartei kontinuierlich verschärfte.

Schon seit Langem zeigt sich, zunächst auf Landesebene, dass durch die neue Konkurrenz die gewohnten Farbenspiele aus wahlweise schwarz-gelben oder rot-grünen Koalitionen nicht mehr möglich sind und die Bildung arbeitsfähiger Bündnisse zunehmend erschwert ist. So wurde die Große Koalition aus Union und SPD, die in den Jahrzehnten zuvor die Ausnahme war, zum Regelfall deutscher Politik. Versuche, diesem Zustand durch die Bildung von Dreier-Koalitionen unter gleichzeitiger Einbeziehung von FDP und Grünen zu entgehen, scheiterten 2017 noch während der Verhandlungen über eine Jamaikakoaalition und 2024 durch den vorzeitigen Rauswurf der Liberalen aus der 2021 gebildeten Ampelkoalition.

Nach der Bundestagswahl vom Februar dieses Jahres waren diese Bündnisse nicht einmal mehr theoretisch möglich, weil das jahrelange Agieren am Willen der Wähler vorbei dazu geführt hatte, dass die etablierten Kräfte entweder dramatisch an Zustimmung verloren hatten oder – wie die FDP – ganz aus dem Bundestag

gefliegen sind, die AfD hingegen ihr historisch bestes Ergebnis einfahren konnte. Womit allein eine Neuaufgabe der schwarz-roten Koalition (die schon lange niemand mehr „groß“ nennt) übrig blieb.

Wozu diese Konstellation führte, musste vor allem die Union erfahren. Trotz sinkender Zustimmung der Wähler für die Parteien links der Mitte ließen sich CDU und CSU schon vor der Wahl von Grünen und SPD zu immer deutlicheren Absagen an jede Form der Zusammenarbeit mit der AfD drängen – und gerieten so in eine immer größere Abhängigkeit von politischen Akteuren, die nicht nur in vielen inhaltlichen Fragen für eine völlig andere Programmatik stehen als die Union, sondern ihre Machthebel auch souverän zu nutzen wussten.

Die gefangene Union

Die volle Wirkmächtigkeit dieser Lage zeigte sich dann bei den Koalitionsverhandlungen, wo die Sozialdemokraten trotz ihres schlechtesten Ergebnisses seit der Reichstagswahl von 1887 eine Vereinbarung mit der Union erzielen konnten, die laut Eigenlob der Genossen zu rund siebenzig Prozent ihre Handschrift trug. Und Merz, der noch im Wahlkampf skandiert hatte, dass die Herrschaft der „linken und grünen Spinner“ (O-Ton) vorbei sei, stand als Wortbrüchiger da, der für den Preis der Kanzlerschaft etliche Grundsätze seiner Partei über Bord geworfen hatte.

POLITIK

Ein Fehlstart als Warnung an die etablierten Parteien

Die holprige Wahl von Kanzler Merz ist Ausdruck einer bedrohlichen Dysfunktionalität des politischen Systems – für die es klare Ursachen gibt

Dass Merz all das Nachgeben gegenüber Parteien, die ihrerseits weit von einer eigenen Mehrheit entfernt sind, beinahe nichts genützt hätte, wirft von Beginn an einen tiefen Schatten auf seine Kanzlerschaft. Hinzu kommt, dass für das Ermöglichen einer zweiten Abstimmung noch am Dienstag die Geschäftsordnung des Bundestags geändert werden musste – und die Union einen Antrag hierzu zum Erreichen der erforderlichen Zweidrittelmehrheit nicht nur mit SPD und Grünen, sondern auch mit der Linkspartei zur Abstimmung stellte. Womit sich, so die Kommentatoren des Senders „Welt“, CDU und CSU nunmehr auch in der Abhängigkeit von Linksaußen befinden.

Auch wenn Merz' Wahl aus Sicht des Christdemokraten im zweiten Wahlgang noch einmal gutgegangen ist, so bleibt das grundsätzliche Problem doch bestehen: dass der Verlust großer Teile der Wählerschaft an eine Protestpartei zu einer nachhaltigen Dysfunktionalität unseres politischen Systems geführt hat. Wer diese Dysfunktionalität lösen will, muss entweder die verlorenen Wähler zurück gewinnen – oder jene Partei in das Spiel integrieren, der sich diese Wähler (laut aktuellen Umfragen immerhin rund ein Viertel) zugewandt haben. Ansonsten könnte es künftig selbst im zweiten und dritten Wahlgang schwer werden, die erforderliche Mehrheit für die Wahl eines Regierungschefs zu erreichen.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Wie radikale Palästina-Aktivisten in Berlin den Tag der Arbeit kaperten **Seite 5**

Kultur
„Uffrur“ in Schwaben – eine Landesausstellung über den Bauernkrieg **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt
Fragwürdiger Schritt – ein Museum in Mohrungen legt den Namen Herder ab **Seite 13**

Heimat
Emilie Winkelmann – Deutschlands erste freiberufliche Architektin **Seite 23**



Lesen Sie die PAZ
auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Blackout auf der Iberischen Halbinsel Der Stromausfall in Spanien und Portugal am 28. April ist wohl auf die Überkapazität durch Erneuerbare Energien zurückzuführen. Das ist auch ein warnendes Beispiel für Deutschland

Zu viel des Guten

Spanien beweist: Die einseitige Versorgung durch Solar- und Windkraft kann fatale Auswirkungen haben

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Energiepolitik der linken spanischen Koalitionsregierung unter dem Sozialisten Pedro Sánchez gleicht jener der abgewählten deutschen Ampelkoalition wie ein Ei dem anderen. Konventionelle grundlastfähige Kraftwerke werden nach und nach abgeschaltet und durch Windräder oder Fotovoltaik-Anlagen ersetzt. Am 16. April dieses Jahres kam dann die Erfolgsmeldung: Erstmals sei der gesamte spanische Strombedarf an einem Wochentag zu 100 Prozent durch Erneuerbare Energien gedeckt worden. Dem folgte nur zwölf Tage später ein Desaster historischen Ausmaßes, als am 28. April um 12.33 Uhr das spanische Stromnetz kollabierte. Das führte parallel zu Stromausfällen in Portugal und Teilen Südwestfrankreichs und Marokkos, die – zumindest auf der Iberischen Halbinsel – teilweise bis zu 18 Stunden dauerten.

Zunächst hieß es, ein Cyberangriff habe zum Zusammenbruch der Stromversorgung geführt. Das wurde beizeiten durch den halbstaatlichen nationalen Übertragungsnetzbetreiber Red Eléctrica de España (REE) und die Regierung in Lissabon dementiert. Daraufhin verkündete der portugiesische Netzbetreiber REN, Schuld an dem Ganzen trage „ein seltenes atmosphärisches Phänomen ... Aufgrund extremer Temperaturschwankungen im Landesinneren Spaniens traten anomale Schwingungen in den 400-Kilovolt-Hochspannungsleitungen auf ... Diese Schwingungen verursachten Synchronisationsfehler zwischen den elektrischen Systemen.“

Überlastung durch Solarstrom

Inzwischen führt REE den Vorfall allerdings auf die übermäßige Produktion von Solarstrom zurück. Und das ist tatsächlich die wahrscheinlichste Erklärung, welche auch von etlichen Fachleuten wie dem deutschen Energieexperten und früheren Vorstandsvorsitzenden von RWE Innogy, Fritz Vahrenholt, favorisiert wird. Letztendlich kam der iberische Blackout folgendermaßen zustande:

Für den Vormittag des 28. April belegten die REE-Aufzeichnungen eine wachsende Überproduktion von Solarstrom. Dieser machte bald um die zwei Drittel

des spanischen Strommixes aus, weswegen die konventionellen Kraftwerke nur noch auf Sparflamme liefen. Der trotzdem überschüssige Strom wurde wie üblich nach Frankreich und in weitere angrenzende Länder „entsorgt“. Dabei traten dann kurz vor dem Blackout Störungen im südfranzösischen Netz auf, das durch Hochspannungsleitungen in den Pyrenäen mit dem spanischen Netz verbunden ist. Französische Medien berichteten in diesem Zusammenhang unter anderem von einem Brand in einem Verteilerzentrum bei Perpignan. Möglich sind aber auch sonstige technische Defekte.

Auf jeden Fall führten die Probleme zu Abschaltungen auf französischer Seite, wodurch der aus Spanien ankommende Strom quasi dorthin „zurückgedrückt“ wurde. Das wiederum hatte einen plötzlichen Anstieg der Netzfrequenz zur Folge, welche stets im Bereich von 49,8 bis 50,2 Hertz liegen sollte. Bei unter 49 Hertz sind Stromabschaltungen zur Entlastung der überforderten Kraftwerke nötig, und

bei 51,5 Hertz gehen sämtliche Solaranlagen automatisch vom Netz, um den Stromüberschuss abzubauen. Dies war am Mittag des 28. April der Fall: Binnen weniger Sekunden schalteten sich so viele Fotovoltaikanlagen im sonnigen Südwesten Spaniens ab, dass die Solarstromproduktion des Landes schlagartig um etliche Gigawatt sank. Daraufhin fiel die Netzfrequenz nun auf unter 49 Hertz.

Fehlender Sicherungspuffer

Es folgte eine Kettenreaktion, die zum größten Blackout in der Geschichte Spaniens und Portugals führte. Auf der einen Seite fanden zahllose Lastabwürfe statt, um die Frequenz wieder nach oben zu treiben, auf der anderen Seite fuhren die konventionellen Kraftwerke aber herunter, weil durch die Niedrigfrequenz Schäden an deren Anlagen drohten.

Das Ergebnis war ein nahezu kompletter Ausfall der Stromversorgung auf der Iberischen Halbinsel, der sich hätte verhindern lassen, wenn mehr konventionel-

le Kraftwerke im Betrieb gewesen wären. Denn diese können Netzfrequenzschwankungen wie die vom 28. April sehr schnell und effektiv abpuffern.

Vor einem großen Blackout „aufgrund der hohen Marktdurchdringung der erneuerbaren Energien“ hatte REE bereits am 26. Februar in seinem Jahresbericht an die Börsenaufsicht Comisión Nacional del Mercado de Valores (CNMV) gewarnt, ohne dass dies irgendwelchen Konsequenzen nach sich zog.

Ebenso ignorant wie die spanischen Behörden agiert jetzt die deutsche Bundesnetzagentur, welche angesichts des iberischen Blackouts, der um ein Haar ganz Kontinentaleuropa erfasst hätte, abwiegelt: „Die Stromversorgung in Deutschland ist stabil“, weil redundant angelegt. Diese Redundanz schwindet allerdings mit jedem konventionellen Kraftwerk, das hierzulande außer Betrieb geht. Das allerdings verschweigen die Mainstream-Medien, welche die Aussagen der Bundesnetzagentur verbreiten.



Smartphone-Licht im Dunkeln: Eine junge Madrilenin verschafft sich beim Blackout auf eigene Weise Orientierung

BLACKOUT-FOLGEN

Ein schwerwiegender Imageschaden

Durch den Stromausfall gab es Tote und Schäden in Milliardenhöhe – Marode Energie-Infrastruktur schreckt außerdem Investoren ab

Der Blackout auf der Iberischen Halbinsel beeinflusste das Leben von rund 58 Millionen Menschen. Es verkehrten weder Züge noch Fähren, und auch im Flugverkehr gab es erhebliche Einschränkungen. Zahllose Spanier und Portugiesen saßen stundenlang in Aufzügen oder der Metro fest. Allein die Einsatzkräfte in Madrid mussten 35.000 Menschen aus den dunklen U-Bahnwaggons und -stationen retten. Ebenso waren die Autofahrer durch den Ausfall der Ampeln betroffen. Deshalb erging die Aufforderung, den Wagen stehenzulassen, während Polizisten den restlichen Verkehr von Hand regelten.

Die Geschäfte blieben teilweise geöffnet, wenn sie Notstromaggregate besa-

ßen, jedoch konnte nur mit Bargeld gezahlt werden. Wer über keines verfügte, hatte Pech, denn die Geldautomaten funktionierten genauso wenig wie das Internet. Dazu kam der Zusammenbruch des Mobilfunknetzes. Aufgrund all dieser Erschwernisse stellten die meisten Spanier ihre Arbeit ein. Das galt zum Teil sogar für das medizinische Personal, welches sich auf die Behandlung von Notfallfällen beschränkte.

Insgesamt kamen vier Menschen während des Blackouts zu Tode. Drei Spanier starben in Taboada aufgrund einer Kohlenmonoxidvergiftung beim Betrieb des hauseigenen benzinbetriebenen Generators. Und eine Frau in Madrid kam beim

Wohnungsbrand infolge der unachtsamen Verwendung von Kerzen ums Leben.

Dass die öffentliche Ordnung weitgehend gewahrt blieb, resultierte unter anderem aus dem zusätzlichen Einsatz von 30.000 Polizisten allein in Spanien. Darüber hinaus verhängten die Behörden in vielen Regionen den Notstand, was Plünderer und andere Kriminelle offenbar hinreichend abschreckte.

Dennoch verursachte der Blackout milliardenschwere Schäden, über deren Höhe jetzt spekuliert wird. Der spanische Wirtschaftsverband Confederación Española de Organizaciones Empresariales (CEOE) geht von 1,6 Milliarden Euro Verlust aus, während die Madrider Tageszeitung „El

Dass die öffentliche Ordnung weitgehend gewahrt blieb, resultierte unter anderem aus dem zusätzlichen Einsatz von 30.000 Polizisten allein in Spanien

Pais“ Experten zitierte, welche eine Summe von 4,5 Milliarden für realistischer halten. Auf jeden Fall gab es unzählige Produktionsunterbrechungen und Schäden an Systemen, welche empfindlich auf Stromausfälle reagieren. Nicht zu vergessen auch die immensen Verluste für den Handel und das Gastronomie-Gewerbe infolge des Ausfalls der Kühlanlagen.

Ebenso noch kaum seriös zu beziffern sind die längerfristigen Auswirkungen des Blackouts. Dazu zählen das Verschwinden von Arbeitsplätzen, der Verfall des Börsenwertes von besonders betroffenen Unternehmen und der Imageverlust für Spanien, welcher internationale Investoren abschrecken könnte. W.K.

SCHWARZSTART

Anfahren der Kraftwerke ist kompliziert

Dass die Stromversorgung auf der Iberischen Halbinsel nach dem Blackout so rasch wieder hergestellt werden konnte, grenzt an ein Wunder. Denn dieser Prozess, genannt „Schwarzstart“, ist ausgesprochen kompliziert und störanfällig. Zunächst sind dafür solche Kraftwerke nötig, welche sich auch ohne Strom oder mit einem dieselbetriebenen Notstromaggregat anfahren lassen. Dazu zählen weder Kohle- noch Kernkraftwerke. Beide besitzen zahllose Komponenten und Hilfsysteme, die viel Fremdenergie verschlingen und darüber hinaus von einer Schaltwarte auf elektrischem Wege gesteuert werden müssen. Als ebenso wenig brauchbar gelten Windkraft- und Fotovoltaikanlagen, weil diese sich nicht selbst synchronisieren können und bei ihrem Betrieb auf ein stabiles Netz angewiesen sind.

Dahingegen verfügen Wasserkraftwerke über die beste Schwarzstartfähigkeit überhaupt, denn sie benötigen überhaupt keine zugeführte Energie beim Anfahren. Hier genügt der manuell lenkbare Strom des Wassers, um die Turbinen und Generatoren anzuwerfen. Geeignet sind des Weiteren kleinere Gaskraftwerke, für deren Steuer- und Regeltechnik der Strom aus Dieselaggregaten ausreicht.

In der ersten Phase der Wiederinbetriebnahme eines kollabierten Stromnetzes entstehen mehrere autonome Schwarzstartinseln, die allesamt stabil laufen müssen. Dazu ist es zwingend notwendig, die Produktion und den Verbrauch von Strom sorgsam auszutariieren. Zu viele aktive Abnehmer würden gleich den nächsten Absturz verursachen. Steigt der Strombedarf, müssen die Kraftwerke entsprechend hochfahren, um die Netzfrequenz konstant zu halten.

Funktioniert die Stromversorgung innerhalb der einzelnen Inseln, dann steht im zweiten Schritt deren Wiederverbindung an, welche ebenfalls höchste Präzision verlangt. Dies alles passierte auf der Iberischen Halbinsel innerhalb weniger Stunden, könnte unter Umständen aber auch sehr viel länger dauern. W.K.

Die Fortsetzung eines Irrwegs

Wenige Tage vor dem Ende der alten Regierung stuft der Verfassungsschutz die größte Oppositionspartei im Land als „gesichert rechtsextrem“ ein. Über die Folgen für das politische System – und die betroffene Partei

VON WERNER J. PATZELT

Deutschland befindet sich auf dem Weg in eine Staatskrise. Die größte Oppositionspartei des Landes, die AfD, wurde vom Bundesamt für Verfassungsschutz für „gesichert rechtsextrem“ erklärt. Wenn unsere Politikerschaft diesen Bericht ernst nimmt, dann führt kein Weg daran vorbei, dass die neue Bundesregierung oder der Deutsche Bundestag beim Bundesverfassungsgericht ein Verfahren zum Verbot der AfD anstrengt.

Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit würde das Bundesverfassungsgericht die AfD jedoch nicht verbieten. Verfassungswidrig sind nämlich nur solche Parteien, „die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden“. Genau das ist im Übrigen jene rechtliche Definition von politischem Extremismus, die von deutschen Staatsschutzbehörden seit den 1950er Jahren regelmäßig verwendet, allerdings in vielen Verfassungsschutzberichten seit etlichen Jahren verschwiegen wird.

Fehlende Nachweise für eine fragwürdige Einstufung

Das gilt auch für den Sachverhalt, dass es zum Nachweis der Verbotswürdigkeit einer Partei – gemäß der bisherigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes – durchaus nicht genügt, wenn eine Partei verfassungsfeindliche Ideen verbreitet. Hinzukommen müssen vielmehr eine kämpferische Haltung gegenüber der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, die auf deren Abschaffung abzielt, sowie konkrete Anhaltspunkte dafür, dass ein Erreichen dieses Ziels als nicht völlig aussichtslos erscheint. Klar ist der Zweck von Parteiverboten nicht die Ausübung von Gesinnungsjustiz oder die Beschneidung von politischem Pluralismus, wie er sich eben auch in unerwünschten Wahlergebnissen niederschlagen kann. Im Übrigen ist, gemäß dem Verhältnismäßigkeitsprinzip, eine Partei nur dann zu verbieten, wenn sich ihr Kampf nicht auf belanglose Einzelaktionen beschränkt, sondern tatsächlich einen Sturz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bewirken könne.

Also erwartet man sich von Berichten unserer Verfassungsschutzbehörden Nachweise dessen, wo in einer als extremistisch eingestuften Partei es Pläne oder Vorbereitungen zum Umsturz gibt. Doch nichts dergleichen haben die bisherigen Verfassungsschutzberichte hinsichtlich der AfD vorgelegt. Auch das neue Gutachten begnügt sich, soweit auszugsweise bekannt geworden, mit folgender Behauptung: Der von der AfD verwendete ethnisch-abstammungsmäßige Volksbegriff grenze Menschen, die nicht ihrerseits von Deutschen abstammten, vom deutschen Staatsvolk aus, werte sie rechtlich ab und missachte damit ihre Menschenwürde. Dass sich das wirklich so verhält, wird von der AfD bestritten. Doch selbst wenn es so wäre, fände sich weiter nichts nachgewiesen, als dass ein solches Volksverständnis mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar wäre. Das allein aber macht eine Partei – jedenfalls nach bisherigem deutschen Verfassungsrecht – nicht zu einer extremistischen Partei.

Also bietet ein Gutachten, in dem sich keine Nachweise für Umsturzpläne der AfD finden, auch keinen ausreichenden Grund dafür, diese Partei zu verbieten. Eben deshalb waren weiterhin alle Politiker mit höheren Regierungspositionen vor der Einleitung eines Verbotsverfahrens. Denn anders als im Fall



Unter Druck und unter verschärfter Beobachtung des Verfassungsschutzes: Deutschlands größte Oppositionspartei

der NPD könnte sich diesmal das Bundesverfassungsgericht nicht um eine inhaltliche Entscheidung mit dem Argument drücken, die AfD sei politisch viel zu unbedeutend, als dass sie die freiheitliche demokratische Grundordnung oder gar den Bestand der Bundesrepublik Deutschland gefährden könne. Immerhin ist die AfD im Osten der Republik weithin die stärkste Partei und hat auch bundesweit zur Union aufgeschlossen. Das Verfassungsgericht würde deshalb ein inhaltliches Urteil fällen müssen. Dieses liefe nach Lage der Dinge darauf hinaus, die AfD „aus Mangel an Beweisen“ freizusprechen, also ihr einen Persilschein auszustellen. Das wäre aber genau das Gegenteil dessen, was jene Teile von Deutschlands Politiker-, Journalisten- und Bürgerschaft anstreben, die von jeder politischen Auseinandersetzung mit der AfD juristisch zu ersetzen versuchen.

Schwelbrand im politischen System

Worin besteht jene ins Haus stehende Staatskrise, die aus jahrelangen politisch falschen Weichenstellungen zu erwachsen droht? Obwohl das Bundesamt für Verfassungsschutz einen weithin erwünschten „Extremismusbeweis“ geliefert zu haben scheint, wird gegen die AfD weiterhin gerade nicht rechtlich vorgegangen; weil zugleich jene Migrationspolitik unterbleibt, die sehr viele AfD-Wähler wünschen, wird noch jahrelang die AfD eher gestärkt als geschwächt; und weil weiterhin die „gesichert rechtsextreme AfD“ in den Parlamenten – und gewiss demnächst auch bei der staatlichen Parteienfinanzierung – unfair behandelt wird, gibt es für die AfD weder Anreize, sich auf eine konstruktive Rolle im politischen Spiel einzulassen, noch parteiinterne Mehrheiten für einen entsprechenden Reformkurs.

Den Schwelbrand unserer innenpolitischen Polarisierung, dem jahrelang recht widernatürliche Parteibündnisse wehren sollten, hat jenes „Extremismus-Gutachten“ nun zum offenen Feuer angefacht. Da passt es

auch ins Bild, dass die ebenso uneinsichtige wie politisch erfolglose Innenministerin Faeser mit ihrer sachlich ganz unnötigen Hauruck-Aktion der neuen Bundesregierung ein ganzes Dynamitbündel unterschoben hat.

Und während die neue linke Ikone Reichinnek im Bundestag unter großem Beifall fordert, „Auf die Barrikaden!“ zu ziehen, wird der Rat des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Spahn für politisch ganz unverantwortlich erklärt, die AfD gemäß bewährten parlamentarischen Gepflogenheiten zu behandeln. Zugleich wirkt die Ankündigung des AfD-Co-Vorsitzenden Chrupalla, man wolle fortan mit parlamentarischem Anstand auftreten und sich rhetorisch mäßigen, wie eine vergebliche Anbiederung an arroganztrunkene Gegner. Anscheinend braucht ein großer Teil der Deutschen die AfD gerade so, wie im klassischen Griechenland die Spartaner mit den von ihnen unterjochten Heloten umgingen: nämlich zum selbsterhöhenden Bekämpfen von vermeintlich Minderwertigen. Das wird nicht gut ausgehen – bei uns, ebenso wenig wie einst in Sparta.

Der Verfassungsschutz muss sein Gutachten offenlegen

Klüger wäre es in Deutschland, wenn die folgenden Auswege aus unserer verfahrenen Lage gesucht würden. Erstens sollte man nicht länger *Radikalismus* mit *Extremismus* gleichsetzen. Radikalismus meint nämlich die Zuspitzung von sogar vernünftigen Positionen soweit, dass sie in Unsinn oder Unmenschliches umschlagen. Dass derlei in den eigenen Reihen vorkommt, geben sogar viele AfD-Mitglieder zu – und lassen oft genug durchblicken, man hätte das gerne anders. Aber zur Freiheit gehört es nun einmal auch, sich intellektuell oder moralisch disqualifizieren zu dürfen. Eben das haben sich gar nicht wenige AfDler durchaus geleistet. Was die Verfassungsschutzämter der AfD nachgewiesen haben, ist jedenfalls mannigfacher Radikalismus. Doch nichts deutet darauf hin, dass

dieser in absehbarer Zeit die freiheitliche demokratische Grundordnung oder gar den Bestand der Bundesrepublik Deutschland gefährden könnte. Wer das vor Augen hat, für den ist klar: Die AfD insgesamt als extremistisch und als deshalb zu verbieten auszugeben, ist auf politischer Ebene das Seitenstück dessen, was man auf persönlicher Ebene eine böswillige Diffamierung nennt. Hören wir also damit auf, unsere politischen Diskussionen durch einen absichtsvollen Missbrauch des Extremismus-Begriffs zu vergiften!

Zweitens sollte aus den Reihen der Parteien, der Zivilgesellschaft und der Medien lautstark gefordert werden, jenes Gutachten des Bundesamtes für Verfassungsschutz alsbald zu veröffentlichen. Geheimhaltungsbedürftiges lässt sich nötigenfalls schwärzen. Doch es geht einfach nicht an, die Wählerschaft darüber im Unklaren zu lassen, was es an wirklichen Beweisen zur behaupteten Verfassungsfeindlichkeit einer doch sehr umfangreich gewählten Partei vorzulegen gibt. Außerdem darf in einem freiheitlichen Staat eine Regierung nicht blindes Vertrauen der Bevölkerung hinsichtlich ihrer Einschätzung zur Umsturz-bereitschaft einzelner Parteien verlangen.

Drittens hat die neue Bundesregierung das Gutachten umgehend daraufhin zu prüfen, ob es wirklich überzeugend eine Verfassungsfeindlichkeit der AfD nachweist. Kommt die Bundesregierung zu dieser Überzeugung, dann hat sie umgehend einen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht zu stellen, weil sie andernfalls ihrer Verantwortung für die Sicherung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht gerecht würde. Hält die neue Bundesregierung hingegen dieses Gutachten für fehlerhaft, für nicht ausreichend überzeugend oder hinsichtlich seiner Verwendung des Extremismusbegriffs für irreführend, dann hat sie es den zuständigen Beamten zur Überarbeitung zurückzureichen. Dann wären obendrein persönliche Konsequenzen für jene Teile der Leitung oder der Mitarbeiterschaft des Bundesamtes für Verfassungsschutz zu erwägen, die für die Erstellung oder Veröffentlichung eines unzulänglichen Gutachtens in einer staatspolitisch so wichtigen Sache verantwortlich waren.

Auch die AfD hat eine Bringschuld

Viertens sollte die AfD nicht nur gerichtlich klären lassen, welche der von ihr beanstandeten Aussagen in jenem Gutachten wahrheitsgemäß beziehungsweise zulässig sind, welche anderen aber fortan unterlassen werden müssen. Vielmehr sollte die AfD ebenfalls die an ihr geübte Kritik viel ernster nehmen als bislang. Weder sich selbst noch gar unserem Land tut diese Partei Gutes, wenn sie politische Rhetorik nicht nur an der Grenze des Geschmackvollen, sondern auch an Grenzen des rechtlich Vertretbaren pflegt. So handelnd, bringt sie sich um eine konstruktive Rolle in unserem Gemeinwesen auch dadurch, dass sie gleichsam toxisch bleibt und jedem zum Schaden gereicht, der sich gutwillig auf Gespräche oder gar Verabredungen mit ihr einlässt. Es ist einfach so, dass nicht nur die Gegner der AfD vielfach Verrat an den bewährten Spielregeln unserer pluralistischen Demokratie begangen haben, sondern dass gar nicht wenige AfD-Politiker selbst jenes Bild ihrer Partei prägten, das der Verfassungsschutzbericht nun verallgemeinert.

● Prof. Dr. Werner J. Patzelt war von 1991 bis 2019 Inhaber des Lehrstuhls für Politische Systeme und Systemvergleich an der TU Dresden und ist derzeit Forschungsdirektor des Mathias Corvinus Collegiums in Brüssel. Zu seinen Werken gehören „Ungarn verstehen“ (2023) und – soeben erschienen – „Deutschlands blaues Wunder. Die AfD und der Populismus“ (beide Langen Müller). www.wjpatzelt.de

—
Anscheinend braucht ein großer Teil der Deutschen die AfD gerade so, wie im alten Griechenland die Spartaner mit den von ihnen unterjochten Heloten umgingen: nämlich zum selbsterhöhenden Bekämpfen von vermeintlich Minderwertigen. Das wird nicht gut ausgehen – bei uns, ebenso wenig wie einst in Sparta

MELDUNGEN

Kaum noch Deutsche

Berlin – Die deutschen Polizeibehörden suchten zum 1. April dieses Jahres 148.515 Personen per Haftbefehl. Das hat das Bundesinnenministerium auf eine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Sebastian Münzenmaier mitgeteilt. Desgleichen geht aus der Antwort hervor, dass lediglich zwölf Prozent der nicht vollstreckten Haftbefehle auf deutsche Staatsbürger ohne und mit Migrationshintergrund ausgestellt sind. Bei den Ausländern rangieren die Rumänen mit 16.367 Gesuchten an der Spitze. Darüber hinaus bestehen auch Haftbefehle gegen 12.968 Polen, 7309 Georgier, 6356 Türken, 5184 Bulgaren, 4049 Albaner, 4043 Algerier und 3596 Ukrainer. Münzenmaier kommentierte diese Aufstellung folgendermaßen: „Deutschland hat ein gigantisches Problem mit Ausländerkriminalität ... Umso wichtiger ist es, genau zu schauen, ... wen wir ins Land lassen. An der dauerhaften intensiven Kontrolle unserer Grenzen führt deshalb kein Weg vorbei.“ W.K.

Bernd Fabritius wieder im Amt

Berlin/München – Ende April gab der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) bekannt, dass Bernd Fabritius, Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV) und Ehrenvorsitzender des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland, neuer Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten wird. In dieser Funktion wirkte der 60-jährige, in Agneteln geborene Siebenbürger Sachse bereits in den Jahren 2018 bis 2022. Fabritius sieht es als „große Ehre, dass mich die CSU wieder für diese wichtige Aufgabe nominiert hat“. Er versprach sicherzustellen, dass neben den Themen Aussiedler und Minderheiten auch die der deutschen Heimatvertriebenen, der Spätaussiedler an höchster Stelle Gehör finden werden. Er betonte, dass die veränderten internationalen, aber auch nationalen Bedingungen zeitgemäße Antworten benötigten und geht davon aus, dass mit der neuen Bundesregierung die notwendigen Weichenstellungen erfolgen werden. MRK

Deutscher an Spitze der EDA

Brüssel – André Denk soll Generaldirektor der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) werden. Bislang war der Brigadegeneral der Bundeswehr als stellvertretender Generaldirektor die Nummer 2 in der 2004 gegründeten EU-Verteidigungsagentur. Generaldirektoren der EDA waren bislang ausnahmslos Politiker oder Diplomaten. Nach Einschätzung des Onlinemediums „Euractiv“ könnten sich mit dem Deutschen an der Spitze der EDA deren Beziehungen zu Berlin verbessern. Deutschland hat die zunehmende Übertragung der Kontrolle über militärische Angelegenheiten an die EDA bislang mit Skepsis verfolgt. In letzter Zeit hat es entweder wie bei der European Sky Shield Initiative auf eine Führungsrolle gesetzt oder aber sich wie bei der jüngsten Entscheidung für ein eigenes Satellitensystem für die Bundeswehr für eigenständige Lösungen entschieden. H.M.



Der CDU-Bundesvorsitzende mit seiner Wahl: Friedrich Merz und Wolfram Weimer (r.)

Bild: imago/Star-Media

KULTURSTAATSMINISTER

Linke Szene ist empört

Mit der Entscheidung für Wolfram Weimer weckt Merz hohe Erwartungen

VON ROBERT MÜHLBAUER

Noch nie hat ein designierter Kulturstaatsminister schon vor Amtsantritt so viel Ablehnung und Wut aus der links-grünen Kulturszene geweckt wie Wolfram Weimer. Ein Ensemble bildender Künstler startete flugs eine Petition gegen Weimer, die bislang fast 70.000 Unterzeichner fand. Der konservative Journalist, Publizist und Verleger sei „bislang kaum als Kulturmensch in Erscheinung getreten“, heißt es dort.

Weimer, der Gründer und Chefredakteur des Magazins „Cicero“ war, später Chefredakteur der „Welt“ und des „Focus“, habe Medien geleitet, „die eine klare wirtschaftsliberale und rechtskonservative Linie vertreten“. Seine Verlagsprojekte, unter anderem „Wirtschaftskurier“ und „The European“, stünden für „wirt-

schaftsnahe, konservative Perspektiven, nicht für eine offene, diverse und kritische Kulturlandschaft“, monierten die empörten Künstler.

Interessanterweise hat die Treibjagd auf Weimer nicht etwa ein linkes Medium gestartet, sondern der „FAZ“-Mitherausgeber Jürgen Kaube. Der kramte Weimers kleines Buch „Das konservative Manifest. Zehn Gebote für eine neue Bürgerlichkeit“ von 2018 hervor und konnte seinen Abscheu kaum zügeln. Sein Begriff von Kultur und sein Geschichtsverständnis wiesen darauf hin, dass er „der falsche Mann am falschen Platz“ sei. Er habe beispielsweise Novalis' Europa-Rede falsch verstanden und gegen den Islam gewendet. Zudem habe er Sorgen über den demographischen Niedergang Europas geäußert und von einem „Fortbestand des eigenen Bluts“ geschrieben. Letzteres war ein verkürztes Zitat. Die Grünen-Chefin

Franziska Brantner kommentierte Weimers Ansichten: „Das riecht nach Kulturpolitik aus der Schreibmaschine“ und befürchtete „kleinliche Deuschtümelei“.

Die „FAZ“ begann die Treibjagd

Der 60 Jahre alte Journalist und Verleger, den CDU-Chef Friedrich Merz von Ludwig-Erhard-Wirtschaftsgipfeln am Tegernsee gut kennt, ist für meinungsstarke Kommentare bekannt. In einem Artikel in „Cicero“ mit dem Titel „Die Multi-Kultilüge“ kritisierte er einen „naiven Multikulturalismus“ und schrieb: Was als geistiger Karneval der Kulturen beginne, sei inzwischen ein „Halloween der Entfremdung“ geworden. In seinem Buch „Sehnsucht nach Gott“ sprach er positiv über eine Renaissance der Religion, gemeint war die christliche. Dass die Geburtenraten der Europäer immer mehr sinken, nannte er „biologische Selbstaufgabe“.

ASYLRECHTSMISSBRAUCH

Sozialleistungen locken nach Deutschland

Wie die alte meidet auch die neue Koalition die grundsätzliche Lösung des Problems Sekundärmigration

Seit 2010 sind etwa 300.000 Sekundärmigranten allein aus Griechenland nach Deutschland eingereist, weil es in Griechenland keine Sozialhilfe für anerkannte Asylberechtigte gibt, sondern nur eine Arbeitslaubnis, um den Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Die Sekundärmigranten waren in den letzten Jahren immer etwa die zweitgrößte Gruppe der „Schutzsuchenden“. Sie suchten nicht Schutz vor politischer Verfolgung, wie er im Grundgesetz garantiert ist, sondern Schutz vor niedrigen oder gar ausbleibenden Sozialleistungen. Deutsche Gerichte hatten dies mehrfach anerkannt.

Selbst schon im Koalitionsvertrag der rot-grün-gelben Bundesampel von 2021 wollte man dagegen vorgehen: „Wir wollen Sekundärmigration in der EU verhindern. Dazu wollen wir den Missbrauch der visafreien Reisefreiheit innerhalb der EU verhindern und durch ein geordnetes Relocation Programm dazu beizutragen, dass Außengrenzstaaten die Bedingungen für Geflüchtete in ihren Ländern verbesser-

ern.“ Auch im neuen Koalitionsvertrag 2025 heißt es: „Die Bundesregierung wird umfassende gesetzliche Regelungen erarbeiten, um die Zahl der Rückführungen zu steigern. Dabei nehmen wir auch die Sekundärmigration in den Blick. Den verpflichtend beigestellten Rechtsbeistand vor der Durchsetzung der Abschiebung schaffen wir dabei ab.“

In der Ampel-Ära kam es zu keinem Rückgang der Sekundärmigration. Vielmehr hat sie sich noch erhöht. Und Zweifel sind erlaubt, dass vom jetzigen Koalitionsvertrag mehr zu erwarten ist. Wenigstens soll den von einem niedrigeren Sozialhilfeniveau in einem anderen EU-Land „verfolgten“ Sekundärmigranten in Deutschland zumindest der Rechtsbeistand gestrichen werden, mit dem sie sich bislang erfolgreich und kostenfrei einklagen konnten.

Im April hatte das Bundesverwaltungsgericht nach der Klage zweier Sekundärmigranten aus Griechenland, die eigentlich aus Gaza und Somalia stamm-

ten, ein vielleicht richtungsweisendes Urteil gefällt, das für alleinstehende junge Männer keine unmenschliche oder erniedrigende Behandlung in Griechenland bei Rückkehr annimmt.

Im Kreise der Koalitionäre jubelte man bereits über dieses erste Urteil in eineinhalb Jahrzehnten in diese Richtung. Allerdings dürfte auch diesmal die schwarz-rote Koalition die Rechnung ohne die Justiz gemacht haben. Denn neben dem Sozialniveau müssen auch Verjährungsfristen und anderes eingehalten werden, und bei jungen arbeitsscheuen Asylsuchern, die seit 15 Jahren in Deutschland mit Sozialalimenterung leben, sind längst alle Fristen zur Rückkehr nach Griechenland verstrichen. Neu einreisende Sekundärmigranten finden sicher Rechtsanwälte, die neue juristische Kniffe herausfinden, um Verfahren in die Länge zu ziehen, bis auch für sie Verjährungsfristen greifen.

Bereits 2021 hatte der damalige Innenminister Horst Seehofer (CSU) erkannt,

Als „Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien“ (BKM), wie das Amt des Kulturstaatsministers offiziell heißt, übernimmt Weimer eine Behörde mit 400 Mitarbeitern und einem Etat von mehr als zwei Milliarden Euro. Das Amt soll die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Kultur- und den Medienbereich verbessern. Weimer wird für die Filmförderung ebenso zuständig sein wie für die Stiftung Preussischer Kulturbesitz, einige Gedenkstätten, die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie den Auslandssender Deutsche Welle mit mehreren Tausend Mitarbeitern.

Seine Vorgängerin Claudia Roth (Grüne) war vielfach in die Kritik geraten, etwa wegen der antisemitischen Ausfälle bei der Documenta. Die ehemalige Managerin der linksradikalen Punkband „Ton, Steine, Scherben“, die über die Grünen in der Politik bis ins Staatsministerium aufgestiegen war, blickt nun besorgt darauf, was ihr Nachfolger tun wird. „Droht nun ein konservatives Rollback?“, fragte bang die links-grüne Zeitung „taz“. Das Kulturmilieu fürchtet „restaurative Tendenzen“. In einem Hintergrundgespräch mit Journalisten teilte Roth ihre Sorge mit, dass mit Weimer ein „Kulturkampf“ gegen die Szene drohe, die den Grünen und den Linken nahesteht.

„Tiefer Bückling“

Was tat Weimer? Er beeilte sich, im Magazin „Stern“ in einem Interview hervorzuheben, er sei kein Kulturkämpfer, sondern ein Kulturverfechter. „Gegen die AfD und die üblen Umtriebe des Rechtspopulismus“ schreibe er seit Jahren an, versicherte Weimer. Er stehe in der liberalen bürgerlichen Mitte. Zugleich distanzierte er sich von seinen alten Äußerungen bezüglich des Fortbestands des Blutes und behauptete, er habe damit eine historische Position, nicht seine beschrieben. Statt einer Kulturwende werde es eher ein Weiter-so mit ihm geben.

„Wer von mir eine Kulturrevolution oder irgendeinen Kulturkampf erwartet, den muss ich enttäuschen“, sagte Weimer. Und er versprach, Roths Mitarbeiter im BMK zu übernehmen. Diese anbietenden, beschwichtigenden Äußerungen des designierten Staatsministers verglich nun wiederum die konservative Wochenzeitung „Junge Freiheit“ mit einem „tiefen Bückling“ vor der links-grünen Kulturszene. Weimer müsse aufpassen, dass er im Kulturministerium nicht zu einem Größ-August werde, dessen konservative Ansichten wirkungslos werden.

TAG DER ARBEIT

Israelfeinde übernehmen linke Demo

Dieses Jahr haben erstmals radikale Palästina-Aktivist*innen die „Revolutionäre 1. Mai-Demo“ dominiert

VON HERMANN MÜLLER

Am diesjährigen Tag der Arbeit verlief in Berlin die „Revolutionäre 1. Mai-Demo“ in Kreuzberg und Neukölln ohne die Gewalt, die in der Vergangenheit typisch für diese Veranstaltung der linksextremen Szene gewesen war. Für die Berliner Polizei war die Belastung trotzdem hoch. Etwa 6000 Beamte mussten mehr als dreißig Demonstrationen absichern und dabei auch neue Gefahrenpotentiale wie Fahrzeugattacken und Drohnenangriffe im Auge behalten.

Nach Einschätzung der Polizei verlief der 1. Mai dann überwiegend ruhig. Anteil daran hatte nicht zuletzt die Zurückhaltung der Einsatzkräfte. Diese schritten etwa nicht ein, als Demonstranten die verbotene Parole „From the River to the Sea – Palestine will be free“ skandierten. Folgenlos blieb auch, dass ein Teil der Marschierer das Vermummungsverbot ignorierte. Bereits zu Beginn der „Revolutionären 1. Mai-Demo“ verlas ein Vermummter ein Grußwort der RAF-Terroristin Daniela Klette.

Verflechtungen in kriminelle Milieus

Angeführt hat den Demonstrationen dieses Jahr allerdings nicht der Schwarze Block der Autonomen, sondern die Migrant*innen. Diese zumeist von Immigrant*innen geprägten Gruppen sind für offene Grenzen und beschuldigen staatliche Strukturen und besonders die Polizei, rassistisch zu sein. Mit im Demonstrationenzug war auch eine Gruppe der Linkspartei mit Palästina-Flaggen und Plakaten, auf denen „Stop the Genocide“ zu lesen war. Angeführt hat die Gruppe der Linkspartei-Bundestagsabgeordnete Ferat Kocak, der eine Warnweste mit der Aufschrift „Parlamentarischer Beobachter“ trug.

Im Demonstrationenzug vertreten waren auch die bekannten Akteure der propalästinensischen Szene Berlins – inklusive des Hamas-nahen „Netzwerks Samidoun – Palestinian Solidarity Network“. Innenministerin Nancy Faeser (SPD) hatte Samidoun Deutschland im November 2023 verboten. Insgesamt war unübersehbar, dass das Thema Palästina den Aufmarsch dominierte.

Bereits im vergangenen Jahr hatte sich am 1. Mai ein propalästinensischer Block unter die DGB-Demo gemischt. Im ge-



Parolen gegen Israel: Polizist spricht am 1. Mai Demonstranten in Berlin an

Bild: picture alliance/Sipa USA

samten Jahr 2024 gab es in Berlin dutzende anti-israelische Demonstrationen, an denen Tausende Menschen teilgenommen haben.

Eine zentrale Rolle innerhalb der radikalen anti-israelischen Szene in der deutschen Hauptstadt nimmt laut Medienberichten mittlerweile der aus Gaza stammende Großclan Barbakh ein. Zum harten Kern des Clans zählen in der Hauptstadt 132 Personen. Angehörige der Großfamilie fallen zum Teil durch Alltagskriminalität auf, etwa Betrug oder Körperverletzungen, vor allem aber durch Delikte im Zusammenhang mit anti-israelischen Protesten auf den Straßen Berlins. Auf den Demos heizen Clanmitglieder mit antisemitischen Parolen die Stimmung auf oder greifen sogar Polizisten an.

In Polizeiakten taucht laut einem Bericht des „Focus“ der Name Barbakh mittlerweile in mehr als 360 Vorgängen auf. Davon sollen rund 80 Prozent einen Be-

zug zum Nahostkonflikt haben. Berlins Polizei ermittelt gegen Clanmitglieder unter anderem wegen Volksverhetzung, des Verwendens verbotener Symbole und Angriffen auf Polizeibeamte. Beim Staatsschutz des Berliner LKA kümmern sich mittlerweile Beamte darum, in Zusammenarbeit mit der Ausländerbehörde Barbakh-Angehörige ohne Aufenthaltsgenehmigung außer Landes zu schaffen.

Peinliche Panne bei Behörden

Dabei kam es unlängst zu einer für Berlin peinlichen Panne: Beamte der Bundespolizei nahmen bei einer Kontrolle am Berliner Hauptbahnhof zunächst den 21-jährigen Imad Barbakh fest. Dieser war erst im Februar nach Griechenland ausgewiesen worden, weil er dort nach seiner Einreise aus Gaza erstmalig registriert worden war. Der Versuch, den 50.000 Euro in bar bei sich tragenden Imad Barbakh in Abschiebehaft zu nehmen, scheiterte dann allerdings daran,

dass die Bundespolizei am Osterwochenende im Berliner Justizvollzug keinen Ansprechpartner erreichen konnte. Der Mann wurde daraufhin freigelassen.

Nach einer erneuten Festnahme wenige Tage später ordnete dann das Amtsgericht Tiergarten abermals die Freilassung an. Da Berlin gerade die Abschiebehaftanstalt in Lichtenrade saniert, stand für die Unterbringung des Ausreisepflichtigen nur die Sicherungsverwahrung in der JVA Tegel zur Verfügung.

Aus Sicht des Amtsgerichts hätte die Unterbringung dort allerdings „insgesamt deutlich ein Gepräge wie eine solche in regulärer Strafhaft“ gehabt. Laut EU-Recht wäre dies nach Ansicht des Gerichts nicht zulässig gewesen. Gegenüber der „B.Z.“ äußerte sich ein Beamter des Staatsschutzes skeptisch, ob ein weiterer Abschiebeversuch erfolgreich sein wird, nachdem der 21-Jährige nun mehrmals vorgewarnt und vermutlich untergetaucht sei.

BUNDESKABINETT

Ärger über Merz' Ministerliste

„Keine Ahnung von Proporz“: Nicht nur bei der Berliner CDU herrscht große Enttäuschung

Die Ministerliste von Friedrich Merz trifft in einigen CDU-Landesverbänden auf heftige Kritik, zum Teil löst sie sogar Empörung aus. Der Landesverband Niedersachsen, nach NRW und Baden-Württemberg immerhin drittgrößter CDU-Verband, wird im Bundeskabinett mit keinem einzigen Ministerposten vertreten sein. Aus dem Landesverband ist als Reaktion nun von einer „Bankrotterklärung für die Führung der CDU Niedersachsen“ die Rede.

Besonderes Unverständnis herrscht darüber, dass Merz CDU-Landesverbände wie Baden-Württemberg oder den kleineren von Schleswig-Holstein mit jeweils zwei Ministern berücksichtigt hat. Dies zeige, dass der CDU-Chef „keine Ahnung von Politik, Partei und Proporz hat – oder dass ihm das alles sogar egal ist“, so ein Kritiker aus der CDU Niedersachsen.

Komplett leer ausgegangen ist auch die Berliner Union. Als mögliche Bundesminister wurden in Berlin bislang der kürzlich zurückgetretene Kultursenator Joe Chialo und Justizsenatorin Felor Badenberg gehandelt. CDU-Mitglied Chialo galt sogar als Favorit, im neuen Kabinett Nachfolger von Claudia Roth auf dem Posten des Kulturstaatsministers zu werden. Merz entschied sich stattdessen dafür, den Posten mit dem Publizisten und Verleger Wolfram Weimer zu besetzen.

Badenberg wurde bereits frühzeitig in der CDU immer wieder als aussichtsreiche Kandidatin für das Amt der Bundesjustizministerin genannt. Union und SPD einigten sich zum Abschluss der Koalitionsverhandlungen allerdings darauf, dass die Sozialdemokraten entscheiden sollen, wer in dieser Wahlperiode an der Spitze

des Justizressorts stehen soll. Für die 1975 in Teheran geborene Badenberg bedeutet diese Entscheidung möglicherweise, dass sie beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) den nächsten Karriereschritt macht. Bevor Badenberg von Berlins CDU-Chef Kai Wegner als Justizsenatorin an die Spree geholt wurde, hatte die Parteiose als BfV-Vizepräsidentin fungiert.

Gerücht sagt: Rache an Kai Wegner

Nach dem Wechsel des bisherigen Behördenchefs Thomas Haldenwang (CDU) in die Parteipolitik ist der Posten des BfV-Präsidenten bislang unbesetzt. Derzeit wird die Behörde kommissarisch von den beiden Vizepräsidenten Silke Willems und Sinan Selen geleitet. Badenberg, die sich bereits als Vizepräsidentin des BfV den Ruf einer „AfD-Jägerin“ gemacht hat-

te, werden hohe Chancen zugerechnet, wenn unter der neuen Bundesregierung demnächst auch ein neuer Präsident für den Inlandsgeheimdienst des Bundes bestimmt wird. Der Umstand, dass Merz den CDU-Landesverband Berlin auf der Ministerliste überhaupt nicht berücksichtigt hat, deuten einige Kommentatoren sogar als Zeichen einer Rache an Berlins CDU-Chef Wegner. Dieser fiel tatsächlich des Öfteren mit Kritik an seinem Bundesvorsitzenden auf.

Äußerst zufrieden mit der Ministerliste hat sich Markus Söder gezeigt. Der CSU-Chef sagte, seine Partei sei im Bundeskabinett „so gut aufgestellt wie seit vielen Jahren nicht“. Ihm zufolge ist Alexander Dobrindt „unser stärkster Mann in Berlin und der richtige Mann als Bundesinnenminister“. H.M.

● KOLUMNE

Ein Beben

VON VERA LENGSFELD

Seit dem vergangenen Wochenende ist der Offenbarungseid der selbst ernannten Verteidiger der Demokratie in aller Munde. Kurz vor ihrem Amtsende hat die nur noch geschäftsführende Innenministerin Faeser den Verfassungsschutz sein Votum, die AfD sei „gesichert rechtsextrem“, veröffentlicht lassen. Das 1100-Seiten-Papier liegt der Partei, die es betrifft, allerdings nicht vor. Dafür einigen Zeitungen. Das ist ein Zeichen, dass rechtsstaatliche Prinzipien unter manch selbst ernannten „Parteien der Mitte“ ignoriert und damit unwirksam gemacht werden.

Was die Blätter dann als „Beweise“ für die Einstufung der AfD als „gesichert rechtsextrem“ abgedruckt haben, sind keine. Anscheinend hat der Verfassungsschutz in dreijähriger eifriger Beobachtung keine wirklich extremistischen Entdeckungen machen können, auch seine vermutlichen Agenten in der AfD konnten anscheinend nichts Substantielles liefern. Also werden Meinungsäußerungen, die man drastisch oder auch unappetitlich finden kann, zu extremistischen erklärt. Außerdem offenbart der Verfassungsschutz nur, dass er Probleme mit dem Begriff des Volkes hat, wie ihn die Schöpfer des Grundgesetzes zugrunde legten und wie er 36-mal im Text zu finden ist.

„Alle Macht geht vom Volke aus!“ Ist das etwa rechtsextrem? Unsere Gerichte urteilen immer noch „Im Namen des Volkes“. Ist das völkisch? Angeblich soll ja die AfD ein „völkisches“ Verständnis haben und eine monoethnische Gesellschaft anstreben. Nur gibt es keinerlei Beweise für einen solchen Vorwurf. Und warum ist die AfD für viele Menschen mit Migrationshintergrund interessant, wie viele Abgeordnete, Parteimitglieder und Wähler beweisen? Weil die „Parteien der Mitte“ der Opposition politisch nichts entgegenzusetzen haben, erhoffen sie sich Erfolge, indem sie die AfD anprangern. Ob das klappen wird, ist zumindest zweifelhaft. Es soll zahlreiche Neueintritte geben, seit das Verdikt des Verfassungsschutzes bekannt ist. Ein Trauerspiel sind wieder einmal die Medien, die nicht kritisch auf das Verhalten der Verfassungsschützer schauen.

● MELDUNG

Sanssouci kostet bald Eintritt

Potsdam – Besucher des Parks Sanssouci werden ab kommendem Jahr Eintritt bezahlen müssen. Wie die Stiftung Preussische Schlösser und Gärten (SPSG) bei ihrer Jahrespressekonferenz mitteilte, wird für den Zutritt zum Schlosspark ab April 2026 ein Eintrittsgeld erhoben. Hintergrund der Entscheidung der Stiftung ist ein Beschluss der Potsdamer Stadtverordneten, Zuschüsse zur Parkpflege zu streichen. Bisher hat die Stadt den freien Zugang zum Park mit einer Million Euro pro Jahr subventioniert. Nach Angaben von Christoph Martin Vogtherr, Generaldirektor der SPSP, sind keine Sperrungen oder Schranken für den Park Sanssouci vorgesehen. Allerdings soll es wie bei der Berliner U-Bahn gelegentliche Kontrollen geben, ob Parkbesucher ein Eintrittsgeld entrichtet haben. Die Stiftung nannte einen Preis von 20 Euro für eine Jahreskarte. Tageskarten soll es für drei Euro geben. H.M.

● MELDUNGEN

FPÖ in Wien verdreifacht

Wien – Bei der Gemeinderatswahl am 27. April in der österreichischen Hauptstadt bekam die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) trotz leichter Verluste mit 39,4 Prozent die meisten Stimmen. Für die Sozialdemokraten war dies das schlechteste Resultat seit den Wiener Gemeinderatswahlen 1996. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) landete mit 20,4 Prozent auf Platz zwei und erhielt 13 Prozentpunkte mehr als bei der letzten Landtagswahl 2020. Großer Verlierer der Wahl war die Österreichische Volkspartei (ÖVP), die nur auf knapp zehn Prozent kam. Der SPÖ-Spitzenkandidat und bisherige Bürgermeister Wiens, Michael Ludwig, hat eine Koalition mit der FPÖ ausgeschlossen. Als wahrscheinlich gilt eine Koalition der SPÖ mit der Partei „NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum“, die bei der Kommunalwahl auf 9,8 Prozent kam. Auch die Grünen, die 14,6 Prozent erreichten, haben bereits Bereitschaft signalisiert, mit der SPÖ zu koalieren. Wien, mit zwei Millionen Einwohnern nach Berlin die zweitgrößte deutschsprachige Stadt, wird seit 1945 durchweg von der SPÖ regiert. H.M.

Putin erlaubt US-Rückzug

Moskau – Russlands Präsident Wladimir Putin hat eine Anordnung unterzeichnet, die es der US-Investmentbank Goldman Sachs ermöglicht, ihr Geschäft in Russland zu verkaufen. Der armenische Investmentfonds Baltschug Kapital erhielt den Zuschlag, Goldman Sachs Aktien einiger russischer Unternehmen abzukufen, darunter solche des Energiekonzerns Gazprom, des Telekommunikationsunternehmens Rostelekom, des Erdölkonzerns Rosneft sowie von Novatek, dem größten privaten russischen Energieunternehmen. Zuvor hatte Baltschug Kapital die russische Tochtergesellschaft Goldman Sachs Bank übernommen. Für David Amarjan, den Geschäftsführer von Baltschug Kapital, bedeutet die Übernahme einen weiteren Meilenstein. In den vergangenen Jahren hat seine Firma Anteile mehrerer westlicher Unternehmen, die Russland verlassen haben, aufgekauft, darunter des US-Maschinenbauers Caterpillar und der Investmentbank Morgan Stanley. MRK

Eisenbahn via Afghanistan

Moskau – Russland und Usbekistan wollen in diesem Jahr mit dem Bau einer 573 Kilometer langen Eisenbahnlinie durch Afghanistan beginnen. Über diese sollen jährlich bis zu 20 Millionen Tonnen Fracht befördert werden. Die Bauarbeiten sollen fünf Jahre dauern, die Kosten werden von usbekischen Spezialisten auf knapp fünf Milliarden US-Dollar geschätzt, ihre pakistanischen Kollegen gehen von einem höheren Finanzierungsbedarf von etwa acht Milliarden US-Dollar aus. Die neue Eisenbahnlinie soll einen Transportkorridor schaffen, der die Europäische Union und Russland über Usbekistan, Afghanistan und Pakistan mit Indien und Südostasien verbindet. MRK



Goldene Zukunft für Nichtregierungsorganisationen: Der Sitz der Europäischen Kommission in Brüssel

EUROPÄISCHE UNION

Brüssel als NGO-Schlaraffenland

Milliarden fließen in der EU an Nichtregierungsorganisationen – weitgehend ohne Transparenz und Kontrolle

VON ROBERT MÜHLBAUER

Wer glaubt, die deutsche staatliche Alimentierung von zumeist linken Nichtregierungsorganisationen (NGOs) über „Demokratieprogramme“ sei außergewöhnlich, der wird von Brüssel eines Besseren belehrt. Die Europäische Union vergibt Jahr für Jahr Milliardenbeträge an die Szene der NGOs – ein Schattenreich mit vielen tausend Mitarbeitern, das Kritiker als Brüsseler NGO-Sumpf bezeichnen.

Dass viel zu wenig Transparenz und Kontrolle über die Vergabe der Mittel herrscht, hat im April auch ein Bericht des EU-Rechnungshofs beklagt. Bezeichnenderweise löste der kritische Bericht nur wenig Medienecho aus. Nach dem Korruptionsskandal „Katargate“ 2022, in dem auch eine dubiose italienische „Menschenrechts-NGO“ verwickelt war, hatte die EU eigentlich Besserung gelobt. Doch geschehen ist zu wenig.

„Die EU-Finanzierung für NGOs ist zu undurchsichtig und leidet unter einem Mangel an Transparenz“, stellt Laima Andrikiene, Mitglied des Europäischen Rechnungshofs, fest. In ihrem Prüfbericht hat sie die Ausgaben der Jahre 2021 bis 2023 unter die Lupe genommen. Immerhin 7,4 Milliarden Euro wurden in diesen drei Jahren an mehr als 4400 NGOs verteilt. Der Großteil, 4,8 Milliarden Euro, sind Mittel, welche die EU-Kommission NGOs gewährt, dazu kamen 2,2 Milliarden Euro aus dem Sozialfonds ESF+, welche die Mitgliedstaaten verteilen, und 400 Millionen Euro aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) für die NGOs. Alle drei Töpfe sind für linksorientierte Organisationen interessant.

Rechnungshof übt Kritik

Der Rechnungshof moniert, dass vielfach nicht klar ist, welche NGOs eigentlich wie viel Geld bekommen. Informationen darüber liegen nur bruchstückhaft vor, es gibt keine zentrale und umfassende Da-

tenbank über all die NGO-Subventionen in Milliardenhöhe. Die Leiterin der Untersuchung spricht von einem „eklatanten Mangel an Transparenz“. Es gibt Daten über die Finanzierung, aber die sind lückenhaft und über viele verschiedene Seiten verstreut.

In den EU-Staaten fehlt zudem eine einheitliche Definition darüber, was eine NGO (Non-governmental Organization) eigentlich ist. Nur sechs Staaten – darunter Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei und Griechenland – besitzen eine jeweils unterschiedliche rechtliche Definition. Die EU-Haushaltsordnung hat NGO 2024 als „eine von staatlichen Stellen unabhängige gemeinnützige Freiwilligenorganisation, bei der es sich weder um eine politische Partei noch um eine Gewerkschaft handelt“ definiert. Aber in der Realität wird im Einzelnen nur selten geprüft, ob das auch zutrifft. Viele NGOs sind politisch aktive Lobbyorganisationen, die durchaus Parteien nahestehen. Und für diese Lobbygruppen, etwa für Umwelt-

Klima- oder Menschenrechtsorganisationen, gibt es in Brüssel viele finanzielle Mittel abzugreifen.

Grüne auffallend unkritisch

Im EU-Parlament wird schon seit Längerem über die NGO-Mittel gestritten. Die EVP-Fraktion, zu der auch CDU und CSU gehören, nahm den Bericht des Rechnungshofs zum Anlass für neue Kritik. Monika Hohlmeier (CSU), die im Haushaltskontrollausschuss sitzt, monierte, dass zum Beispiel herausgekommen sei, dass einige Umwelt-NGOs für ihre Lobbyarbeit Betriebskostenzuschüsse erhielten. Sie sieht das Rechtsstaatsprinzip durch die Aktivisten gefährdet. Es seien mit EU-Geldern „lokale Protestaktionen, die sogar teilweise gewalttätig geworden sind“ finanziert worden.

Der AfD-Europaabgeordnete Markus Buchheit kritisierte einen „unkontrollierten Geldregen für NGOs“. Niemand wisse genau, wohin das Geld gehe oder wer dahinterstecke. Er forderte „Schluss mit dieser Schattenfinanzierung auf Kosten der Steuerzahler“. Der Grünen-Abgeordnete Daniel Freund hingegen warnte vor zu viel Kritik. Sicher sei mehr Transparenz wünschenswert, sagte Freund, dessen Fraktion mit den diversen NGOs bestens vernetzt ist. Der Grünen-Politiker fügte aber hinzu: „Man muss leider sagen, dass es eine koordinierte Kampagne gegen die Zivilgesellschaft gibt in Brüssel.“

Die Grünen, die sonst immer vorgeben, für Transparenz und gegen Lobbyismus zu streiten, werden nervös, wenn die NGO-Szene kritisch betrachtet wird. Das liegt daran, dass die Aktivitäten ihnen nahestehender mächtiger Lobbygruppen gestört werden können, die sonst im Brüsseler Schattenreich agieren.

Der Rechnungshofbericht nennt keinerlei Namen. Aber vor Kurzem wurde beispielsweise der Fall der NGO „ClientEarth“ publik, die auch die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und deren Anti-Dieselsklagen finanziert. ClientEarth und andere NGOs wie „Transport & Environment“ erhielten Hunderttausende Euro aus EU-Programmen. Gleichzeitig machten sie in Brüssel Druck für ein Verbot neuer Verbrenner-Autos und für E-Mobilität. Sie sollen aktiv versucht haben, Parlamentarier vor Abstimmungen zu beeinflussen. Letztlich finanziert die EU damit grünen-nahe politische Aktivitäten. Der Chef des Haushaltskontrollausschusses, Niclas Herbst (CDU), versucht das Dickicht zu durchleuchten, doch stellt er immer wieder fest, dass die EU-Kommission bei dem Thema mauert.

NATO

Reduktion der US-Armee in östlichen EU-Ländern?

Erst in der Biden-Ära war die Zahl der US-Soldaten in der Region um 20.000 erhöht worden

Beamte des US-Verteidigungsministeriums prüfen derzeit den Abzug von 10.000 in der östlichen Hälfte Europas stationierten US-Soldaten, wie der Sender NBC News unter Berufung auf amerikanische und europäische Quellen berichtet. Diese 10.000 wären Teil der 20.000 zusätzlichen Soldaten, die von der Regierung von Joe Biden eingesetzt wurden, um den Schutz der östlichen Hälfte Europas nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Jahr 2022 zu verstärken.

Rund 100.000 US-Soldaten befinden sich laut Zahlen des Pentagons in Europa, davon etwas mehr als 65.000 dauerhaft. General Christopher Cavoli, Kommandeur der US-Streitkräfte in Europa, sagte am Mittwoch vor dem Repräsentantenhaus, dass diese Zahlen regelmäßig neu bewertet würden: „Ich habe ständig empfohlen, sie beizubehalten und werde dies auch weiterhin tun.“

Bei der selben Anhörung schloss eine Beamtin des Pentagons, Katherine Thom-

pson, diese Option nicht aus und erinnerte daran, dass eine allgemeine Überprüfung der US-Einsätze weltweit im Gange sei. „Wir bewerten diese Elemente auf der Grundlage der von Präsident Trump erklärten Interessen ... Es wurden noch keine Entscheidungen getroffen“, sagte sie.

Der US-Präsident wiederholt gebetsmühlenartig, dass die USA zu viel ausgeben, um ihre militärische Präsenz in der Welt aufrechtzuerhalten, und dass die strategische Priorität der USA darin bestehe, China entgegenzutreten. In diesem Zusammenhang wäre der Abzug von rotierenden Truppen, die erst vor Kurzem verlegt wurden, „einfacher als der Abzug von ständigen Truppen wie in Westeuropa“, stellt Artur Kacprzyk vom polnischen Forschungszentrum PISM fest.

Länder der östlichen Hälfte Europas wie Polen, Rumänien oder die baltischen Staaten hoffen, ihre US-Soldaten behalten zu können. „Polen wurde immer wieder als ein Land genannt, in das es sich zu in-

vestieren lohnt. Also schauen sie (die USA) wahrscheinlich nicht unter ihren engsten Verbündeten nach, um ihnen etwas anzutun“, will der polnische Verteidigungsminister Wladyslaw Kosiniak-Kamysz glauben.

Eine Reduzierung „wäre ein sehr schlechtes Signal, weil es Russland ermutigen würde, aggressiver gegen Europa vorzugehen, und würde als ein riesiges Zugeständnis Amerikas an Moskau interpretiert werden“, fasst George Scutaru, Gründer der rumänischen Denkfabrik NSC, zusammen. Es würde „die Sorge um die Verlässlichkeit der USA als Verbündeter verstärken und die Befürchtung, dass sie versuchen könnten, mit Russland auf Kosten Europas einen Deal abzuschließen“, fügt Kacprzyk hinzu.

Der Rückzug fiel mitten in die von Trump eingeleitete Wiederbelebung der Beziehungen zwischen Washington und Moskau. Dazu zählen Telefonate mit Putin, bilaterale Treffen, Gefangenenaus-

tausch und Verhandlungen zur Beendigung des Krieges in der Ukraine.

Die Präsenz von US-Soldaten in den ehemaligen Ländern des Warschauer Vertrages ist für Moskau ein immer wiederkehrendes Ärgernis. „Natürlich würde Russland eine Reduzierung der US-Streitkräfte in der Nähe seiner Grenzen begrüßen“, prognostiziert Kacprzyk und erinnert daran, dass Russland bis Ende 2021 den Abzug aller alliierten Truppen von der Ostflanke der NATO gefordert hatte.

Für viele Analysten ist es unmöglich, die beiden Bewegungen zu entkoppeln: die Verhandlungen über die Ukraine und den tieferen und längeren Prozess des amerikanischen Rückzugs aus Europa, der schon lange vor Trump begonnen hat. Schon der französische Außenminister Robert Schuman hatte 1951 in einer Rede im lothringischen Diedenhofen (Thionville) einen Abzug Amerikas aus Europa vorausgesagt. Bodo Bost

VON SVERRE GUTSCHMIDT

Deutsche Autos verkaufen sich nicht mehr wie gewohnt. Mit den neuen US-Zöllen vom April gerät die deutsche Autoindustrie weiter in die Krise. Ein Jobabbau großen Ausmaßes setzt ein.

Schon 2024 war laut einer Studie der Prüfungs- und Beratungsgesellschaft EY kein gutes Jahr für die Angestellten der Branche. Knapp 19.000 Stellen gingen demnach in der Autoindustrie verloren. 2023 waren nach vier Jahren mit abnehmenden Stellenzahlen letztmalig wieder mehr Arbeitsplätze entstanden. Letztes Jahr schon klagten die Karosenschmieden über hohe Kosten. Am Standort Deutschland waren bei insgesamt 772.900 Angestellten knapp ein Prozent weniger Mitarbeiter zu verzeichnen.

Die deutsche Auto- mit angeschlossener Zulieferindustrie gilt als Herz und Motor der deutschen Wirtschaft. Viele Mittelständler haben im Zuliefergeschäft ihren Kern, bei dessen Wegbrechen auch andere gewinnträchtige Bereiche ohne Autobezug gefährdet sind. Bei VW und Mercedes-Benz brechen jetzt die Gewinne massiv ein. Direkt davor traf es Audi. Der Nettogewinn bei Volkswagen ging im ersten Quartal des laufenden Jahres um 40,6 Prozent auf rund 2,19 Milliarden Euro runter. Mercedes-Benz verbuchte zeitgleich knapp 43 Prozent weniger bei einem Nettogewinn von 1,7 Milliarden Euro.

Nicht nur die Zölle im wichtigsten Exportmarkt USA setzen den Herstellern zu, Probleme aus starren Prozessen und einer einseitigen Modellpolitik schlagen durch. Die Zölle erschweren jede Planbarkeit. Ein perfekter Sturm droht aufzuziehen, denn nachgeschaltete Zulieferfirmen setzen weiter auf Verbrennerfahrzeuge, allein wegen der Vielzahl komplexer Teile aus ihrem Sortiment, die Elektroautos so nicht benötigen.

Verbrenner oder E-Autos?

Opel, VW, Audi, Porsche haben sich jüngst festgelegt, Modelle mit Verbrennermotor zu planen. Dass in der EU ab 2035 keine neuen mit fossilem Diesel oder Benzin betriebenen Pkw mehr neu zugelassen werden dürfen, erhöht den Druck. Den Übergang zu Elektroautos verschlafen zu haben, ist nur ein Vorwurf von vielen, der jetzt die Branche trifft.

VW hat bereits beschlossen, Zehntausende Stellen abzubauen. Bis 2030 sollen es mehr als 35.000 werden, so der Kompromiss mit den Gewerkschaften. Ob das reicht, ist angesichts der neuesten Daten des Konzerns fraglich. Audi streicht bis Ende 2029 insgesamt 7500 Stellen in Deutschland. Sport- und Geländewagen-



Nicht mehr so sicher wie einst: Arbeitsplatz in der deutschen Automobilindustrie

Bild: imago/Westend61

DEUTSCHLAND I

Bei den Autobauern ist der Job-Einbruch schon da

Vergangenes Jahr gingen in der deutschen Automobilbranche fast 19.000 Stellen verloren – und zukünftig drohen es noch viel mehr zu werden

bauer Porsche plant, rund 1900 Stellen abzubauen.

Bei den Zulieferern ist die Lage ähnlich. Und dabei sind die neuesten Entwicklungen aus Welthandel und US-Zöllen noch nicht einmal berücksichtigt. Bosh streicht allein in Niedersachsen 750 Stellen, in Thüringen plant Automobilzulieferer Motherson 350 Stellen zu streichen, bei Tekfor ist ein ganzer Betrieb mit 380 Arbeitsplätzen in akuter Gefahr. Besonders zwischen Elbe und Oder setzt die Branche massiv Angestellte frei. So hat der Automobilzulieferer Bohai Trimet mit Sitz in Harzgerode Insolvenz angemeldet – zirka 580 Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel. Aber auch den Westen trifft es. Beim Reifenhersteller Continental entfallen bis 2026 rund 1450 Stellen.

Auch andere Branchen schwächeln

Der Autosektor steht im produzierenden Gewerbe nicht allein dar. Selten fiel eine

Frühjahrsbefragung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) so düster aus. Von den befragten Industriefirmen gaben 42 Prozent an, im Laufe des Jahres Entlassungen vornehmen zu müssen. Es hilft den deutschen Autobauern wenig, dass US-Präsident Donald Trump nun eine Senkung der Zölle für ihre Produkte bekanntgab: Entweder gilt 25 Prozent Aufschlag für im Ausland gebaute Autos oder 25 Prozent Zoll auf Stahl oder Aluminium.

In Deutschland war die Lage wegen hoher Energiekosten und vieler regulatorischer Anforderungen schon 2024 schwierig, nun kommen die Marktveränderungen in Asien, vor allem China, mit seiner erstarkten Eigenproduktion an E-Autos hinzu. Manche Branchenbeobachter gehen inzwischen davon aus, dass von Deutschlands großen Autoproduzenten gleich mehrere das Jahrzehnt nicht überleben. Zu lange habe man sich darauf konzentriert, bestehende Geschäftsmodelle

zu optimieren, statt Neues zu wagen. Nun muss die Branche auch bei der Entwicklung kürzen, wo ihr Rückstand zur asiatischen Konkurrenz gerade offenkundig wird. Am chinesischen Markt ist Volkswagen mit seinen Partnern längst vom Platz 1 der verkauften Neuwagen verdrängt. Der Preisdruck auf dortige Hersteller ist genauso gestiegen wie der Anteil neuer E-Autos – schlechte Voraussetzungen für deutsche Hoffnungen, den einbrechenden US-Markt mit dem Asiengeschäft zu kompensieren.

Deutsche Mitarbeiter ergreift eine ungekannte Unsicherheit – konnten sie mit jahrelanger Beschäftigungsgarantie und Jahrzehnten Betriebszugehörigkeit planen, ist kaum noch etwas sicher. Wer bei Zulieferern einen besseren Job wählte, muss auch bangen – den Menschen im gesamten Sektor gehen die Perspektiven aus, was in vielen Regionen Deutschlands für sozialen Zündstoff sorgen kann.

DEUTSCHLAND II

Kampfdrohnen aus der Garage

In der Rüstungsindustrie hoffen immer mehr junge Start-up-Unternehmen auf lukrative Geschäfte

Innerhalb der deutschen Rüstungsindustrie spricht man bereits von einer Art Goldgräberstimmung. Viele wollen von den in Aussicht stehenden Staatsmilliarden etwas abhaben. Fernab der großen Konzerne entstehen im Süden der Bundesrepublik Deutschland derzeit kleine, hoch spezialisierte Unternehmen, die Kriegstechnik entwickeln, wie sie aus Israel oder den USA erwartet wird.

Ein Beispiel ist die Firma Arx aus Oberbayern. Drei junge Männer, zwei davon mit militärischem Hintergrund, entwickelten innerhalb von zwei Jahren einen unbemannten Kettenroboter, der Lasten transportieren, verwundete Soldaten aus der Gefahrenzone holen oder sogar gepanzerte Fahrzeuge fernsteuern kann. Das erste Exemplar ihrer Eigenentwicklung führen sie noch eigenhändig ins

ukrainische Kriegsgebiet – heute steht Arx kurz davor, eine Fertigung mit vierstelliger Jahreskapazität aufzubauen. Die Bundeswehr testet bereits erste Modelle, ein großer Lkw-Hersteller will Fahrzeuge künftig mit der Arx-Steuerung ausrüsten.

Nicht weniger bemerkenswert ist der Aufstieg der Firma Tytan, die ihre Wurzeln an der Technischen Universität München hat. Zwei junge Entwickler konstruieren dort Drohnen, die andere Drohnen abschießen. Die Fluggeräte erreichen eine Höchstgeschwindigkeit von über 300 Kilometern in der Stunde, sind klein, günstig und für die Abwehr von Angriffen aus der Luft gedacht – vor allem gegen sogenannte Einwegdrohnen. Die Gründer sprechen von einer „Schutzkuppel“, die man mit einer Handvoll solcher Geräte aufbauen könne. Ihre Fertigung wird der-

zeit hochgefahren. Finanzielle Unterstützung kommt aus der Ukraine, aber auch von anderen europäischen Geldgebern.

Ein drittes Beispiel ist die Firma Donastahl aus dem niederbayerischen Huthurn. Noch vor wenigen Jahren stellte man dort Zubehör für Sportschützen her. Auf einer Messe kam Firmengründer Stefan Thumann mit ukrainischen Sicherheitskräften in Kontakt. Heute produziert er mehrere hundert Kamikazedrohnen täglich. Thumann, der sich auf der Onlineplattformen „X“ als „Stammtisch-General“ bezeichnet, nutzt soziale Medien gezielt zur Selbstvermarktung.

Der Firmenchef spricht offen von einem „patriotischen Projekt“. Seine Geräte tragen Namen wie „Maus“, sind robust, günstig und speziell auf die Anforderungen des Ukrainekrieges zugeschnitten.

Was diese jungen Firmen verbindet, ist nicht nur ihre Innovationskraft, sondern vor allem ihre Unabhängigkeit von großen Rüstungskonzernen. Während dort lange Zeit schwere Verfahren und Bürokratie vorherrschten, entwickeln die Start-ups in kleinen Werkstätten serienreife Waffen. Nicht selten mit einfachsten Mitteln und innerhalb weniger Monate.

Zunehmend wird auch die öffentliche Hand auf diese Entwicklung aufmerksam. Die Bundeswehr hat eine eigene Erkundungseinheit für neue Technologien aufgebaut. In Erding soll ein neues Forschungszentrum entstehen, das den Austausch zwischen Militär und Industrie fördern soll. Und sogar die NATO stellt mittlerweile Geld bereit, um den Aufbau einer eigenständigen europäischen Rüstungsindustrie zu fördern. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

US-Debatte um Goldstandard

Washington – In den USA wird wieder über eine Goldbindung des Dollars diskutiert, wie sie bis 1971 bestand. Entsprechende Vorschläge machten Alexander Mooney (Republikaner) aus West Virginia, der bis Jahresbeginn im Kongress saß, und Ron Paul (Libertarian Party) aus Texas, der 2013 aus dem US-Parlament ausschied. Paul hatte bereits 1971 gegen die Aufhebung des Goldstandards opponiert. Ein Gesetzentwurf Mooneys kam bislang zwar nicht über den Finanzausschuss des Repräsentantenhauses hinaus, heizt aber die Debatte über die Stabilität des Dollars und deren Sicherung an. Paul und Mooney sehen in der Rückkehr zum Goldstandard die beste Möglichkeit, die wirtschaftlichen Probleme der USA in den Griff zu bekommen, während ihre Kritiker vor einem solchen Vorhaben warnen. Es würde die weltweiten Finanzmärkte erschüttern, zur Deflation führen, die monetäre Flexibilität des Staates einschränken und den Goldpreis auf 10.000 Dollar pro Unze hochtreiben. *W.K.*

Doch wieder mit Bargeld

Hannover – Die Bäckereikette Göing in Hannover und die Düsseldorfer Bulle Bäckerei, welche die Barzahlungsmöglichkeit in ihren Filialen abgeschafft hatten, nehmen nun wieder Münzen und Scheine an. Damit reagieren sie auf Kundenproteste. Die Bulle Bäckerei teilte mit, sie sehe „das Bargeldlos-Experiment als gescheitert“ an. Parallel hierzu veröffentlichte der Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks eine Stellungnahme, in der er Bargeld als „unverzichtbar“ bezeichnete und vor der Missachtung von Kundenwünschen warnte. Ungeachtet dessen versucht nun die ebenfalls in Düsseldorf beheimatete Bäckereikette Hinkel Barzahler zu benachteiligen, indem sie diese nur noch an einer Kasse pro Filiale bedient, was zu längeren Wartezeiten für die Betroffenen führt. Der Seniorchef des Familienbetriebes ist Erster Stellvertreter der Bürgermeister in Düsseldorf, wo die Stadtverwaltung besonders bargeldkritisch auftritt. *W.K.*

Google droht Zerschlagung

Washington – Die Regierung von Donald Trump verschärft ihren Ton gegenüber Google. Bereits im April war ein Gericht im US-Bundesstaat Virginia in einem Kartellprozess zu dem Schluss gekommen, dass das Tochterunternehmen des Konzerns Alphabet durch unfairen Wettbewerb über mehr als zehn Jahre eine Monopolposition bei den Plattformen Ad Server und Ad Exchange erlangt habe. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft soll Google klassische Methoden zur Monopolbildung angewandt haben. Anfang dieses Monats hat das US-Justizministerium ein Bundesgericht dazu aufgefordert, eine Abspaltung von Googles hochprofitabler Onlinewerbepattform Ad Manager, welche die beiden vom Urteil betroffenen Unternehmensbereiche umfasst, anzuordnen. Google kündigte an, gegen das Urteil des Gerichts in Virginia in Berufung zu gehen. *H.M.*

KOMMENTAR

Das Neutralitätsgebot wird geschleift

VON HERMANN MÜLLER

Der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz hat im April ein Urteil gefällt, das unter Juristen für heftige Diskussionen gesorgt hat. Im Januar 2024 hatte die damalige Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) über ihren dienstlichen Instagram-Account „ministerpraesidentin.rlp“ zur Teilnahme an einer Kundgebung unter dem Motto „Zeichen gegen Rechts – Kein Platz für Nazis“ aufgerufen. Dabei hatte die Ministerpräsidentin direkt Bezug auf die AfD genommen. Wenige Tage zuvor hatte Dreyer bereits die AfD für ihre Positionen zur Migration kritisiert und sie als „Fall für die Verfassungsschutz- und Strafverfolgungsbehörden“ bezeichnet.

Die AfD sah in den Äußerungen der Ministerpräsidentin einen Verstoß gegen das Neutralitätsgebot für staatliche Funktionsträger. Die Partei klagte beim Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts dürfen Behörden und staatliche Amtsträger keine Werbung für bestimmte Parteien machen und ihre Stellung auch nicht dafür nutzen, Parteien abzuwerten.

Die Verfassungsrichter in Rheinland-Pfalz entschieden in ihrem Urteil vom April, dass die damalige Ministerpräsidentin mit ihren Äußerungen tatsächlich in das Recht auf Chancengleichheit der Partei eingegriffen und das Neutralitätsgebot nicht gewahrt habe. Allerdings seien die Äußerungen Dreyers zum Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gerechtfertigt gewesen. Zur Begründung wiesen die Verfassungsrichter darauf, dass Dreyers Aussagen weder willkürlich noch unsachlich gewesen seien. Dreyers Wertungen ließen sich auf Reden von Mitgliedern der AfD im Bundestag und auf die Feststellungen in den Verfassungsschutzberichten des Landes Rheinland-Pfalz aus den Jahren 2022 und 2023 stützen, so die Richter.

Diese Argumentation hat eine große Schwachstelle: Die Verfassungsschutzbehörden unterstehen den jeweiligen Innenministern. Als weisungsgebundene Behörden können die Verfassungsschutzämter damit nicht als unabhängige Instanzen gewertet werden.

Bereits das Bundesverfassungsgericht war in Entscheidungen zu Corona-Maßnahmen der Fehleinschätzung unterlegen, das Robert-Koch-Institut (RKI) würde unabhängig und nur auf Basis wissenschaftlicher Grundlagen agieren. Die öffentlich gewordenen Protokolle des Covid-19-Krisenstabs des RKI haben allerdings etwas anderes gezeigt.

Die Problematik fehlender Unabhängigkeit von der Regierung wird auch im Fall der Einstufung der gesamten AfD als „gesichert rechtsextremistisch“ durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) sichtbar. Als Nancy Faeser wenige Tage vor dem Ende ihrer Amtszeit als Bundesinnenministerin die Einschätzung des Bundesamtes öffentlich machte, bemühte sie sich, den Eindruck zu erwecken, der Verfassungsschutz sei unabhängig zu seiner Einschätzung gelangt. Tatsächlich ist das BfV dem Bundesinnenministerium nachgeordnet und untersteht dessen Dienst- und Fachaufsicht. Wie der Fall Hans-Georg Maaßen zeigte, hat es die Bundesregierung in der Hand, den Chef des Bundesamtes zu entlassen und den Posten neu zu besetzen. Von einer unabhängigen Behörde, die parteipolitisch ganz neutral agiert und nur auf der Grundlage objektiver Kriterien Einschätzungen abgibt, kann damit kaum die Rede sein.

Vor diesem Hintergrund ist die Entscheidung der Verfassungsrichter in Rheinland-Pfalz hochproblematisch: Faktisch wird der Landesregierung das Recht eingeräumt, gegen das Neutralitätsgebot zu verstoßen. Die passende Begründung kann dann eine Behörde liefern, die der Landesregierung weisungsgebunden untersteht.

Als Reaktion auf das Urteil der Verfassungsrichter von Rheinland-Pfalz warnte die Rechtsanwältin Jessica Hamed, der Verfassungsgerichtshof überspanne die Grenzen der wehrhaften Demokratie „in einer Weise, die geeignet ist, ihrerseits die Demokratie zu gefährden“. Hingegen lobte der Chef der Staatskanzlei der rheinland-pfälzischen Ampel-Landesregierung: „Es sind uns nunmehr in Weiterentwicklung der bisherigen Rechtsprechung Maßstäbe an die Hand gegeben, an denen wir uns in unserer Öffentlichkeitsarbeit zukünftig orientieren können.“

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Missachtetes Fundament eines maroden Bildungssystems: Der Lehrer

Bild: Shutterstock

DEBATTE

Auf den Lehrer kommt es an

BURGHARD GIESELER

Der Stauferkaiser Friedrich II. war ein gebildeter und sehr wissbegieriger Mann. Besonders interessierte ihn die alte Frage, welche Sprache die Menschen im Paradies gesprochen haben könnten. Zur Debatte standen damals Hebräisch, Griechisch, Latein und Arabisch. Also ließ er einige neugeborene Kinder an einen abgelegenen Ort bringen und dort von Ammen versorgen, die aber nicht mit ihnen sprechen durften. Auf diese Weise wollte er herausfinden, welche Sprache die Kinder von sich aus untereinander sprechen würden. Doch sie starben alsbald und haben niemals irgendwelche Worte gesprochen.

Dieses zweifellos extrem grausame Experiment zeigt gleichwohl, dass der Mensch zwar die Fähigkeit hat zu lernen, nicht aber „von sich aus“ lernt, sondern ein Gegenüber braucht, das ihn wohlwollend lehrt, in der Welt zurecht zu kommen. Gewissermaßen – einen Lehrer.

Überraschenderweise hat ausgerechnet Sokrates, einer der wirkungsvollsten Lehrer, dessen Schüler – allen voran Platon – ihm in zahlreichen philosophischen Schriften ein bleibendes Denkmal gesetzt haben, mit aller Entschiedenheit bestritten, jemals ein Lehrer (*Didaskalos*) gewesen zu sein. In seiner Verteidigungsrede (*Apologie*) vor dem Volksgericht Athens im Jahr 399 v. Chr. sagte er in aller Klarheit: „Ich aber war niemals der Lehrer von jemandem.“ Das wirft die Frage auf, was Sokrates unter einem „Lehrer“ verstand.

Wie Wissen vermittelt wird

Offenbar zählte er sich nicht zu denjenigen, die ihren Schülern (gegen Bezahlung) in einem geschlossenen Monolog verbindlich darlegten, wie die Welt beschaffen sei. Stattdessen war er davon überzeugt, dass philosophische Erkenntnis nur im Dialog zu gewinnen sei. Regelmäßig verwickelte er in aller Öffentlichkeit anerkannte Experten des öffentlichen Lebens in ein Gespräch, in dem er durch konsequentes Nach- und Hinterfragen erreichte, dass der (vermeintliche) Experte erkennen musste, nur über ein Scheinwissen zu verfügen. Dies tat er nicht aus Bösartigkeit, sondern weil die Beseitigung des Scheinwissens die Voraussetzung für philosophische Erkenntnis ist. Natürlich machte er sich aber mit dieser Vorgehensweise – außer bei seinen meist jugendlichen Schülern, die diese öffentlichen Bloßstellungen gebannt verfolgten – beim Establishment nicht gerade beliebt, und er ahnte durchaus, dass es eines Tages für ihn böse ausgehen würde, was dann ja auch mit seiner Hinrichtung geschah. Dennoch

ging er beharrlich und unerschrocken seinen Weg bis zum Ende und suchte im Dialog eine Annäherung an die Wahrheit, auch wenn sie, solange der Mensch auf Erden ist, unerreichbar bleibt.

Die sokratische Methode des Nach- und Hinterfragens ist, bei Lichte betrachtet, also keine Lehrkunst (*Didaktik*), sondern eine Lernkunst (*Mathetik*). Sokrates selbst verglich sie gerne mit der Hebammenkunst (*Maieutik*): Zwar ist es die Mutter, die ihr Kind zur Welt bringt, aber sie braucht hierzu eine Hebamme. Auch bei der Geburt der Erkenntnis, die ebenfalls langwierig und schmerzhaft sein kann, braucht der Schüler einen Lehrer.

Die Erkenntnisse der pädagogischen Forschung sind eindeutig

Die Bedeutung des Lehrers für das schulische Lernen bestätigt auch John Hatties monumentale Studie „Visible Learning“ mit einer empirischen Grundlage, die es in diesem Ausmaß in der Erziehungswissenschaft noch nicht gegeben hat. Waren bei der Erstveröffentlichung 2009 noch etwa

am Lernfortschritt festgemacht. Der entscheidende Faktor für effektiven Unterricht ist – so das Forschungsergebnis der Hattie-Studie auf einen Nenner gebracht – der Lehrer. Aber natürlich nicht der Lehrer, der 45 Minuten lang munter vor sich hin dozieren, während die Schüler schlafen, sondern der Lehrer, der seinen Unterricht stringent plant, schülerorientierte und zielführende Methoden wählt, auf größtmögliche Transparenz achtet, den Schülern kontinuierlich eine Rückmeldung über ihren erzielten Lernfortschritt gibt und der dabei sich selbst durch die Augen seiner Schüler kritisch betrachtet. Ein Lehrer, der mit Leidenschaft für seine Fächer eintritt und den ihm anvertrauten Schülern Wohlwollen entgegenbringt, ein Lehrer, der fördert, indem er fordert, und der sich seiner Vorbildfunktion (auch im Hinblick auf Stilfragen) bewusst ist.

Wenn der Lehrer fehlt

Wie wichtig ein Lehrer ist, der Lernprozesse organisiert und anleitet, hat die Corona-Pandemie deutlich gemacht. Denn alle Auswertungen zeigen übereinstimmend, dass gerade die Kinder aus den sogenannten bildungsfernen Schichten während der monatelangen Schulschließungen häufig eben nicht „selbstorganisiert“ gelernt und durch die staatliche Vernachlässigung einen Nachteil erfahren haben, den sie nur schwer, wenn überhaupt, ausgleichen können.

Natürlich muss der Bildungsbegriff unseres demokratischen Rechtsstaates über messbare kognitive Fachleistungen, die in der Hattie-Studie untersucht wurden, hinausgehen. Am Ende muss er immer – gewissermaßen als letzte Dimension von Schule überhaupt – auf die Entfaltung einer freien und verantwortungsbewussten Persönlichkeit zielen. Doch, wenn schon das kognitive Lernen eines Lehrers bedarf, um wieviel mehr bedarf die Persönlichkeitsbildung des Schülers der Persönlichkeit des Lehrers?

Eine Gesellschaft, in der die schulische Gewalt geradezu eskaliert – im Jahr 2024 wurden von 14 Bundesländern zusammen knapp 27.000 Gewaltdelikte an Schulen gemeldet – braucht Werteerziehung. Erziehung zu Demokratie, Gerechtigkeit und Toleranz. Die geistigen Grundlagen unserer Gesellschaft müssen jeder nachwachsenden Generation jeweils neu vermittelt werden. Deshalb gilt heute mehr denn je: Auf den Lehrer kommt es an!

● **Burghard Gieseler** war von 2004 bis 2015 Landesvorsitzender des Niedersächsischen Altphilologenverbandes sowie von 2016 bis 2024 Vorsitzender der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen e.V.

Bekanntlich geht man hierzulande jede ideologische Sackgasse bis zum Ende

800 Meta-Analysen enthalten, so umfasst der Datensatz heute über 2100 Meta-Analysen mit über 120.000 Einzelstudien und geschätzt über 400 Millionen Schülern. Damit haben Hatties Forschungsergebnisse eine Aussagekraft, an der auch deutsche Ideologen nicht so ohne weiteres vorbeikommen. Sollte man meinen.

Aber bekanntlich geht man in Deutschland jede ideologische Sackgasse bis zum Ende. So wird nach wie vor in der Pädagogik die Bedeutung des Lehrers abgewertet und das „fragend-entwickelnde Unterrichtsgespräch“ als „Frontalunterricht“ verunglimpft sowie als antiquiert und autoritär verworfen. Guter Unterricht, so heißt es noch immer, sei derjenige, in dem sich der Lehrer auf die Rolle des „Lernbegleiters“ reduziert, der den Schülern den Klassenraum aufschließt, das Smartboard hochfährt und dann, in einer Ecke sitzend, für das Sekretariat statistische Fragebögen ausfüllt, während die Schüler selbstorganisiert in Gruppen lernen.

Indessen hat Hattie in seiner Studie die Faktoren untersucht, die zu einem effektiven Unterricht beitragen. Die Effektivität von Unterricht hat er sinnvollerweise

„Wir wollen frei sein“

Erster Freiheitskampf der Deutschen – Eine Landesausstellung und kleinere Präsentationen widmen sich dem Bauernkrieg

VON VEIT-MARIO THIEDE

Vor 500 Jahren raubten aufständische Bauern das Kloster Schussenried aus. Nun ist es Schauplatz von „Uffrur! Utopie und Widerstand im Bauernkrieg 1524/25“, der Großen Landesausstellung Baden-Württembergs, die an den Bauernkrieg im Südwesten Deutschlands erinnert. Im Umland informieren kleinere Ausstellungen an historischen Orten über wichtige Personen und Ereignisse des Bauernkriegs.

Die Bad Schussenrieder Schau umfasst 200 Exponate. Am Anfang steht die farbig gefasste Holzskulptur eines Bauern. Er schleppt einen Sack sowie eine Rübe auf den Schultern und gehört zum Figurenpersonal des Überlinger Rathauses, in dem die Bauern früher ihre Abgaben abzuliefern hatten. In der Landesausstellung wird er zur Symbolfigur der Beschwerden, welche die Landbevölkerung zum Aufbruch beziehungsweise „Uffrur“ trieben. In den „Zwölf Artikeln von Memmingen“ sind sie aufgeführt. Diesen Forderungskatalog verabschiedeten die Abgesandten des Baltringer Bauernhaufens, des Bodenseehaufens und des Allgäuer Haufens im März 1525. Sie verlangten die Rücknahme überzogener Abgaben und Frondienste, die Rückgabe von Gemeindegut, den die Herren unrechtmäßig in Besitz genommen hatten, sowie das Ende der Leibeigenschaft. Der 3. Artikel verkündet: „Wir wollen frei sein.“

Die Zwölf Artikel präsentierten die Aufständischen dem Schwäbischen Bund, dem etwa 50 weltliche und geistliche Herrschaften sowie Städte angehörten. Weil der Schwäbische Bund keine Bereitschaft zeigte, auf die Forderungen der Bauern einzugehen, gingen diese an, Schlösser und Klöster zu plündern und zu verwüsten. Über diese und die folgenden Geschehnisse unterrichtet uns die Chronik des Klosters Weißenau aus der Sicht des Abtes Jakob Murer in Wort und Bild. Die elf skizzenhaften und detailreichen Zeichnungen zeigen zum Beispiel Abt Murers Flucht in die Reichsstadt Ravens-



Gut gepanzert: Die Ausstellung „Uffrur!“ stellt den Bauernkrieg lebensnah nach

burg, während Bauernhauptmann Stefan Rahl den bewaffneten Aufständischen vor dem Klostertor eine Rede hält.

Ein anderes Bild zeigt, wie sich die feindlichen Heere des Schwäbischen Bundes und der Bauern vor dem Kloster Weingarten gegenüberstehen. Aber statt aufeinander loszugehen, einigen sich die Kontrahenten am 17. April gütlich auf den von Vertretern der Reichsstadt Ravensburg vermittelten „Weingartener Vertrag“. Den lässt Abt Murer im letzten Blatt vor seinen im Klosterhof zur Erneuerung ihres Treueids versammelten Untertanen verlesen. Da sie den Treueid verweigern, zwingt er sie mit Hinweis auf die kampfbereiten Truppen des Schwäbischen Bundes dazu.

Den Anstoß zum Weingartener Vertrag gab Truchsess Georg III. von Waldburg. Er war der Oberste Feldherr des

Schwäbischen Bundes. Vor Kloster Weingarten standen den 6000 Landsknechten und 2000 Reitern des Bundes etwa 25.000 Aufständische gegenüber, unter ihnen 10.000 Landsknechte. Der Truchsess scheute das Risiko einer Niederlage. Denn im Unterschied zu den Bauern besaß der Bund nur dieses eine Heer. Falls dieses vernichtend geschlagen würde, wären die Obrigkeiten den Aufständischen wehrlos ausgeliefert gewesen.

Ehrenhafte Enthauptungen

Der mächtige Bodenseehaufen ließ sich jedoch auf den angeblichen Friedensvertrag ein, der tatsächlich aber eine verschleierte Kapitulation war. Die Bauern blieben straffrei und durften ihre Waffen behalten, mussten aber ihre Vereinigung auflösen, geraubtes Gut zurückerstatten, vor ihrer Obrigkeit den Treueid erneu-

ern und die bisherigen Abgaben und Dienste wieder leisten. Das Abkommen versetzte den Truchsess in die Lage, die weit weniger starken anderen Bauernhaufen in einer Folge von Schlachten in den Untergang zu treiben. Zehntausende wurden erschlagen oder ertranken auf der Flucht.

Der auch als „Bauernjörg“ berüchtigte Truchsess Georg III. ist als grausamer Bauernschlächter verrufen. Andere Historiker aber urteilen, sein Verhalten habe sich im üblichen Rahmen der damaligen Zeit bewegt. Eigentlich sei er sogar recht „weichherzig“ gewesen, weil er zum schmachvollen Erhängen verurteilte Rädelsführer zur ehrenhaften Enthauptung begnadigte. Der Bauernjörg und sieben andere historische Personen wie Abt Murer und die zu den Aufständischen gehörende Margarete Renner sprechen in

der Landesausstellung mit Hilfe von KI als animierte Kunstfiguren zu uns.

Auch einige der anderen Ausstellungen geben dem Bauernkrieg Gesicht und Stimme. Allerdings ist unbekannt, was die historischen Personen gedacht und gefühlt haben. Daher wird der neueste wissenschaftliche Forschungsstand um plausible Annahmen ergänzt. Im Bauernhaus-Museum Wolfegg werden die Ereignisse aus Sicht der Landbevölkerung dargestellt (bis 11.11.2026). In der auf das Ausstellungsgelände versetzten Zehntscheuer des Klosters Weißenau gibt es neben Objekten und Informationstafeln Hörstationen. Zu uns spricht etwa die Bäuerin Anna Dannerin, Untertanin des Klosters Weingarten, oder Pfarrer und Bauernhauptmann Florian Greisel, der den Weingartener Vertrag verurteilt. Als unblutiges Ende des Bauernkriegs in Oberschwaben feiert die Stadt Weingarten den Weingartener Vertrag mit einem neuen Denkmal und einer kürzlich eröffneten Ausstellung im Pavillon am Stadtmuseum Schlössle.

Als Hauptfigur der Ereignisse und der Ausstellungen erweist sich Truchsess Georg. Schloss Waldburg ist der Stammsitz seines Geschlechts. Im Kapellenturm läuft die Tafelausstellung „Maria hilf!“ (bis 2.11.). Das war der Schlachtruf der Bundestruppen. Auf einer Tafel steht über den Truchsess: „Er galt nicht nur als sehr fähiger, sondern auch als sehr fairer Mann.“ Die Ausstellung in seinem Geburts- und Bestattungsort Bad Waldsee scheint das zu bestätigen.

Im historischen Rathaus sind aktuell eine Urkunde und ein Brief zu sehen. Die Urkunde geht auf Truchsess Johannes zurück und ist als „Böser Brief“ bekannt. Nach einem niedergeschlagenen Aufstand überzog er die Einwohner Waldsees mit den in der Urkunde festgelegten harten Verpflichtungen. Ur-Urenkel Georg III. aber erklärte diese für aufgehoben. Im Begleitbrief bedankt er sich dafür, dass die Stadt seine Gattin und die drei Kinder einließ und so davor bewahrte, den Aufständischen in die Hände zu fallen.

● www.bauernkrieg-bw.de

FAUST-STOFF

Der Teufel in der Bibliothek

Klassik Stiftung Weimar widmet Goethes „Faust“ ein ganzes Themenjahr mit einer Ausstellungsserie

Im Herbst 1775 nahm Johann Wolfgang von Goethe eine Einladung von Herzog Carl August nach Weimar an. Er sollte bis zu seinem Lebensende in dieser Kleinstadt bleiben. Hier entwickelte sich der Stürmer und Dränger zum Klassiker, und sein „Faust“-Drama zum stilprägenden Werk dieser Zeit.

Aus Anlass des 250. Jahrestags der Ankunft Goethes in Weimar widmet sich die Klassik Stiftung Weimar dem Lebenswerk des Dichters, seinem „Faust“, ein ganzes Themenjahr. Dazu bietet es eine ganze Ausstellungsserie an, die sich ausschließlich mit dem „Faust“ befasst. So präsentiert das kürzlich eröffnete multimediale Literaturspektakel „Faust. Eine Ausstellung“ im Schiller-Museum noch bis zum 1. November 2027 immersive Filmelemente, Themeninseln und Comics. Der Hamburger Comic-Zeichner Simon Schwartz hat Figuren, Geschichten und Schauplätze des „Faust“ ins Bild gesetzt,

unter anderem in einer drei mal fünf Meter großen Karte. Film-Experten der Deutschen Kinemathek haben ebenfalls an der Ausstellung mitgewirkt. Den Schwerpunkt der Schau bilden die Objekte aus Goethes großen Sammlungen der Natur und Kunst, die zum Eintauchen in den „Faust“-Kosmos einladen.

Eine Möglichkeit, dem Dichter über die Schulter zu schauen, bietet die Ausstellung „Experiment Faust – Aus Goethes Schreibwerkstatt“ im Goethe- und Schiller-Archiv. Bis zum 14. Dezember widmet sich die Schau dem Entstehungsprozess von Goethes Tragödie und zeigt zu ausgewählten Terminen das wertvolle Manuskript zu „Faust II“. Neben einer Fülle an unveröffentlichten Vorarbeiten, Fragmenten oder verworfenen Varianten der Faust-Manuskripte präsentiert man zu ausgewählten Terminen auch die originale Gesamthandschrift des erst postum veröffentlichten „Faust II“. Die Ausstel-

lung „Experiment Faust – Aus Goethes Schreibwerkstatt“ veranschaulicht, wie Goethe sein Leben lang von diesem Stoff fasziniert war.

In einen Dialog mit diesen Manuskripten treten Illustrationen des Berliner Künstlers Orlando Hoetzl, in denen er die Arbeit Goethes am „Faust“ reflektiert. Das Experiment par excellence, die künstliche Erzeugung des Homunkulus, präsentiert eine digitale Medienstation, die der Karikaturist Daniel Stieglitz aus Kassel gestaltet hat.

Diabolisch wird es im Studienzentrum der Herzogin Anna Amalia Bibliothek: „Teuflich! Mephisto in der Bibliothek“ spürt bis zum 31. Oktober dem medialen Weg des sprachgewandten Verführers nach. Er beginnt mit frühen Buchillustrationen und führt bis zu Darstellungen auf Werbeplakaten und Bierflaschen. Die nach einem verheerenden Brand im Jahr 2004 wiederaufgebaute Bibliothek beherr-

bergt mit über 21.000 Objekten und Publikationen zur historischen und literarischen Faust-Figur aus dem Zeitraum 1500 bis zur Gegenwart die weltweit größte Sammlung zum Faust-Stoff. Bereits die Legenden um den historischen Faust, einem Teufelsbeschwörer aus dem frühen 16. Jahrhundert, waren populär und fanden in Büchern, auf Bildern und in der Musik Verbreitung.

Als im 19. und 20. Jahrhundert der Faust-Stoff – und insbesondere Goethes „Faust“ – zum „heiligen“ Gegenstand der Nationalkultur avancierte, traf er auf neue (massen-) mediale Formen. Künstliche Intelligenz, das Ringen um Identität, die Krisen des Kapitalismus, Liebe und Verrat, die Kraft der Natur und die Folgen ihrer Zerstörung – all diese Punkte werden bereits im „Faust“ verhandelt und sind aktueller denn je.

H. Tews

● www.klassik-stiftung.de

MELDUNG

Bauliches Ende am Forum

Berlin – Mit dem Aufstellen von 19 Balustradenfiguren an der Nord- und Südfassade wird das Humboldt-Forum ab Mitte Mai baulich fertiggestellt sein. Diese letzte Maßnahme markiert den Abschluss der Rekonstruktion der historischen Fassade. Aus diesem Anlass rückt die Stiftung Humboldt-Forum im wiederaufgebauten Berliner Schloss das Gebäude in den Fokus und lädt am 27. und 28. Juni zu einem Kolloquium und einem Thementag mit Vorträgen, Sonderführungen und Gesprächsrunden ein. Experten geben Einblicke in die komplexe Gebäudetechnik, Fragen der Nachhaltigkeit und zeigen Bereiche, die für das Publikum normalerweise nicht zugänglich sind. Auch die Bildhauerkunst, die Arbeit der Restaurierungswerkstätten, Kunst am Bau sowie die Gestaltung der Außenanlagen und des Stadtraums werden vorgestellt.

tws

„Österreich ist frei“

Vor 70 Jahren erhielt die Alpenrepublik mit dem „Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, gegeben zu Wien am 15. Mai 1955“ Souveränität und anschließend Neutralität

VON MICHAEL GEHLER

Das Land war weder Sieger noch Verbündeter oder Verlierer. Der „Sonderfall“ bewegte sich seit Kriegsende „zwischen Befreiung und Freiheit“. Österreich galt als erstes Opfer der Aggression Adolf Hitlers durch den „Anschluss“ an das Deutsche Reich 1938. So lautete die Moskauer Deklaration der Alliierten vom 1. November 1943. Sie bot Legitimation für die Eigenstaatlichkeit und Unabhängigkeit, erinnerte aber auch an den notwendigen Beitrag zum Widerstand gegen das NS-Regime. Dahinter verbarg sich die alliierte Absicht der dauerhaften Trennung von Deutschland.

Österreich blieb aber vom 29. März 1945 bis 25. Oktober 1955 durch US-Amerikaner, Briten, Franzosen und Sowjets besetzt – symbolisiert durch das Bild von den „Vier im Jeep“, die sich in einem eigenen fünften Sektor, dem Ersten Wiener Bezirk, monatlich abwechselten. Sie sollten dort nicht mehr herum-, sondern nach Hause fahren, und wenn, dann als Touristen wieder kommen, forderte Außenminister Karl Gruber öffentlich. Die Adressaten folgten aber nicht dem Aufruf und hielten das Land 3.861 Tage und damit mehr als ein Jahrzehnt besetzt. Allmählich wurden aus den Unabhängigkeitsgaranten Partner der bevormundeten Nation, die nach dem „Anschluss“-Syndrom 1938 erst ihren Weg zu sich selbst finden musste.

Ost-West-Unterschiede

Im Westen fühlte man sich befreit, im von der Roten Armee besetzten Osten – Teile Oberösterreichs östlich der Enns, Niederösterreich und Burgenland – dagegen nicht. Nach Vergewaltigungen und Recessalien folgten Entführungen, Verschleppungen und Übergriffe sowie Demontagen, Entnahmen aus der laufenden Produktion und Erdöllieferungen an die UdSSR. Dagegen half der Marshall-Plan als European Recovery Program (ERP) vor allem im Westen zur Linderung von Not. Die Wirtschaftshilfe beförderte den Wiederaufbau. Frankreich betrachtete Österreich als befreundetes Land („pays ami“). Es ging um Freiheit vom gefürchteten nördlichen Nachbarn, was durch Artikel 4, Absatz 1 im Staatsvertrag zum Ausdruck kam, der ein Verbot jeglicher politischen oder wirtschaftlichen Vereinigung zwischen Österreich und Deutschland vorsah. So war es auch im Friedensvertrag von Saint Germain 1919 festgelegt worden. Paris war sich darin mit Moskau einig.

Der Gang nach Moskau

Österreichs Außenpolitik selbst verfolgte verschiedene Ziele, die zum Staatsvertrag führen sollten: die Reklamierung des „Opferstatus“ als Mittel zur Abgrenzung von Deutschland sowie zur austrospezifischen Identitätsbildung – die Rolle von Adolf Hitlers Helfern und Tätern im NS-Apparat wurde ausgeblendet; die Wiedererlangung von staatlicher Unabhängigkeit, der Abzug aller Besatzungstruppen; die Bewahrung der territorialen Integrität, die erst 1949 in Verhandlungen gesichert werden konnte; die Befreiung aus außenpolitischer Isolation, die Reaktivierung des Außenhandels und Allianzfreiheit. Nach positiven Signalen aus Moskau in Form einer Rede von Außenminister Wjatscheslaw Molotow vor dem Obersten Sowjet vom 8. Februar 1955, in der er sich dafür aussprach, die österreichische losgelöst von der deutschen Frage zu behandeln, weilte vom 12. bis 15. April eine Regierungsdelegation unter Bundeskanzler Julius Raab, Vizekanzler Adolf Schärf, Außenminister Leopold Figl



Nach der Unterzeichnung: Österreichs Außenminister Leopold Figl zeigt im Beisein von Vertretern der Alliierten der wartenden Menge den Staatsvertrag

und Staatssekretär Bruno Kreisky in Moskau, um sich in einem Memorandum zur „immerwährenden Neutralität“ nach Schweizer Muster, eine Art Verwendungszusage an die Sowjetunion gegenüber den Westmächten, zu bekennen.

Entscheidung in Wien

Nach einer Konferenz mit den westlichen Botschaftern der Siegermächte in Wien vom 2. bis 13. Mai war der Weg zum Staatsvertrag frei, zumal zwei Voraussetzungen erfüllt waren: Österreich war gesellschaftlich, kulturell und wirtschaftlich westlich orientiert, was US-Amerikanern, Briten und Franzosen gefiel. Aber es versprach, eine Politik der Neutralität zwischen West und Ost zu betreiben, was die Sowjets verlangten.

Vor 70 Jahren, am 15. Mai 1955, fand die Unterzeichnung des Staatsvertrags im Oberen Belvedere in Wien statt. Die Außenminister der vier Besatzungsmächte waren eigens eingeflogen: John Foster Dulles, Harold Macmillan, Wjatscheslaw Molotow – gerade von der Unterzeichnung des Warschauer Vertrags am Vortag aus Polen kommend – sowie Antoine Pinay. Viele Menschen waren in den Schlosspark geströmt, standen dicht gedrängt auf den Wegen und Wiesen, um auf die Signature zu warten. Als sich die vier Außenminister und Leopold Figl auf dem Balkon zeigten, winkten sie ihnen freudig und jubelnd zu. Figl hielt das lange herbeigesehnte und nun endlich unterschriebene Dokument in Händen. Die berühmten Worte „Österreich ist frei!“ hatte er zuvor nach seiner Unterschrift im großen Marmorsaal des Schlosses ausgesprochen.

Österreich-Modell

Die Vorverhandlungen in Moskau und die überraschend schnelle Einigung der Vier Mächte erregten internationale Aufmerksamkeit. Die am 18. Mai erfolgte Äußerung des US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower über die Aussicht eines neutralen Staates in Europa, die grundsätzlich geäußerte Sympathie für eine bewaffnete Neutralität nach Schweizer Muster und die infolge des sich abzeichnenden Truppenrückzugs aus Österreich aufkommenden Sorgen über die Möglichkeit einer Rückverlegung von US-Truppen aus Europa erregten größtes Misstrauen bei

Bundeskanzler Konrad Adenauer. Die nachteilhafte Regelung des „deutschen Eigentums“ im Staatsvertrag durch Überlassung an Österreich war nur äußerer Anlass, der seine schwere Verärgerung zum Ausbruch brachte, wenn er „die ganze österreichische Schweinerei“ beklagte. Sollten jetzt noch „die Österreicher von uns Reparationen verlangen, dann werde ich ihnen die Gebeine Adolf Hitlers schicken“, ätzte er öffentlich.

Zug um Zug-Verfahren

Im Reißverschlussverfahren ging es indes weiter. Am 7. Juni beschloss das österreichische Parlament, der Nationalrat, einstimmig eine Resolution über die „immerwährende Neutralität“, die eine politische Willenskundgebung darstellte, aber noch kein Gesetz war. Die Bundesregierung legte sodann einen Entwurf dafür vor. In fünf Staaten war die jeweilige parlamentarische Genehmigung, Beurkundung und Ratifizierung notwendig. Am 27. Juli 1955 trat der Staatsvertrag in Kraft, nachdem Frankreich am 21. Juli als letzter Staat die Ratifikationsurkunde im Rat der Republik hinterlegt hatte. Ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens begann eine Räumungsfrist für die Besatzungstruppen zu laufen. Innerhalb von 90 Tagen nach Ratifizierung sollte Österreich von alliierten Truppen

frei sein. Gleichzeitig war damit auch die Auflösung des Alliierten Rates verbunden.

Neutralität und NATO

Am 25. Oktober 1955 war das Ende der Besatzungszeit mit der abgelaufenen Frist für die Räumung erreicht. Der letzte alliierte Soldat verließ das Land. Es war ein britischer. Am 26. Oktober beschloss der Nationalrat das Bundesverfassungsgesetz über die immerwährende Neutralität gegen die Stimmen des Verbandes der Unabhängigen (VdU), des Vorläufers der FPÖ, der an der „deutschen Kulturgemeinschaft“ festzuhalten versuchte und nichts von einer „österreichischen Nation“ hielt. Zum Zwecke „der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen“ und „der Unverletzlichkeit seines Gebietes“ erklärte Österreich aus freien Stücken seine Neutralität. Es werde diese „mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen“ und zu ihrer Sicherung „in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.“ Dagegen wurde die Bundesrepublik am 6. Mai in die NATO aufgenommen. Am 15. Dezember 1955 wurde Österreich mit Irland, Italien und Ungarn auch Mitglied der Vereinten Nationen, während die beiden deutschen Staaten noch 18 Jahre bis 1973 darauf warten mussten.

Ein Modell für Deutschland?

Viele Beobachter in Wien meinten, mit dem 15. Mai 1955 einen historischen Augenblick zu erleben. Sie fragten sich: War der Kalte Krieg nun zu Ende, eine Regelung der deutschen Frage auch möglich, die Teilung Deutschlands und damit auch die Spaltung Europas noch abwendbar? Das schien nicht ausgeschlossen, da die deutsche Frage mit der Österreichlösung auch zu tun hatte. Die staatliche Unabhängigkeit des Landes bedeutete jedoch den definitiven staats- und völkerrechtlichen Abschied von Deutschland, die Herauslösung Österreichs aus der deutschen Frage, gleichwohl der „Modellfall Österreich“ mit Viermächte-Arrangement statt Separatsvertragslösung, Neutralität statt Militärbündnis auch für die Lösung der Deutschlandfrage erwogen werden konnte. Für Bonn aber war ein mit Truppenabzug und ver-

pflichtender Neutralität gekoppelter Vertrag mit den Vier Mächten kein Modell. Adenauer lehnte eine „Österreichlösung“ kategorisch ab und sah es als „sein größtes Verdienst“ an, für Deutschland dem „Neutralitätsdrachen den Kragen umgedreht zu haben“, während Kanzler Raab genau darin das Instrument gefunden hatte, den „russischen Bären“ aus Ostösterreich herauszulocken und die übrigen Besatzungsmächte ebenfalls zum Abzug zu bringen. Für Wien galt es, die „deutsche Lösung“ – wirtschaftliche, politische und militärische Westintegration mit unabsehbaren Folgen für die Bevölkerung im Osten – für das eigene Land zu verhindern.

Die Sieger fanden für Deutschland und Österreich dauerhafte Lösungen: kontrollierte Integration der 1949 geschaffenen deutschen Teilstaaten in die jeweiligen Blocksysteme auf der einen und das mit gewisser Aufsicht in die Freiheit zu entlassende Österreich auf der anderen Seite. Mit Staatsvertrag und Neutralität erlangte es 1955 seine Souveränität, auf die Deutschland als Ganzes noch 35 Jahre warten musste. Heute ist Österreichs Neutralität – im Unterschied zum in Vergessenheit geratenen Staatsvertrag – elementarer Bestandteil der österreichischen Identität und kaum mehr wegzudenken. Sie anzutasten oder gar abzuschaffen wäre politischer Selbstmord. Gruber begründete rückblickend die Neutralität als „eine legitime Ausrede, um nicht nach jeder ausländischen Pfeife tanzen zu müssen“. Der Staatsvertrag war die Basis, denn ohne Souveränität gibt es keine Neutralität.

● **Michael Gehler** ist seit 2006 Professor für Neuere Deutsche und Europäische Geschichte sowie Leiter des Instituts für Geschichte an der Universität Hildesheim. Er gilt als einer der profiliertesten Kenner des europäischen Integrationsprozesses. Von ihm stammen Bücher zum Thema dieses Artikels wie **Modellfall für Deutschland? Die Österreichlösung mit Staatsvertrag und Neutralität 1945–1955**, Studien-Verlag, Innsbruck u. a. 2015, ISBN 3-7065-4062-2, oder **Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts**, 2 Bände, Studien-Verlag, Innsbruck u. a. 2005, ISBN 3-7065-1414-1.



Motivseite der 2-Euro-Gedenkmünze „50. Jahrestag des Österreichischen Staatsvertrages“ aus dem Jahr 2005 mit den Siegeln und Unterschriften der Außenminister der Alliierten Siegermächte und der Hochkommissare der vier Besatzungszonen sowie des Außenministers Österreichs

BILD: ÖSTERREICHISCHE NATIONALBANK, MÜNZE ÖSTERREICH



Seine beeindruckende Rhetorik machte ihn zu einem der prominentesten Sprecher der Nation of Islam: Malcolm X auf einer Pressekonferenz im März 1964

BILD: DP/PICTURE-ALLIANCE

VON JENS EICHLER

MALCOLM X

Vom Saulus zum umstrittenen Paulus

Erst kriminell, dann gläubig, radikal-islamisch und zu guter Letzt humaner Menschenrechtler. Vor 100 Jahren, am 19. Mai 1925, kam Amerikas extremistischste Ikone in Omaha im Bundesstaat Nebraska zur Welt

Malcolm Little war eine der prägendsten und zugleich umstrittensten Figuren der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung des 20. Jahrhunderts. Hieß er mit Nachnamen übersetzt auch „klein“, hinterließ er in seinem Leben umso größere Fußspuren mit bleibenden Eindrücken. Die Gründe hierfür sind sicherlich in seiner ersten Lebensphase zu finden. Denn sein Leben war geprägt von tiefgreifenden Wandlungen: vom kriminellen Jugendlichen zum charismatischen Prediger der Nation of Islam, vom radikalen Separatisten zum Verfechter universeller Menschenrechte. Seine Geschichte ist nicht nur eine persönliche Reise, sondern spiegelt irgendwie auch die Kämpfe und die Hoffnungen einer ganzen Generation wider – insbesondere der schwarzen.

Frühe Jahre: Verlust, Armut und Identitätssuche

Malcolms Kindheit war von Instabilität und Tragödien geprägt. Sein Vater, ein Baptistenprediger und Unterstützer von Marcus Garveys „Back to Africa“-Bewegung, wurde 1931 unter mysteriösen Umständen getötet – offiziell durch einen Straßenbahnunfall, doch die Familie vermutete Mord durch weiße Rassisten. Ein Gerücht, das sich bis heute trotz intensivster Nachforschungen nicht bestätigt hat, aber dennoch hartnäckig hält.

Nach dem Tod des Vaters zerbrach die Familie an dem Schicksal: Die Mutter erlitt einen Nervenzusammenbruch und wurde in eine psychiatrische Klinik eingewiesen; die Kinder wurden in Pflegefamilien untergebracht. Malcolm wuchs in einer weißen Pflegefamilie auf und erlebte früh die Grenzen des amerikanischen Traums für Schwarze. Trotz schulischer Exzellenz wurde ihm geraten, lieber keine akademische Laufbahn anzustreben. „Neger sind zum Arbeiten und nicht zum Denken geboren!“, soll ihm sein Lehrer beim Überreichen des Highschool-Abschlusszeugnisses gesagt haben. Sein Rat: Malcolm solle lieber einen handwerkli-

chen Beruf ergreifen. Für den Muster-schüler indes eine bittere Lektion über die rassistischen Schranken seiner Zeit.

Abstieg und Transformation

In den 1940er Jahren geriet Malcolm in Boston und Harlem zunehmend auf die schiefe Bahn. Er bewegte sich in kriminellen Kreisen, wurde wegen Einbruchs verhaftet und zu zehn Jahren Haft verurteilt. Doch im Gefängnis erlebte er eine tiefgreifende Wandlung: Durch die Briefe seiner Geschwister lernte er die Lehren der Nation of Islam kennen, die ihn tief beeindruckten. Er schloss sich der Bewegung an, legte seinen Namen Little ab, den er jetzt als „Sklavennamen“ brandmarkte, und nannte sich fortan Malcolm X – wobei das „X“ den verlorenen afrikanischen Familiennamen symbolisieren sollte.

Aufstieg zum Sprecher

Nach seiner Haftentlassung im Jahre 1952 wurde Malcolm X schnell zu einem der prominentesten Sprecher der Nation of Islam. Er gründete neue Tempel, hielt leidenschaftliche Reden und gewann zahlreich Anhänger. Seine beeindruckende Rhetorik war dabei scharf und nahezu kompromisslos. Das Hauptziel seiner Wut, seiner Feindschaft und seiner dabei überschäumenden Polemik war natürlich die weiße Gesellschaft, die er als unterdrückerisch anprangerte. Voller Inbrunst forderte er seine „schwarzen Brüder und Schwestern“ auf, endlich Stolz und

Selbstbewusstsein zu entwickeln. Im Gegensatz zur gewaltlosen Strategie von Martin Luther King Jr. propagierte Malcolm X das Recht auf Selbstverteidigung und betonte die Notwendigkeit der Selbstbestimmung der Schwarzen – auch unter Anwendung von Gewalt.

Spirituelle Erneuerung

Trotz seines Erfolgs innerhalb der Nation of Islam wuchs Malcolms Unzufriedenheit mit der Organisation. Er kritisierte die autoritäre Führung und die moralischen Verfehlungen von Elijah Muhammad. Niemand konnte es ihm recht machen, aber am wenigsten er sich selbst. Im Jahre 1964 trennte er sich daher von der Bewegung und gründete die Muslim Mosque Inc. sowie die Organization of Afro-American Unity (OAAU). Im selben Jahr unternahm er eine Pilgerreise nach Mekka, die sein Weltbild grundlegend verändern sollte. Für ihn stellte sich das Scheinbild dar, als ob er angeblich eine intakte, friedliche Gemeinschaft von Muslimen aller Hautfarben erleben würde. Dieser Irrglaube bestärkte den verblendeten US-Amerikaner nun in seiner Gewissheit an die Möglichkeit einer rassistisfreien Gesellschaft. Fortan nannte er sich El-Hajj Malik El-Shabazz und setzte sich für eine internationale Solidarität im Kampf gegen Unterdrückung ein.

Zweifelhaftes Vermächtnis

Nach seiner Rückkehr in die USA engagierte sich Malcolm X verstärkt für die

Menschenrechte und suchte den Dialog mit anderen Bürgerrechtsführern. Seine plötzlich wieder eher moderateren Positionen führten jedoch zu Spannungen mit ehemaligen Weggefährten. Am 21. Februar 1965 wurde er während einer Rede in New York erschossen. Drei Mitglieder der Nation of Islam wurden verurteilt, doch die genauen Hintergründe des Attentats bleiben bis heute umstritten.

Malcolm X hinterließ ein komplexes Erbe: Er war einerseits ein Symbol für schwarzen Stolz und Selbstbestimmung der amerikanischen Schwarzen, zudem ein Kritiker der weißen Vorherrschaft und ein Verfechter universeller Menschenrechte. Bei genauem Hinsehen kommt man jedoch nur schwer an der Tatsache vorbei, dass dieser schwarze Eiferer eine tragische Figur seiner Zeit war, der im Grunde für sich und seine Ethnie genau das wollte, was er bei der weißen Gesellschaft vehement beklagte, anprangerte und verurteilte: Macht, Einfluss und Wohlstand.

Die Wege scheinen ihm dabei weniger wichtig als das Ziel gewesen zu sein. Somit wurde das Leben des Malcolm X zu einer Geschichte von Transformation, Mut und unermüdlichem Einsatz für scheinbare Gerechtigkeit. Trotz seiner Egozentrik und seiner zweifelhaften Wege und Entwicklungen aber bleibt er dennoch eine der einflussreichsten Figuren im Kampf gegen Rassismus und soziale Ungleichheit – insbesondere in den USA.

SEAT

Es begann mit FIAT und endete bei VW

Nach dem Zweiten Weltkrieg besaß FIAT (Fabbrica Italiana Automobili Torino, Italienische Automobilfabrik Turin) in Europa eine führende Stellung als Produzent von Kleinwagen. Diverse autoritär geführte, traditionell eher agrarisch geprägte junge, aufstrebende Industrienationen setzten beim Aufbau einer eigener Automobilproduktion sowie der Motorisierung und Mobilisierung des Landes auf die Lizenzfertigung bewährter FIAT-Modelle. Genannt seien hier Polen mit Polski FIAT, Jugoslawien mit Zastava oder die Sowjetunion mit AwtoWAS/Schiguli/Lada. Zu dieser Gruppe gehörte auch das seit dem Bürgerkrieg franquistische Spanien.

Eine entscheidende Rolle spielte dabei das Instituto Nacional de Industria (INI, Nationales Industrie-Institut), eine nach dem Bürgerkrieg gegründete große staatliche Unternehmensgruppe, mit der das franquistische Spanien die Autarkie anstrebte. Das INI stellte mit 51 Prozent die Mehrheit des 600 Millionen Peseten betragenden Stammkapitals der vor 75 Jahren, am 9. Mai 1950, gegründeten Aktiengesellschaft Sociedad Española de Automóviles de Turismo (SEAT, Spanische Gesellschaft für Tourenwagen). 42 Prozent des Kapitals steuerten sechs spanische Banken bei und sieben Prozent FIAT, dessen Modelle SEAT in Lizenz für den von ausländischer Konkurrenz abgeschotteten spanischen Markt bauen sollte.

Mit der Gründung erfolgte die Grundsteinlegung des ersten SEAT-Werkes im Industriepark Barcelonas, der Zona Franca. Drei Jahre später wurde das Automobilwerk eröffnet und mit einem SEAT 1400 auf Basis des FIAT 1400 das erste SEAT-Auto produziert. Nachdem FIAT 1955 mit dem Modell 600 ein italienisches Pendant zum VW Käfer gelungen war, nahm SEAT auch dieses Modell als SEAT 600 in seine Produktpalette auf. Weitere FIAT-Modelle folgten.



BILD: VOLKSWAGEN GROUP

SEAT-Logo seit 2017

Als sich FIAT 1982 nicht an einer Kapitalerhöhung zur Restrukturierung von SEAT beteiligen wollte, kam es zum Bruch zwischen Italienern und Spaniern. Etappenweise übernahm Volkswagen die Rolle von FIAT. Noch im Jahr des Bruches mit FIAT schloss SEAT ein Produktions- und Wirtschaftsabkommen mit VW, dem zwei Jahre später der Beginn der Produktion von VW-Modellen durch SEAT folgte. Bis 1990 erwarb VW 99,99 Prozent der SEAT-Aktien.

Damit zusammenhängend weisen heute die SEAT-Modelle viele Gemeinsamkeiten mit Modellen der ebenfalls zum VW-Konzern gehörenden Marken Volkswagen, Škoda und Audi auf. Die interne Verflechtung im VW-Konzern ist mittlerweile derart fortgeschritten, dass SEAT-Fahrzeuge außerhalb Spaniens und Fahrzeuge anderer Marken des VW-Konzerns in Spanien produziert werden.

Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

In George Orwells Roman „1984“ errichtet der „Große Bruder“ mit Hilfe des „Ministeriums für Wahrheit“ einen totalitären Überwachungsstaat, um die Masse der Bevölkerung im Zaum zu halten. An diese Dystopie gemahnen zahlreiche Formulierungen im schwarz-roten Koalitionsvertrag, der skizziert, in welche Richtung sich die deutsche Gesellschaft künftig entwickeln soll. So heißt es beispielsweise: „Jeder Bürger und jede Bürgerin erhält verpflichtend ein Bürgerkonto und eine digitale Identität.“ Beides soll mit einer digitalen Brieftasche namens European Digital Identity Wallet für den digitalen Euro verknüpft werden.

Darüber hinaus kündigen die Koalitionäre an: „Noch 2025 rollen wir die elektronische Patientenakte stufenweise aus, von einer bundesweiten Testphase zu einer verpflichtenden sanktionsbewehrten Nutzung.“ Ebenso strebt Schwarz-Rot eine straff durchdigitalisierte Verwaltung, die „stringente“ Umsetzung des EU-weit geltenden, vielfach kritisierten Zensurgesetzes über die Digitalen Dienste (DSA), verschärfte Maßnahmen zur Telekommunikationsüberwachung sowie die automatisierte biometrische Identifikation an. Dazu kommt der Plan zur Einführung einer bundesweiten Schüler-Identifikationsnummer. Und da all dies natürlich kaum ohne weiteres Wuchern der hiesigen Bürokratie denkbar ist, soll auch ein Ministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung entstehen.

Kritikern zufolge spricht der Koalitionsvertrag den Bundesbürgern damit faktisch das Recht auf analoges Leben ab und öffnet Tür und Tor für eine digitale Zwangsbeglückung nach dem Vorbild der Volksrepublik China, wo eine zentral gesteuerte Gesellschaft, in der jedweder Widerspruch im Keim erstickt wird, Realität geworden ist. Durch die Sperrung der digitalen Konten oder Identitäten kann die Bewegungs- und Handlungsfreiheit von Dissidenten jederzeit auf rigide Weise eingeschränkt werden. Nicht zu vergessen auch die Überwachungsmöglichkeiten der verschiedensten Art. Beispielsweise wäre so eine lückenlose Erfassung und schnelle Aushebung aller wehrpflichtigen Personen möglich.

Risiko des repressiven Staates

Sind die Pläne der schwarz-roten Koalition ein Angriff auf den Datenschutz und die Privatsphäre der Bundesbürger? Dazu steht im Vertrag: „Das Spannungsverhältnis zwischen sicherheitspolitischen Erfordernissen und datenschutzrechtlichen Vorgaben muss neu austariert werden.“ Wie dieses „Austarieren“ enden könnte, lässt die Dokumentation der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages vom Juni 2024 „Zum sogenann-



Furcht vor Orwellscher Dystopie: Sind wir auf dem Weg in die totale digitale Kontrolle?

Bild: imago/Christian Ohde

REFORMEN

Digitalpläne der neuen Koalition lassen Datenschützer aufschrecken

Dass Deutschland bei der Digitalisierung aufholen muss, wird kaum bestritten. Doch in den konkreten Vorhaben von Schwarz-Rot sehen Kritiker große Gefahren für die Rechte der Bürger

ten Digitalzwang und einem Recht auf analogen Zugang zu Verwaltungsleistungen“ erahnen. Darin wird behauptet, dass das Grundgesetz kein „Abwehrrecht“ gegen eine digitale Verwaltung vorsehe.

Dabei sind die Risiken selbst bei verantwortungsvoller Umsetzung der Digitalpolitik ohne repressive Attitüden vonseiten des Staates immens. Jede neue digitale Anwendung erzeugt zusätzliche Schwachstellen und Hintertüren in der digitalen Architektur, welche Angreifern – egal ob politischer oder krimineller Natur – in die Hände spielen und Missbrauch ermöglichen könnte.

Glauben die Koalitionäre ernsthaft, den Diebstahl digitaler Identitäten verhindern zu können, wo doch bereits der Feldversuch mit der Einführung digitaler Bezahlkarten für Asylbewerber gescheitert ist? Und was wäre nach einem Machtwechsel? In den USA nutzt die Trump-Regierung jetzt die unter Biden vergebenen Sozialversicherungsnummern von illegä-

len Einwanderern, um das finanzielle Leben der Betroffenen „auszulöschen“.

Angesichts all dessen mehren sich die Stimmen, welche vor den Planungen im Koalitionsvertrag in puncto Digitalisierung warnen. So kritisiert der Chaos Computer Club, der mittlerweile zu den wichtigsten europäischen Nichtregierungsorganisationen für Datenschutz, Datensicherheit und Informationsfreiheit gehört, das Papier aufs Schärfste und fordert eine „Notbremse für den Überwachungskatalog“ von CDU/CSU und SPD. Ähnlich argumentiert die Bürgerrechtsorganisation Digitalcourage, die sich für die Aufnahme des Rechts auf ein Dasein ohne Digitalzwang ins Grundgesetz stark macht. Die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben dürfe ebenso wie die Inanspruchnahme öffentlicher Infrastrukturen und Leistungen nicht an die Nutzung eines Smartphones oder des Internets beziehungsweise bestimmter Softwareprodukte gebunden sein.

Sollte der Koalitionsvertrag tatsächlich zur Umsetzung kommen, dann wäre nicht nur Kritik, sondern auch Gegenwehr angesagt, sollten die kritischen Stimmen recht haben. Und das ist die große Chance, aus der digitalen Falle zu entkommen, in der viele Bundesbürger jetzt schon ein ganzes Stück weit stecken. In den Absichten von Schwarz-Rot sehen Gegner den Anlass, sich unverzüglich um die Wiedergewinnung der eigenen informationellen Selbstbestimmung zu bemühen, auch wenn dies – wie im Falle der Rückkehr zur konsequenten Barzahlung – vielleicht mit der einen oder anderen Unbequemlichkeit verbunden ist.

Und wenn es sowieso nicht klappt?

Und sollte das nicht genügen, gäbe es weitere Möglichkeiten. Hierzu schreibt der frühere Redakteur des Magazins „Rubikon“, Nicolas Riedl: „Was bringt es, wenn die Einführung einer digitalen Identität beschlossen wird, aber dann mehr als ein

bis zwei Dutzend Millionen Menschen sich daran nicht beteiligen und die Mitwirkung bei der Erstellung des Bürgerkontos verweigern? Will man die allesamt von der öffentlichen Teilhabe ausschließen? Das dürfte Protestformen wie die Spaziergänge wiederaufleben lassen, die damals schon die Impfpflicht verhindert haben.“

Sarkastische Kritiker äußern die Hoffnung, dass der Staat auch bei dieser neuen Digitalisierungsoffensive versagt. 2017 trat das Onlinezugangsgesetz in Kraft, welches unter anderem vorschrieb, dass es im Jahre 2022 möglich sein solle, 575 Verwaltungsleistungen aller Art über ein freiwilliges Bürgerkonto namens BundID abzuwickeln. Dieses Ziel wurde nicht einmal ansatzweise erreicht, angeblich wegen der komplexen föderalen Strukturen, des unterschiedlichen Standes der Digitalisierung in den einzelnen Bundesländern und der „heterogenen IT-Landschaft“ insgesamt.

DATING APPS

Es ist schwieriger, weil es einfacher wurde

Paradox: Das Internet hat die Partnerwahl eigentlich erleichtert – Damit sind jedoch zahlreiche neue Probleme entstanden

Die Partnerwahl scheint heute nicht mehr so schwierig zu sein wie früher, weil unzählige Portale im Internet eine Erleichterung des Prozederes versprechen. Deswegen hat auch bereits jeder zweite Deutsche unter 35 Jahren bei der Partnersuche Dating-Apps benutzt – und in den Altersgruppen darüber liegt die Quote immerhin ebenfalls noch bei 30 Prozent. Aber die digitale Jagd nach dem oder der Richtigen hat ihre Tücken.

Eine aktuelle Studie aus Indien zeigt, dass die Menschen durch das scheinbare Überangebot „am Markt“ zur Sprunghaftigkeit und zur endlosen Suche nach dem perfekten Partner verführt werden, den es

letztlich nicht gibt. Außerdem drohen beim modernen Dating etliche üble Tretminen, welche allesamt klangvolle englische Namen tragen wie Apocalypsing, Benching,Breadcrumbing, Curving, Floodlighting, Ghosting, Groundhogging, Haunting, Micro-Cheating, Negging, Orbiting, Parallel-Dating, Phubbing, Sneating, Snowglobing, Stashing, Tuning und Zombieing. Dabei geht es um tatsächliche oder gefühlte emotionale Übergriffe, fiese Tricks bei realen Treffen, dreisten Betrug, parasitäre Entgleisungen sowie diverse Verhaltensstörungen der Kandidaten.

Und dann wäre da neuerdings noch das Reizthema Politik. Eine Umfrage des On-

line-Suchportals ElitePartner ergab, dass mangelnde politische Übereinstimmung oft zum abrupten Abbruch des Kennenlernvorgangs führt. Besonders radikal sind hier die Berliner: Jeder vierte Hauptstädter ist bereit, seine große Liebe zu verschmähen, wenn diese die falsche Partei wählt.

Wissenschaftliche Studien zeigen zudem weitere, für die heutige Zeit typische Muster, über die unter anderem Julia Leesch vom Max-Planck-Institut für demographische Forschung (MPIDR) in Rostock berichtet. So umwerben Männer mit zunehmendem Alter immer jüngere Frauen, weil der Online-Kontakt zu diesen im Gegensatz zum wirklichen Leben

unkompliziert herzustellen ist. Allerdings erwachsen daraus selten längere Beziehungen. Diese ergeben sich eher aus Übereinstimmungen bei Faktoren wie dem Ess-, Trink- und Rauchverhalten sowie dem Bildungsniveau.

Gegensätze mögen sich anziehen, doch entsteht daraus selten eine langanhaltende Beziehung – zumindest, was die heutige Zeit betrifft. Neuesten Untersuchungen zufolge haben 60 Prozent der Frauen, die kürzlich einen Partner fanden, den gleichen Bildungsstand wie dieser. Deshalb sprechen Sozialwissenschaftler auch von einem Trend zur „Bildungshomogamie“, der sich in allen europäischen

Ländern zeige. Ansonsten gibt es noch weitere Unterschiede zwischen Männern und Frauen auf Partnersuche.

Entgegen herkömmlichen Klischees ist das „starke Geschlecht“ deutlich stärker darauf fokussiert, eine feste Beziehung einzugehen, während Frauen diesbezüglich weniger unter Druck stehen. Denn sie verfügen nach Auffassung der Partnerwahl-Experten über größere soziale Netzwerke und bekommen dadurch mehr emotionale Unterstützung außerhalb einer Beziehung. Gleichzeitig steht bei beiden Geschlechtern heute aber auch die egoistische Selbstverwirklichung hoch im Kurs. W.K.

WIEDERERÖFFNUNG

Wendet Museum Mohrungen sich von Herder ab?

Seit Neuestem trägt die Einrichtung den Namen „Oberland-Museum“ – Entscheidung fiel unter Ausschluss der Öffentlichkeit

VON UWE HAHNKAMP

Nach zweieinhalb Jahren Renovierungs- und Umbauzeit öffnete das Museum im ehemaligen Stadtschloss der Familie zu Dohna in Mohrungen wieder seine Pforten. Der feierlichen Eröffnung Mitte März folgte ein Tag der Offenen Tür. Im bisherigen Johann-Gottfried-Herder-Museum haben die knapp 600 Exponate mehr Platz, die geänderte Ausrichtung der Ausstellung hatte jedoch auch eine Änderung des Namens in Oberland-Museum zur Folge, was auch Widerspruch hervorrief.

Das bisherige Konzept des Museums in Mohrungen konzentrierte sich sehr stark auf den bekanntesten Sohn der Stadt: Johann Gottfried Herder. Die Themen wurden erweitert, und jetzt soll das Museum den Besuchern die Region Oberland näherbringen, die polnisch oft falsch als Mazury Zachodnie, also Westmasuren bezeichnet wird. Einen ersten Vorgeschmack darauf bekamen die bekannten Gäste bei der offiziellen Eröffnung am 14. März, darunter sowohl der Woiwode als auch der Marschall der Woiwodschaft Ermland-Masuren Radosław Król und Marcin Kuchciński, sowie die polnische Ministerin für Kultur und nationales Erbe Hanna Wróblewska.

Aspekte des Oberlands

Doch auch den mehr als 100 Personen, die zur ersten Führung am Tag der offenen Tür ins Museum strömten, galt es, das Oberland in all seinen Facetten vorzustellen. Dafür hatte das Stadtschloss der Familie zu Dohna einige Veränderungen erfahren. Während die Fassade weitgehend unverändert blieb, wurde der Eingangsbereich sowie die Treppenhäuser vom linken in den rechten Flügel verlegt, die bisherigen Räume stehen jetzt der Verwaltung zur Verfügung. Die neuen Ausstellungsräume bieten mehr Platz, sodass die Dauerausstellungen der holländischen



Am Tag der Offenen Tür: Museumsleiterin Angelika Rejs begrüßt die Gäste

Bild: U.H.

Porträtmalerei des 17. Jahrhunderts, der protestantischen Epitaphien und der Erinnerungstücke aus preußischen Gutshäusern besser zur Geltung kommen.

Nach der Begrüßung durch Museumsleiterin Angelika Rejs begannen die Gäste ihre Reise im prähistorischen Saal mit Erklärungen zu Kurhanen. Diese Grabhügel, welche die Unterwelt mit dem Himmel verbinden sollen, sind typisch für die Region Oberland und dort an einigen Orten zu besichtigen. Im Gegensatz zu Ermland und Masuren ist das Oberland deutlich hügeliger, zu einer anderen Zeit besiedelt worden und auch sonst kulturhistorisch anders geprägt. Im historischen Saal daneben lockt ein Modell Mohrungen aus dem Jahr 1977, das die Stadt im Zustand

von etwa 1750 zeigt. Małgorzata Gałęziowska vom Museum wies insbesondere auch auf die Exponate bekannter deutscher Adelsfamilien hin: „Hier gibt es ein Notizbuch und Kalender von Hans Joachim von Finckenstein, in dem er seine täglichen Erlebnisse im Ersten Weltkrieg festgehalten hat.“ Materialistisch veranlagte Gäste zog es eher zum Schatz von Saalfeld mit Goldgulden aus dem 15. Jahrhundert.

Kritik am Namen

Sehr konkrete Darstellungen und Exponate gibt es wiederum zur Entwicklung des Brandschutzes in der Stadt Mohrungen, dazu, wie der Schutz von Gebäuden und Menschen früher ablief. Das betrifft auch

das Gebäude des Museums, das in dieser Form nach einem Großbrand im Jahr 1697 neu erschaffen wurde. Der Geschichte des Bauwerks ist ein weiterer Ausstellungsraum gewidmet, aber auch die zum Teil freigelegten und zugänglichen Kellergewölbe verschaffen den Besuchern einen guten Eindruck davon.

Ein besonderes Juwel ist im Erdgeschoss die Ausstellung von Skulpturen des italienischen Künstlers Adolfo Wildt. Er schuf jahrelang ausschließlich für seinen Mäzen Franz Rose, einen Gutsherrn aus Döhlau in den Kernsdorfer Höhen im Herzen des Oberlands und selbst einige größere Werke sind noch erhalten.

Das Oberland als neuer Namensgeber des Museums in Mohrungen ist im Sinne

der jetzigen Konzeption logisch. Das Museum ergänzt auch als drittes Regionalmuseum das zentrale Museum von Ermland und Masuren in Allenstein und das Museum des Ermlands in Heilsberg.

Dennoch war, wie die Mitarbeiter des Museums zugaben, die interne Diskussion über die neue Ausrichtung und den neuen Namen recht lebhaft und die jetzige Lösung ein Kompromiss. Bedauerlich findet Urszula Mańka, die Vorsitzende der Gesellschaft der deutschen Bevölkerung „Herder“ in Mohrungen, dass das nur intern geregelt wurde: „Uns hat niemand gefragt. Wir befürchten allerdings, dass mit dem Verschwinden des Namens Herder auch das Thema des großen deutschen Philosophen verschwindet.“

Chantal Stannik, die Kulturmanagerin des Instituts für Auslandsbeziehungen in Stuttgart in Ermland und Masuren, sieht die Namensänderung aus einem anderen Grund skeptisch: „Wer kann schon mit dem Begriff ‚Oberland‘ etwas anfangen? Herder kennt man dagegen auf der ganzen Welt.“ Unterstützung für den Namen Herder kommt unerwartet von polniskonservativer Seite, die seine Rolle als „großer Freund der Slawen“ betont. Der historische polnische Namen der Region „Prusy Górne“ im neuen Namen des Museums bereitet ihren Vertretern wegen des Bezugs zu Preußen hingegen Unbehagen. Waldemar Mańka wiederum, der Vizevorsitzende der Deutschen Minderheit in Mohrungen, plädiert auf einen Kompromiss wie etwa Oberland-Museum „Johann Gottfried Herder“.

Gałęziowska sieht die lebhaft Diskussion durchaus positiv. Sie beruhigt zum einen, dass Herder weiter im Mittelpunkt der Arbeit des Mohrunger Museums stehen wird, zum anderen halte „die Auseinandersetzung um den Namen das Museum als solches im Blick der Öffentlichkeit“. Die Renovierung des Museums jedenfalls ist gelungen, ein Besuch lohnt sich, und eine anschließende Fahrt durch das Oberland ist zu empfehlen.

ALLENSTEIN

Märchenhafte Figuren in der Altstadt

Gestalten aus kaschubischen, ermländischen und masurischen Legenden zieren künftig öffentliche Orte

Bei einem Spaziergang durch die Altstadt von Allenstein stößt man seit Kurzem auf etwas ganz Besonderes – geheimnisvolle, bronzene Figuren, die beginnen, die Straßen, Gassen und Ecken der Stadt zu schmücken. Klein, aber äußerst markant ziehen diese Skulpturen die Blicke der Passanten auf sich, wecken Neugier und laden dazu ein, ihre Geschichte zu entdecken. Sie sind nicht nur eine neue touristische Attraktion, sondern auch der Auftakt zu einem größeren Abenteuer, das sowohl Einheimische als auch Besucher erwartet.

Die Figuren sind Teil des Projekts „Auf den Spuren von Märchen und Legenden aus Ermland und Masuren“, das im Rahmen des Allensteiner Bürgerhaushalts 2024 umgesetzt wird. Ziel ist es, den städtischen Raum zu beleben und ein Stück Magie aus dem lokalen Volksglauben in den Alltag zu bringen. Insgesamt sollen 15 Skulpturen in der Stadt aufgestellt werden, von denen jede eine Figur aus den



In Allenstein: Eine der neuen Märchenfiguren

Bild: D.K.

kaschubischen, ermländischen und masurischen Legenden darstellt – wie etwa Alna, Smętek oder Kłobuk.

Der Künstler dieser außergewöhnlichen Werke ist Dawid Gołębiowski, ein Bildhauer aus Allenstein, dessen Werke sich durch Detailtreue und tiefe Verwurzelung in der lokalen Kultur auszeichnen. Dank ihm erhalten die Legenden, die bisher nur aus Büchern oder alten Erzählungen bekannt waren, eine greifbare Gestalt – sie sind direkt neben uns und warten darauf, entdeckt zu werden.

In den kommenden Wochen sollen außerdem Informationstafeln an den Skulpturen angebracht werden, die ihre Bedeutung und Geschichte näher erläutern. Das ist eine Gelegenheit, nicht nur die Kunstwerke zu bewundern, sondern auch die Symbolik und Geschichten dahinter zu verstehen. Darüber hinaus bilden die neuen Figuren den Ausgangspunkt für ein interaktives Stadtspiel, das in naher Zukunft starten soll.

Ausgestattet mit einer speziellen Karte können die Teilnehmer auf die Suche nach den nächsten Figuren gehen, Rätsel lösen, Punkte sammeln und faszinierende Geschichten aus der Region entdecken. Wer alle Skulpturen findet und die Aufgaben meistert, darf sich den Titel „Spurenjäger der Märchen und Legenden“ verdienen. Inspiration für diesen magischen Pfad lieferten ähnliche Projekte in anderen Städten, etwa die berühmten Zwerge in Breslau.

Alenstein geht einen Schritt weiter – indem es auf seine eigene Identität und sein lokales Erbe zurückgreift, schafft es etwas Einzigartiges. Dieses Projekt ist nicht nur ein Beispiel für die Zusammenarbeit von Bürgern, Künstlern und Stadtverwaltung. Es ist auch ein Beweis dafür, dass der Allensteiner Bürgerhaushalt funktioniert – er ermöglicht es den Menschen, den öffentlichen Raum aktiv mitzugestalten und sich mit ihrer Stadt zu identifizieren. Dawid Kazanski

Wir gratulieren...



ZUM 102. GEBURTSTAG

Deimann, Hanna, geb. Wiede, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 10. Mai

ZUM 101. GEBURTSTAG

Behnert, Margot, geb. Scheffler, aus Neidenburg, am 15. Mai

ZUM 100. GEBURTSTAG

Kovscek, Jutta, geb. Janz, aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, am 15. Mai

ZUM 99. GEBURTSTAG

Borgmeier, Gertrud, geb. Wisotzki, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 14. Mai

Burdina, Grete, geb. Grzanna, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, und aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 10. Mai

Christner, Edith, geb. Knoch, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 11. Mai

Grallert, Hildegard, aus Waldwender, Kreis Lyck, am 9. Mai

Rosinski, Christel, geb. Meyer, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 12. Mai

Woggon, Ruth, geb. Palluck, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 13. Mai

ZUM 98. GEBURTSTAG

Tuma, Elli, geb. Rücklies, aus Imten, Kreis Wehlau, am 14. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Fröhlich, Bruno, aus Ortelsburg, am 12. Mai

Pantel, Anneliese, geb. Mahnke, aus Groß Arnsdorf, Kreis Mohrunge, am 14. Mai

Pettenpaul, Karl-Heinz, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 11. Mai

Scheffler, Ilse, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 13. Mai

Sopha, Charlotte, geb. Berg, aus Norgau, Kreis Fischhausen, am 9. Mai

Steiner, Hanni, geb. Loeper, aus Schneiderende, Kreis Elchniederung, am 15. Mai

Walter, Irmgard, geb. Barke-nings, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 15. Mai

Woelk, Herta, geb. Oschlies, aus Schiewenau, Kreis Wehlau, am 15. Mai

Wotzke, Elisabeth, geb. Orgi-nowski, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 14. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Ahrens, Gertrud, geb. Kolletzki, aus Pertelnicken, Kreis Fischhausen, am 11. Mai

Benter, Margot, geb. Hoff, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, am 13. Mai

Blum, Christa, geb. Wieczorrek, aus Gelitten, Kreis Treuburg, am 15. Mai

Füseke, Elly, geb. Dohmann, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 13. Mai

Ingmann, Lisbeth, geb. Grigo, aus Krassau, Kreis Lyck, am 10. Mai

Rentzsch, Hildegard, geb. Hense-leit, aus Ebenrode, am 14. Mai

Wienefeld, Christel, geb. Kullik, aus Lyck, Hindenburgstraße 22, am 12. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Herrmann, Siegfried, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 11. Mai

Meinecke, Irma, geb. Dickmann, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 10. Mai

Schrenke, Eva, geb. Gelhaar, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. Mai

Spannaus, Else, geb. Koschorrek, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 14. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Albrecht, Willi, aus Reichertswal-de, Kreis Mohrunge, am 9. Mai

Dinges, Herta, geb. Gindler, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 12. Mai

Gräfflich, Inge, geb. Meyer, aus Er-len, Kreis Elchniederung, am 14. Mai

Lokowandt, Gerhard, aus Grab-nick, Kreis Lyck, am 15. Mai

Milewski, Heinz, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 10. Mai

Steinert, Horst, aus Schodehnen, Kreis Mohrunge, am 15. Mai

Tarrach, Kurt, aus Siemienau, Kreis Neidenburg, am 11. Mai

Wachtel, Gundola, geb. Schinz, aus Ebenrode, am 14. Mai

Wassenberg, Helga, geb. Zeier, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 9. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bernhard, Lydia, geb. Rattay, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, am 14. Mai

Bienk, Bruno, aus Ortelsburg, am 9. Mai

Braam, Christel, geb. Gorska, aus Alt Petersdorf, Kreis Neidenburg, am 15. Mai

Braunsberg, Otto, aus Martinshö-he, Kreis Lyck, am 15. Mai

Drewes, Ruth, geb. Lask, aus Mai-hof, Kreis Lyck, am 13. Mai

Karpinski, Kurt, aus Großrosen, Kreis Johannsburg, am 9. Mai

Koriath, Gerhard, aus Bal-denofen, Kreis Neidenburg, am 12. Mai

Paul, Anneliese, geb. Lindenau, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 12. Mai

Radzuweit, Günther, aus Föhren-horst, Kreis Ebenrode, am 10. Mai

Robl, Eva, geb. Kallweit, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 15. Mai

Sczech, Inge, geb. Vockel, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 10. Mai

Seidensticker, Helmut, aus Len-zendorf, Kreis Lyck, am 13. Mai

Simmat, Helmut, aus Ortelsburg, am 14. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Budischewski, Hans, aus Wiesen-höhe, Kreis Treuburg, am 13. Mai

Chucholowski, Richard, aus Tie-fen, Kreis Lötzen, am 10. Mai

Fork, Eva, geb. Kröhnert, aus Lin-dendorf, Kreis Elchniederung, am 10. Mai

Gemmer, Ursula, geb. Siemund, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 13. Mai

Henselewski, Kurt, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 15. Mai

Jakubeit, Gertrud, geb. Metschu-lat, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 14. Mai

Jungkeit, Helga, geb. Geffers, aus Wehlau, am 11. Mai

Liedtke, Hermine, geb. Gersba-cher, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 12. Mai

Nebel, Margott, geb. Rohr/Zig-gert, aus Pojerstieten, Kreis Fisch-hausen, am 10. Mai

Quast, Martha, geb. Sokolowski, aus Sarken, Kreis Lyck, am 9. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Hein, Siegfried, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 13. Mai

Neander, Renate, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 9. Mai

Ring, Margaretha, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 13. Mai

Rosowski, Gerda, geb. Zoltber-ger, aus Rohmanen, Kreis Ortels-burg, am 9. Mai

Seggern, Anneliese von, geb. Sze-pannek, aus Eckwald, Kreis Or-telsburg, am 12. Mai

Sokollek, Günter, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 10. Mai

Wunsch, Werner, aus Heldenfel-de, Kreis Lyck, am 11. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bierfreund, Elisabeth, geb. Leis-ke, aus Mohrunge, am 15. Mai

Christmann, Ilse, geb. Szoebb, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 9. Mai

Hincke, Wally, geb. Stein, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 13. Mai

Höpting, Hildegard, geb. Fröhli-an, aus Mulden, Kreis Lyck, am 9. Mai

Hüsgen, Elisabeth, geb. Rosinski, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 11. Mai

Jorkowski, Heinz, aus Moddel-kau, Kreis Neidenburg, am 11. Mai

Kosik, Ewald, aus Rettkau, Kreis Neidenburg, am 11. Mai

Kruse, Eva, geb. Woykenat, aus Treuburg, am 9. Mai

Lankeit, Wilhelm, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 11. Mai

Plogsties, Werner, aus Kucker-neese, Kreis Elchniederung, am 12. Mai

Rasche, Hildegard, geb. Horn, aus Sensburg, am 9. Mai

Reisch, Irmgard, geb. Sachs, aus Bartkengut, Kreis Neidenburg, am 10. Mai

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Roth, Eveline, geb. Hoffmann, aus Georgenswalde, Kreis Fischhausen, am 12. Mai

Saborosch, Helmut, aus Wasie-nen, Kreis Neidenburg, am 14. Mai

Sdun, Christa, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 10. Mai

Tusk, Hans-Jürgen, aus Rollnau, Kreis Mohrunge, am 9. Mai

Weiß, Dieter, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 11. Mai

Zakfeld, Gertrud, geb. Kläs, aus Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 14. Mai

Zielasko, Gerhard, aus Sentken, Kreis Lyck, am 10. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Dormann, Erika, geb. Günther, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 13. Mai

Fröhlich, Barbara, geb. Napolski, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 12. Mai

Kirstein-Maetzold, Bärbel, geb. Kirstein, aus Ebenrode, am 14. Mai

Kollack, Ingrid, geb. Wilzewski, aus Lissau, Kreis Lyck, am 13. Mai

Kremin, Willy, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 15. Mai

Kröhnert, Gerfried, aus Neusorge und Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 15. Mai

Leng, Gunter, aus Warschkeiten, Kreis Preußisch Eylau, am 12. Mai

Narzi, Renate, geb. Schaschke, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. Mai

Niemzig, Heinz-Günter, aus Lyck, am 9. Mai

Raetzel, Ursula, geb. Jopp, aus Dankfelde, Kreis Lötzen, am 9. Mai

Schreiber, Ilse, geb. Pogodda, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 14. Mai

Schwekutsch, Elvira, geb. Kros-ka, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 11. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Besler, Wolfgang, aus Mohrunge, am 14. Mai

Brosch, Joachim, Vorfahren aus Ortelsburg, am 9. Mai

Schmiedel, Hans-Joachim, aus Fischhausen, am 9. Mai

Wilken, Waltraut, geb. Mildt, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 9. Mai

ZUM 75. GEBURTSTAG

Ceymer, Leopold, aus Freythen, Kreis Ortelsburg, am 15. Mai

Ladentin, Gisela, geb. Potschew, aus Fischhausen, am 10. Mai

Ladusch, Ursula, geb. Heinrich, aus Königshöhe, Kreis Lötzen, am 13. Mai

Maleike, Rudolf, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 14. Mai

Wirken Sie mit an der Stiftung.
Fürl Fugger Privatbank
IBAN: DE66 7203 0064 1001 8349 83
BIC: FURBDE33

»Zukunft für Ostpreußen!«

ANZEIGE

Zusendungen für die Ausgabe 21/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 21/2025 (Erstverkaufstag 23. Mai) bis spätestens **Dienstag, den 13. Mai**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

„Drei-Kreise-Treffen“
Samstag 17. Mai 2025 • 09:30-16:00 Uhr

TILSIT-RAGNIT TILSIT ELCHNIEDERUNG

„mon ami“ Kulturzentrum
99423 Weimar • Goetheplatz 11

Goethe ruft... Auf ins schöne Weimar!

ANMELDUNG ERFORDERLICH:
Teilnahme aufgrund der begrenzten Platzzahl nur für geladene und angemeldete Gäste möglich.

E-Mail: weimar@tilsit-stadtundland.de | Tel.: 030 - 6041054

Weitere Infos: tilsit-stadtundland.de/weimar
Veranstalter: Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. Kontakt: Barbara Fischer ☎ 0170 - 2925434
Eintritt frei – Über freiwillige Spenden zur Unterstützung der Veranstaltung freuen wir uns.

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



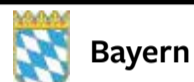
Baden-Württemberg
Vorsitzender: Dr. Georg Müller, Adolf-Sautter-Straße 41 a, 75181 Pforzheim, Telefon (0178) 1744376 E-Mail: georg.mueller.web@freenet.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219, **Internet:** www.low-bw.de

Preußische Tafelrunde

Pforzheim – Mittwoch, 21. Mai, 18 Uhr, Parkhotel Pforzheim: 153. traditionsreiche Preußische Tafelrunde. Anmeldungen und weitere Informationen über die E-Mail: Preussische-Tafelrunde@web.de.

Neuer Landesvorsitzender

Stuttgart – Zum neuen Landesvorsitzenden der Landesgruppe Baden-Württemberg wurde am 5. April Dr. Georg Müller gewählt.



Bayern
Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Zeitzeugen berichten

Altmühlfranken – Freitag, 9. Mai, 18.30 Uhr, Markgrafensaal, Haus des Gastes, Dr.-Martin-Luther-Platz 4, 91710 Gunzenhausen: Erinnerungabend zum Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkriegs.

Muttertag

Hof – Sonnabend, 10. Mai, 15 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5: Treffen zum Thema Muttertag.

Vernissage

Hof – Donnerstag, 15. Mai, 19 Uhr, Museum Bayerisches Vogtland,

Sigmundsgraben 6: Ausstellungseröffnung „Ungehört – die Geschichte der Frauen. Flucht, Vertreibung und Integration“, eine Kooperation mit dem Haus des Deutschen Ostens.

Westpreußen

Hof – Vorsitzender Christian Joachim begrüßte im Jahnheim zum Monatstreffen und gratulierte dem Ehepaar Starosta zur Gnadenhochzeit. Dann entführte er die Mitglieder und Gäste nach Westpreußen.

Das Land zu beiden Seiten der unteren Weichsel weist viele Flüsse und Seen auf. Der längste Strom, die Weichsel, fließt 232 Kilometer durch das flache Land. Im Weichsel-Nogat-Delta liegt dieses bis zu 1,8 Meter unter dem Meeresspiegel. Westlich des Flusses befinden sich die 25.000 Quadratkilometer große Tucheler Heide und die Kaschubische Schweiz mit dem 331 Meter hohen Turmberg.

Die Grenzmark Posen-Westpreußen bildet keinen geographisch einheitlichen Raum. Sie setzt sich aus drei ungleichen, voneinander getrennten Gebietsteilen zusammen. Der nördliche Teil beginnt mit der Südabdachung des Pommerschen Höhenrückens. Die anschließende Sanderzone ist ein flachwelliges Land, durchsetzt mit bewaldeten Hügeln und Bergen, die sich zwischen Schneidemühl und Deutschkrona bis auf 200 Meter erheben.

Der mittlere, an Brandenburg angrenzende, Teil liegt zwischen dem Thorn-Eberswalder und dem Warschau-Berliner Urstromtal. Der südliche Bereich um Fraustadt befindet sich am Nordrand des Glogau-Baruther Urstromtales. Beide Gebiete werden durch Hügel und Ebenen, Flüsse und Seen bestimmt.

Etwa die Hälfte der berufstätigen Bevölkerung war in Forst- und Landwirtschaft beschäftigt. Auf den Sandböden wurden vor allem Roggen, Hafer und Kartoffeln angebaut. Von besonderer Bedeutung

für Gesamtdeutschland war die Saatguterzeugung von Roggen, Gerste, Hafer und Kartoffeln.

In den feuchten Urstromtälern herrschte Grünlandwirtschaft vor. Unter Friedrich dem Großen wurden die Täler entwässert und besiedelt. Weite Bereiche der sandigen Böden waren mit Nadelwäldern bedeckt. Die Industrie der kleinen Städte beschränkte sich meist auf die Verarbeitung der Erzeugnisse aus Forst- und Landwirtschaft. Da der Handel mit den Produkten der Brennereien, Kornmühlen, Molkeereien und dergleichen eng verknüpft war, lebten fast 75 Prozent der Bevölkerung „vom Land“.

Bereits im frühen 13. Jahrhundert rief Herzog Konrad von Masowien, mit Zustimmung von Papst und Kaiser, den Deutsche Orden ins Land. Dieser begann im Kulmer Land die Keimzelle des Deutschordensstaates Preußen zu legen. Nach 1466 gelangte das Land unter die Oberhoheit der Krone Polens. Die Städte Thorn, Elbing und Danzig waren damals Stadtrepubliken. Nach der Wiedervereinigung der altpreußischen Landesteile verlieh König Friedrich II. von Preußen den beiden Landesteilen die Namen West- und Ostpreußen. Danzig wurde 1815 Provinzialhauptstadt von Westpreußen und erhielt gegen den Willen der Bevölkerung 1920 den Status einer Freien Stadt. Durch die Grenzziehung nach dem Ersten Weltkrieg wurden bestehende Strukturen zerstört. Dadurch fehlte vielerorts das wirtschaftliche Hinterland. Eine Ausnahme bildete Schneidemühl. Als neue Hauptstadt lag es an der östlichen Reichsgrenze und genoss wirkungsvolle Förderung des Staates.

Auch bevölkerungsmäßig bildete Westpreußen kein einheitliches Gebiet. Mundart und Brauchtum von Westpreußen, Pommern, Nieder- und Oberschlesien bis zur polnischen Minderheit existierten nebeneinander.

In den der Republik Polen zugeschlagenen Gebieten hatten die deutschen Minderheiten mit Repressalien zu kämpfen. So floh bis

1926 etwa eine halbe Million Deutscher aus diesem Gebiet.

Joachim schloss mit der Überlegung, dass die willkürlich versuchten Grenzveränderungen oft zu Verstößen gegen das Völkerrecht führten. Betrachtet man die aktuelle politische Situation, kann man feststellen, dass die Menschen leider nicht dazulernen.

Nach der Vorstellung des Prominenten des Monats durch Kulturwart Bernd Hüttner besprach zweite Vorsitzende Organisatorisches und las eine Ostergeschichte vor. Danach saßen die Mitglieder noch zusammen und diskutierten das Gehörte. *Jutta Starosta*

Trauer um Helmut Starosta

Hof – Vor kurzem feierte Helmut Starosta noch mit seiner Ehefrau Christl die Gnadenhochzeit und genoss die Gratulationen zu 70 Jahren Ehe. Nun starb er nach kurzer Krankheit im Kreis seiner Familie.

Er wurde 1927 in Marienburg / Westpreußen geboren. Nach Gymnasium, Arbeitsdienst und Luftwaffe nahm er im Zweiten Weltkrieg an den Endkämpfen an der Oder und in Berlin teil. Dabei wurde er zweimal verwundet.

Nach Lazarett und Gefangenschaft fand Starosta in Bayern seine neue Heimat. Er studierte und absolvierte eine kaufmännische



Helmut Starosta zu seiner Gnadenhochzeit *Bild: Jutta Starosta*

Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Termine 2025

21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Wuttrienen

19. bis 21. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

4. bis 5. Oktober: 15. Kommunalpolitischer Kongress (gT) in Allenstein

6. bis 12. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (gT) in Wuppertal

8. bis 9. November: Ostpreußische Landesvertretung (gT) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo

Ausbildung. In den letzten 26 Jahren seines Berufslebens leitete er als Bezirksleiter das Verkaufsbüro der Firma „Jägermeister AG, Wolfenbüttel“ in Oberfranken.

Bereits kurz nach Kriegsende nahm er Verbindung zu der Marienburger Familie der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen auf. Von 1982 bis 1999 war Starosta Bezirksvorsitzender der Ost- und Westpreußen in Oberfranken und von 1994 bis 1998 stellvertretender Landesvorsitzender in Bayern. Ab 1983 fungierte er als Bezirksvorsitzender des Bundes der Vertriebenen für Oberfranken. 1989 wurde er zum Verbindungsmann für Sonderaufgaben des BdV Bayern für Sachsen ernannt und leistete dort Aufbauhilfe. Nach seiner aktiven Zeit in der Vertriebenenarbeit wurde er zum Ehrenbezirksvorsitzenden des Bundes der Vertriebenen Oberfranken ernannt.

Für sein großes ehrenamtliches Engagement für seine Heimat wurde Starosta vielfach ausgezeichnet. Er erhielt 1987 das silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft Westpreußen, 1988 die Goldene Ehrennadel des Bundes der Vertriebenen, 1990 das Landesehrenzeichen Bayern, 1993 die Westpreußen-Spange in Silber und 2000 das Silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen.

Außerdem bekam Starosta im Juli 2003 die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Bei deren Verleihung bedankte sich der Oberbürgermeister der Stadt Hof Dieter Döhla für sein stetiges Engagement für eine Ostdeutsche Heimatstube in Hof. Dieser Traum ging mit der Erweiterung des Museums „Bayerisches Vogtland“ durch die Abteilung „Flucht und Vertreibung“ in Erfüllung. Deren Einweihung am 27. Januar 2012 sah Starosta als Höhepunkt seines Lebens an.

Am 10. Juli 2013 wurden Christl und Helmut Starosta für diese Arbeit durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung durch den Kulturpreis 2013 geehrt.

Zeit seines Lebens war Starosta aber auch ein begeisterter Sportler. Im fortgeschrittenen Alter richtete er seinen Trainingseifer auf die Disziplinen des Deutschen Sportabzeichens. Seit 1988 gilt er als Sportabzeichen-König, bis 2016 legte er die Prüfungen für 92 Sportabzeichen ab. Seine höchste sportliche Auszeichnung ist die „Deutsche Sportkrona in Gold mit Brillanten.“ Für seine Verdienste als

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.

Prämie 2: Renaissanceglobus



Prämie 2: Renaissanceglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfönd, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppe und Heimatkreisgemeinschaften

42615, VWG-Buslinien 304 und 315, Haltestelle Dorfweg.



Sachsen
Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Einweihungsfeier

Chemnitz – Anfang April fand in den neuen Räumen unserer Landsmannschaft Chemnitz und Umgebung, Limbacher Straße 101 in Chemnitz, der Landesverbandstag der Vertriebenen und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen / Schlesische Lausitz e.V. und die Einweihungsfeier der Begegnungsstätte des Regionalverbandes Chemnitz statt. Zum Landesverbandstag versammelten sich Vertreter der einzelnen Regionalgruppen, um wichtige Themen zu besprechen und zu beschließen. Unter den Teilnehmern waren Dr. Jens Baumann, Beauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler in Sachsen, Dr. Manfred Hellmund, stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes, Florian Braun, Vorsitzender der Landesgruppe Sachsen der Deutschen aus Russland, Claudia Florian, Geschäftsführerin der Begegnungsstätte „TransferRaum Heimat“ Knappenrode, Liane Labuhn, Vorsitzende des Regionalverbandes Chemnitz / Südwestsachsen e.V. Als Gäste wurden das Mitglied des Bundestages Nora Seitz der CDU-Chemnitz, Kai Hähner, Vorsitzender des UDAV (Union der Vertriebenen und Aussiedler der CDU/CSU), sowie Ulrich Werner, stellvertretender Vorsitzender des Rotary Clubs Chemnitz, begrüßt.

Nach der Verbandstagung und einem kleinen Mittagsimbiss moderierte Labuhn den zweiten Teil der Veranstaltung. Zu Beginn überbrachte Werner eine großzügige Spende des Rotary Clubs in Höhe von 1000 Euro. Diese Spende wird zur Anschaffung für ein Fernsehgerät benötigt, um Migrantenkindern Deutschunterricht zu geben. Es werden bestimmte Lernprogramme dazu angeschafft. Den Unterricht wird eine russische Migrantin übernehmen, die in Russland Germanistik studiert hat.

Danach überreichte Baumann ein Präsent anlässlich der Neueröffnung des Büros in der Limbacher Straße 101 und das Mitglied des Bundestages, Seitz, brachte ihre guten Wünsche für die Arbeit des Regionalverbandes Chemnitz zum Ausdruck und sicherte ihre weitere Unterstützung zu. Es konnten auch Gäste von der Landesgruppe aus Bayern begrüßt werden, wie Familie Böld und Wolfgang Freyberg. Auch war der stellvertretende Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Hans-Jörg Froese, da.

Im Anschluss daran stellte Ida Böttcher von der Orts- und Kreisgruppe Chemnitz und Umgebung der LmDR e.V. den Anwesenden das Buch „Der weite Weg zurück“ vor, das als beeindruckendes Ergebnis des Projektes „Familienforschung“ Ende 2024 entstanden ist. Dabei schilderte sie die Entstehungsgeschichte des Buches und die Wirkung der Auseinandersetzung mit der eigenen und der Geschichte der Vorfahren auf die Au-

toren der einzelnen Beiträge, aber auch auf diejenigen, die diese Beiträge lesen. Dabei betonte sie die Notwendigkeit, diese unsere Geschichte(n) festzuhalten und im Umfeld, nicht nur unter den eigenen Leuten, sondern besonders unter den „Hiesigen“ zu verbreiten.

Die Erfahrung zeigt, dass die meisten Deutschen nur sehr wenig über vertriebene Deutsche wissen. Hier gilt es nach wie vor, Aufklärungsarbeit zu leisten, auch mit Hilfe dieses Buches.

In den neuen Räumen des Regionalverbandes konnten auch die bezaubernden Gemälde von Dr. Ida Schneider bewundert werden. Die Künstlerin selbst, pensionierte Chirurgin und Autodidaktin in der Malerei, stellte sich und ihr Schaffen vor und beeindruckte mit ihren Bildern, die reges Interesse fanden. Diese Werke werden seit Mitte April in der Begegnungsstätte der Diakonie in Reichenbach in einer Ausstellung präsentiert.

Abgerundet wurde diese Veranstaltung durch wunderbare musikalische Darbietungen zweier junger Schülerinnen der Musikschule am Brühl aus Chemnitz. Den Abschluss des bereichernden Nachmittags bildeten interessante Gespräche unter den Anwesenden bei Kaffee und leckerem Kuchen. Alles in allem war es nach dem offiziellen Teil des Vormittags ein sehr gelungener Nachmittag mit vielen Informationen, neuen Bekanntschaften und intensiven Gesprächen.

Ein großes, herzliches Dankeschön gilt den Organisatoren der Veranstaltung sowie dem Sächsischen Landtag und dem Sächsischen Staatsministerium des Innern.

Alexander Schulz

Operettenmelodien

Dresden – Dienstag, 20. Mai, 13 Uhr, Büro, Großhainer Straße 96: Fröhliche Operettenmelodien aus der Heimat.

Edith Welnitz

Tag der Heimat

Zwickau – Mittwoch, 21. Mai, 15 bis 17 Uhr, Hölderlinstraße 1: Tag der Heimat.

**Schleswig-Holstein**

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.

Flensburg – Mittwoch., 14. Mai, 11.30 Uhr: Spargelessen, TSB-Heim. Anmeldung bis 9. Mai bei Renate Kunde (0461) 91170 oder per E-Mail: rehekunde@aol.com.

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.

Flensburg – Pfingstfreitag, 6. Juni. Halbtagesfahrt: Mittagessen Gasthof Victoria Winnemark, nachmittags Phono-Museum Holzdorf, Kaffeetrinken im Hof Schwansen. Anmeldung bis 14. Mai bei Hans Legies unter Telefon (0170) 8118800 oder per E-Mail: Hans.Legies@t-online.de.

PAZ wirkt!

**Elchniederung**

Kreisvertreter: James-Herbert Lundszen, Fritz-Reuter-Straße 24, 24601 Wankendorf, Telefon (04326) 2195, E-Mail: james-herbert.lundszen@t-online.de

GF: Barbara Daweidt, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567, E-Mail: inse-elchniederung@t-online.de

Drei-Kreise-Treffen

Weimar – Sonnabend, 17. Mai, 9.30 bis 16 Uhr, Jugend- und Kulturzentrum mon ami, Goetheplatz 11, 99423 Weimar: gemeinsame Treffen der Kreisgemeinschaft Elchniederung e.V., der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit e.V. und der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. Letztgenannte hat die ausrichtende Federführung. Der Eintritt ist frei, um eine Spende zur Deckung der Kosten und um eine Anmeldung wird gebeten.

Das Programm ist abwechslungsreich und wird von einer Mittagspause in der Zeit von 11.30 bis 13 Uhr unterbrochen. Zum Mittagessen werden nach derzeitiger Planung zwei Gerichte angeboten, am Nachmittag gibt es Kaffee und Kuchen. Die Kosten hierfür trägt jede und jeder selbst.

Wer mit dem Auto anreist, kann im nahegelegenen Parkhaus „An der Hauptpost“, Gerhard-Hauptmann-Straße 3, einen Platz finden. Für eventuelle Zimmerreservierungen wende man sich bitte an die Tourist-Information Weimar, Markt 4, 99423 Weimar, Telefon (03643) 7450, E-Mail: tourist-info@weimar.de.

Die Organisatoren freuen sich auf viele Landsleute und Gäste. Eine rege Beteiligung trägt dazu bei, dass derartige Veranstaltungen eine Zukunft haben.

James-Herbert Lundszen

**Osterode**

Kreisvertreter: Jürgen Ehmman, Stenweilerstraße 35, 66564 Ottweiler, Telefon (06824) 302259, E-Mail: juergenehmann-kgoev@web.de, **Gst.:** Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870, E-Mail: kgoev@web.de, Sprechstunde: Do. 14 bis 17 Uhr

Regionaltreffen und außerordentliche Mitgliederversammlung

Hamm-Westtünen – Sonntag, 25. Mai, 10 Uhr, Von-Thünen-Halle, Vereinsheim Schützenverein Westtünen 1893 e.V., Hubert-Westermeier-Straße 1: Regionaltreffen mit vorheriger außerordentlicher Mitgliederversammlung.

Um 10 Uhr beginnt die außerordentliche Mitgliederversammlung, um 11.30 Uhr wird das Regionaltreffen eröffnet, der erste Programmpunkt beginnt um 12 Uhr mit der Begrüßung.

Hiermit erfolgt die Einladung zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung im Rahmen des Regionaltreffens in Hamm am 25. Mai, 10 Uhr mit folgender Tagesordnung:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit, 2. Diskussion und Beschluss über die Zukunft des Heimatmuseums in Osterode am Harz. Jürgen Ehmman

**Sensburg**

Kreisvertreter kommissarisch: Falk Möllenhoff, Vahrer Straße 97, 28309 Bremen, Telefon (0421) 452841, E-Mail: f.moellenhoff@web.de. **Alle Post an:** Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftensensburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaftensensburg.de

Stinthengstwasserung

Remscheid – Sonnabend, 17. Mai, 11 Uhr, Teich an der Sperrmauer der Eschbachtalsperre: traditionelle Stinthengstwasserung, hierzu lädt die Kreisgemeinschaft Sensburg ein.

Die jährliche Feier der Stinthengstwasserung beruht auf einer Sage aus Nikolaiken, einer kleinen ostpreußischen Stadt im Kreis Sensburg. Seit 1962 feiert auch die Kreisgemeinschaft in ihrer Patenstadt Remscheid jedes Jahr im Mai die Wasserung des Stinthengstes. Dafür stand jahrzehntelang ein Teich im Stadtpark zur Verfügung. Auch die Bevölkerung der Patenstadt nahm regen Anteil an dieser schönen Sitte. Durch die Coronapandemie und die traurige Tatsache, dass der Stadtparkteich nun nicht mehr existiert, musste die Tradition in den letzten Jahren leider ausgesetzt werden.

Die Kreisgemeinschaft freut sich nun, in diesem Jahr den Stinthengst wieder in sein angestammtes Element bringen zu können. Dafür hat die Stadt Remscheid einen kleinen Teich zu Füßen der Staumauer der Eschbachtalsperre zur Verfügung gestellt. Man gelangt dorthin über die Intzestraße. In Höhe der Mebusmühle befinden sich Parkplätze entlang der Intzestraße, von dort aus führen ausgeschilderte Wanderwege (etwa 350 Meter, der südöstliche auch für Rollatoren geeignet) durch eine Unterführung unter der Autobahn zur Staumauer. Zwischen der Unterführung und der Staumauer der Talsperre befinden sich der Teich und auch eine Festwiese für die Feier. Vom Bahnhof Remscheid gibt es eine Buslinie (672 Richtung Wermelskirchen, Fahrzeit etwa 15 Minuten, Haltestelle Talsperre/Mebusmühle).

Die musikalische Begleitung erfolgt durch den Remscheider Männerchor Germania. Die Kreisgemeinschaft freut sich auf eine rege Beteiligung. Falk Möllenhoff

**Tilsit-Stadt**

Stadtvertreter: Uwe Jörg-Schmick, Niederwallstraße 13, 10117 Berlin, Telefon (0171) 7196434, E-Mail: ujs@mail.de, **Mitgliederfragen:** Bernd Polte, Stegge 3, 19322 Abbendorf, Telefon (038791) 179873, E-Mail: koljanwanja@gmx.de

Drei-Kreise-Treffen

Weimar – Sonnabend, 17. Mai, 9.30 bis 16 Uhr, Einlass 8.30 Uhr, Kulturzentrum mon ami, 99423 Weimar, Goetheplatz 11: Drei-Kreise-Treffen. Es ist eine Anmeldung erforderlich bei Barbara Fischer, E-Mail: weimar@tilsit-stadtund-

land.de, Telefon (030) 6041054, Mobil (0170) 2925434, Internet: tilsit-stadtundland.de/weimar.

Ausgerichtet wird das „Drei-Kreise-Treffen“ von der Stadtgemeinschaft Tilsit in Zusammenarbeit mit den Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung.

Geplant ist ein vielseitiges ostpreußisches Programm, das Raum für Besinnung und Begegnung lässt: Nach einem geistlichen Wort folgen Grußworte und eine Festrede. Anschließend erwartet die Gäste ein heiteres musikalisches Rahmenprogramm, unter anderem mit den beliebten „Ostpreußen-Brüdern“, das zum Mitsingen, Erinnern und Schmunzeln einlädt.

Während der Mittagspause von 11.30 bis 13 Uhr stehen Gerichte zur Auswahl, am Nachmittag werden Kaffee und Kuchen angeboten. Die gastronomische Versorgung erfolgt auf Selbstzahlerbasis. Anschließend folgt ein gemütlicher Ausklang im Saalcafé.

Der Eintritt ist frei, um eine freiwillige Spende wird gebeten. Es gibt einen barrierefreien Zugang, ein Aufzug ist vorhanden. Gegenüber dem mon ami befindet sich die Post, dahinter das „Parkhaus An der Hauptpost“, Gerhart-Hauptmann-Straße 3. Für auswärtige Gäste bietet sich beispielsweise das Leonardo Hotel Weimar, Belvederer Allee 25, an, Telefon (03643) 7220, Internet: www.leonardo-hotels.de. Die Touristeninformation ist unter Telefon (03643) 745-0, E-Mail: tourist-info@weimar.de zu erreichen.

Die Teilnahme ist aufgrund der begrenzten Platzzahl nur für gela-

dene und angemeldete Gäste möglich. Bitte anmelden bei Barbara Fischer, E-Mail: weimar@tilsit-stadtundland.de oder Telefon (030) 6041054. Uwe Jörg Schmick

**Tilsit-Ragnit**

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Winddeck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de **Geschäftsstelle:** Hans-Joachim Scheer, Wriester Str.1, 24576 Weddelbrook, Telefon (04192) 4374, E-Mail: hans-joachim.scheer@t-online.de

Drei-Kreise-Treffen

Weimar – Sonnabend, 17. Mai, 9.30 Uhr (Einlass 8.30 Uhr) bis 16 Uhr, Kulturzentrum mon ami, Goetheplatz 1: Drei-Kreise-Treffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung unter der Federführung der Stadtgemeinschaft Tilsit. Der Eintritt ist frei, um eine Spende wird gebeten.

Es ist ein abwechslungsreiches Programm vorgesehen bei einer Mittagspause von 11.30 bis 13 Uhr. Zum Mittagessen werden auf Selbstzahlerbasis Gerichte angeboten, am Nachmittag Kaffee und Kuchen.

Eine Anmeldung ist erforderlich, Barbara Fischer, E-Mail: weimar@tilsit-stadtundland.de, Telefon (030) 6041054, Mobil (0170) 2925434, Internet: tilsit-stadtundland.de/weimar. Dieter Neukamm

**Ostpreußisches Landesmuseum**

Sonntag, 18. Mai, **Internationaler Museumstag**, freier Eintritt.

Das diesjährige Motto „The Future of Museums in Rapidly Changing Communities“ bekräftigt die Rolle von Museen als Vermittler von Geschichte und Kultur sowie als innovative Akteure in einer sich wandelnden Welt. Auch das Ostpreußische Landesmuseum entwickelt sich stetig weiter – 2018 eröffnete die Deutschbaltische Abteilung erstmals als eigenständige Abteilung, und Ende dieses Jahres erwartet uns das brandneue Kant-Museum.

Führung: Wie war das eigentlich? Die Entstehung der Deutschbaltischen Abteilung und die Herkunft wichtiger Objekte um 11 Uhr. Kurator Eike Eckert erläutert die Entstehung

der Deutschbaltischen Abteilung und schildert den langen Weg von ersten Planungen über verschiedene Hindernisse, konzeptionelle Änderungen, überraschende Sammlungszugänge und gestalterische Erfolge, die mit der Präsentation der Sammlung verbunden waren.

Öffentliche Restaurierung in der Dauerausstellung, 14 bis 16 Uhr. Restauratorin Ute Westedt wird ausgewählte Objekte restaurieren, hautnah zeigen, wie die Konservierung und Pflege von Kunst- und Kulturgütern funktioniert, und gewährt so einen Blick hinter die Kulissen.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de



2018 eröffnet: Deutschbaltische Abteilung im Ostpreußischen Landesmuseum
Bild: OL

GDINGEN

Bleibende Erinnerung an das Unvorstellbare

Auch in diesem Jahr kamen in Gdingen zahlreiche Personen zusammen, um der Opfer der Flucht über die Ostsee zu gedenken

VON UWE HAHNKAMP

Anfang 1945, vor nunmehr 80 Jahren, machten sich von Gdingen aus tausende Flüchtlinge aus Pommern und Ostpreußen auf Schiffen über die Ostsee auf den Weg in den Westen. Ihre Hoffnung auf ein Entkommen endete für viele bereits in der Region von Leba, wo die drei Schiffe „Wilhelm Gustloff“, „Steuben“ und „Goya“ torpediert wurden. Der knapp 23.000 Opfer gedenkt seit 1997 der Bund der deutschen Bevölkerung in Gdingen mit seinem Vorsitzenden Benedikt Reschke. Jetzt wurde dieser für das Erinnern vom Marschall der Woiwodschaft Pommern ausgezeichnet.

Eine vielköpfige Schar an Gästen hatte sich in der Kirche der Muttergottes der unaufhörlichen Hilfe und Petrus, des Fischers, in Gdingen eingefunden, um diesen ersten Tag zu begehen. Der Propst der Kirche, Andrzej Kryger, konnte Vertreter des deutschen Generalkonsulats in Danzig und des Verbands der deutschen sozialkulturellen Gesellschaften in Polen sowie Mitglieder verschiedener Vereine der deutschen Minderheit in Pommern und Ostpreußen, aber auch den parlamentarischen Staatssekretär für Vorpommern und das östliche Mecklenburg, Heiko Miraß, begrüßen.

Gedenken und das Unvorstellbare

Im Rahmen des ökumenischen Gottesdienstes überwogen die ersten Töne. Grete Reschke erinnerte in ihrem Gedicht „Gustloff 2025“ an die Toten der versenkten Schiffe, angesichts der neuen Kriege aber auch an deren aktuelle Opfer. Diese Brücke schlugen auch Domherr André Schmeier aus Allenstein und Pastor Sebastian Niedźwiedziński aus Danzig in ihren Ansprachen sowie Pastor Wojciech Fröhlich aus Stolp in seiner Predigt an. „Ich würde mir wünschen, dass wir andere Gründe für Gedenkfeiern hätten. Dass



Verdiente Ehrung für einen unermüdeten Erinnerungsarbeiter: Die Abgeordnete zum Sejmik Beata Koniarska überreichte Benedikt Reschke die Verdienstmedaille der Woiwodschaft Pommern Bild: Privat

wir solcher Tage gedenken, sollte für uns ein Grund zur Scham sein. Als Christen dürfen wir in ähnlichen Situationen nicht schweigen, sondern müssen unser entschiedenes Nein sagen“, appellierte er an die Anwesenden.

Heiko Miraß konzentrierte sich auf das Wort „unvorstellbar“, mit dem besonders tragische Ereignisse so oft umschrieben werden. Unvorstellbar für die Personen, die nach dem Krieg geboren sind und so etwas nie erleben mussten. „Doch diejenigen, die das Glück hatten, diesem Unvorstellbaren zu entrinnen, mussten es sich ihr Leben lang vorstellen, ob sie wollten oder nicht“, beschrieb er die Lage der Personen mit der „Schuld der Überleben-

den“, wie es zuweilen genannt wird. „Auf Rügen kam in der Nacht zum 31. Januar 1945 das Flottentorpedoboot T 36 mit 564 Überlebenden an. Eine Saßnitzer Schülerin berichtete von den Zuständen und ergänzte ‚Wir sollten sie anziehen, füttern und die Kabinen säubern; die meisten von uns haben vor Ekel die Flucht ergriffen, geblieben sind nur wenige‘.“

Ehrungen durch den Marschall der Woiwodschaft und den Verband

Auch diese Personen gehören mit ihren Erlebnissen im weitesten Sinne zu den Opfern der Ereignisse. Seit der Gründung des Bunds der deutschen Bevölkerung in Gdingen hält Benedikt Reschke die Erin-

nerung an die größte Schiffskatastrophe der Geschichte wach. In der Kapelle, die Petrus, dem Fischer, gewidmet ist, hängt zwischen den Tafeln für viele andere auf See Gebliebene auch seit Jahren eine, die an die „Gustloff“, die „Steuben“ und die „Goya“ erinnert. Dort wurden im Rahmen eines kurzen Gebets nach dem Gottesdienst Blumen niedergelegt.

Vorher jedoch gab es Rosen für einen Lebenden. Benedikt Reschke wurde für seinen langjährigen Einsatz vom Marschall der Woiwodschaft Pommern, Mieczysław Struk, geehrt. Die Abgeordnete zum Sejmik Beata Koniarska überreichte Reschke in seinem Namen die Verdienstmedaille der Woiwodschaft „de

nihilum nihil fit“, was man auf Deutsch etwa mit „von nichts kommt nichts“ übersetzen könnte.

Ohne den Einsatz von Benedikt Reschke, seiner Frau und des Vereins wäre die Torpedierung der Schiffe möglicherweise längst vergessen. Das betonte auch die Präsidentin der Stadt Gdingen Aleksandra Kosiorek bei ihrem Grußwort am Kai im Gdingener Hafen. Seit Langem war ein Vertreter der Stadt bei der Gedenkveranstaltung präsent und erlebte dort persönlich mit, wie die Gäste der Veranstaltungen wie jedes Jahr der Ostsee ihre Kränze übergaben und Grabkerzen für die Opfer entzündeten.

Auf dem Kai sangen die Teilnehmer der Feier selber unter Trompetenbegleitung „Wahre Freundschaft“, den Gottesdienst in der Kirche begleitete hingegen sehr professionell der Chor „Dzwoń Kaszubska“ (Kaschubische Glocke) unter der Leitung von Piotr Klemenski, der die nachdenkliche Stimmung durch seine Lieder wirksam verdeutlichte.

Beratung der Verbandsarbeit

Nach dem bewegenden Werfen der Kränze fanden sich die Gäste zum geselligen Teil des Tages im Restaurant „Windrose“ zusammen und berieten dabei ihre weitere Arbeit zum Erhalt der Erinnerung und zum Einsatz für die deutsche Minderheit in Pommern, Westpreußen und Ostpreußen. Rafał Bartek, der Vorsitzende der deutschen Minderheit in Polen, nutzte die Gelegenheit, um einige ältere Mitglieder mit der Ehrennadel des Verbands der deutschen sozialkulturellen Gesellschaften in Polen auszuzeichnen, die jahrzehntelang aktiv sind und auch mit über neunzig Jahren noch zu den Treffen kommen.

Von solchen Menschen, die sich einsetzen, kann es nie genug geben. Weder bei der deutschen Minderheit, noch dafür, das Unvorstellbare das bleiben zu lassen, was es sein sollte: unmöglich und unvorstellbar.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Jeden Sonntag im Mai an einer Kapelle nahe der A4

Die Maiandachten im katholischen Oberschlesien sind sowohl ein Ausdruck der Volksfrömmigkeit als auch der deutschen Identität

Der Mai ist im katholischen Oberschlesien ein Monat der Marienverehrung, die sich in Maiandachten manifestiert. Diese Art der Volksfrömmigkeit wird von den deutschen Oberschlesiern nach der friedlichen Revolution in Polen und der damit einhergehenden Anerkennung der deutschen Volksgruppe als Erbe der Region gepflegt. Im 22 Kilometer von Opole [Opole] entfernten Städtchen Gogolin [Gogolin] werden jeden Sonntag im Mai deutsche Maiandachten gehalten, und das ununterbrochen seit 35 Jahren. Diese finden auf einer Wiese nahe der Autobahn A4 an einer Kapelle statt.

Schon lange vor dem ersten Maisonntag heißt es für die Gogoliner Familie Polanski, die Ärmel hochzukrempeln. Christian Polanski, der Vorsitzende der Gogoliner Organisation der deutschen Volksgruppe, mäht den Rasen, malt alle paar Jahre die Kapelle frisch, bessert kleinere Schäden aus. Seine Mutter Christiane und Ehefrau Barbara halten die Muttergotteskapelle sauber, sorgen für frische Blumen. Tochter Andrea, die bereits studiert, hilft seit ihrer Kindheit mit. Besonders für Großmutter Christiane sind die Maiandachten neben dem Ausdruck der Frömmigkeit auch eine Be-

kundung ihrer oberschlesisch-deutschen Identität. Sie sei in diese Tradition eingewachsen, und die Geschichte der Gogoliner Muttergottes-Kapelle habe sie schon in ihrer Kindheit fasziniert. „In dieser Kapelle sprieß eine Wasserquelle. Um 1800 gehörten die hiesigen Ländereien der Familie Gaschin aus Zyrowa [Zyrowa]. Die Gaschins hatten eine Tochter, die blind geboren wurde. Der Legende nach soll ihnen eine alte Frau geraten haben, mit dem Mädchen zu der heilenden Quelle in Gogolin zu pilgern und mit dem heilenden Quellwasser dem Kind die Augen zu waschen. Die Alte sagte ihnen: ‚Aber Sie müssen fest daran glauben!‘“, berichtet die Oma.

Die Adligen, so die Legende, haben sich dem Rat der Alten gebeugt, und ihr Töchterchen soll das Augenlicht erlangt haben. „Es heißt, die Jungfrau Maria hatte der Gräfin Gaschin diesen Ort offenbart. Zum Gedenken an dieses Wunder wurde um die Quelle eine Kapelle gebaut, wohin die Gogoliner bis heute pilgern“, so Polanski.

Vor 35 Jahren hielt der Gogoliner Geistliche und Professor Joachim Piecuch an dieser Kapelle die erste deutsche Maiandacht nach der friedlichen Revolu-

tion. „Es war eine Suche nach einem Stück Heimat, in der wir die Lieder und Gebete, so wie wir sie von unseren Eltern und Großeltern gelernt haben, singen und beten konnten“, sagt er. Der aus Gogolin stammende katholische Theologe ist Professor an der Universität Opole und engagierter Heimatforscher. Er ist Mitbegründer und Präsident des Vereins der Freunde der Gogoliner Heimat (Stowarzyszenie Miłośników Ziemi Gogolińskiej).

Der Verein widmet sich der Sammlung und Veröffentlichung historischer Materialien zu Gogolin, einschließlich der Zeitzeugenberichte und der Herausgabe der „Gogoliner Hefte“ („Zeszyty Gogolińskie“). Zu Piecuch's Engagement für die Erinnerungskultur gehört auch das regelmäßige Gedenken der sogenannten Oberschlesischen Tragödie von 1945, bei der durch den Einmarsch der Rotarmisten vorwiegend Zivilisten ums Leben kamen.

Vor 35 Jahren fing es an

Als junger Geistlicher begleitete Piecuch 1990 den Gründervater der Deutschen Minderheit, Johann Kroll, auf der Zugfahrt zur deutschen Botschaft nach Warschau. Im Gepäck hatten sie 40.000 Un-

terschriften von Oberschlesiern, die sich als Deutsche bekannten. Es war kein ungefährliches Unterfangen, erinnert sich Piecuch: „Wir wussten ja nicht, welche Auswirkung das haben wird, ob die Deutschen anerkannt werden. Es gehörte schon Mut dazu, aber man hatte große Hoffnung im Herzen.“ Piecuch erinnert sich gerne an Kroll, der bereits 1988 damit begann, noch im Untergrund Begegnungen der deutschen Oberschlesier aus dem Opole Land zu organisieren. Dabei sammelte er Unterschriften von Menschen, die sich als Deutsche bekannten. „Ich erinnere mich an seine Begeisterung, sein warmherziges Wesen, ich konnte ihm einfach nichts abschlagen“, so Piecuch.

Doch es gab für Piecuch auch Zeiten, in denen er seine deutschen Wurzeln verschwiegen hat. „Als Kaplan in Beuthen [Bytom], da galt ich als Pole und ich habe mich als Deutscher nicht zu erkennen gegeben“, erinnert er sich. Das schmerze ihn immer noch, doch „andererseits wäre es eher in der pastoralen Arbeit hinderlich gewesen“, so Piecuch, „aber in meinem Schrank und auf dem Schreibtisch lagen immer und ganz offen deutsche Bücher“. Mit der Zeit wurde ihm immer bewusster, dass das Deutsche

„meine Welt, meine Haltung bedeutet. Es ist der Kulturkreis, dem ich zugehöre, und die deutsche Sprache, die mir bereits zu Hause beigebracht wurde, meine ist.“

Als Geistlicher wollte er Menschen in Not helfen. Und zu Zeiten der friedlichen Revolution spürte er, dass die oberschlesischen Deutschen in Not waren. „Diese Menschen waren mir nah, sie waren aus meinem Kulturkreis, aber auch wenn es Polen wären, in so einer Situation hätte ich ihnen auch geholfen. Es war nicht nur ein politischer Impuls, sondern auch ein pastoraler, denn man muss Menschen in ihren Nöten unterstützen, wie man nur kann“, so Piecuch.

Und das tut er in seinem Heimatort bereits 35 Jahre lang. Seine Maiandachten seien nicht nur etwas für die Seele, sondern auch fürs Zwerchfell, denn sie enden immer mit einem Witz. „Ich hoffe, dass die Gläubigen nach den Maiandachten mit Freude, Mut und einem Gerechtigkeitsgefühl nach Hause gehen. Und vielleicht nehmen sie auch etwas Identitätsstiftendes nach Hause, weil sie deutsche Lieder sangen, eine deutsche Predigt hörten und vielleicht auch wieder Freude an der deutschen Sprache verspürten.“ Chris W. Wagner

TATOO-LEGENDE

Wahre Bilderbuchmenschen

Gefragter Tätowierer aus Pommern – seine Liebe zur phantasievollen Körperkunst begann in Riga

VON TORSTEN SEEGERT

Pommern mangelt es nicht an erfolgreichen Persönlichkeiten – ob als Künstler, Wissenschaftler oder Erfinder. Ihren Erfolg hatten sie oftmals außerhalb der Provinz. Doch in ihrer Heimat fanden sie oft nur wenig Beachtung, wurden bald vergessen oder wurden als einer der ihren gar nicht wahrgenommen. So ging es beispielsweise dem Stettiner Ringer Werner Seelenbinder, dem Kösliner Rockmusiker Dieter Birr oder der Stolper Schriftstellerin Hedwig Lachmann.

In allen Fällen könnte man es nicht treffender formulieren als mit dem Satz, dass nirgends ein Prophet so wenig gilt wie in seinem Vaterland. So verhält es sich auch mit der pommerschen Tattoo-Legende Herbert Hoffmann (1919–2010). Als beispielsweise die Kunststalle St. Gallen 2018 eine monographische Fotoschau über die Arbeiten Hoffmanns zeigte, hatten regionale Medien kaum davon Notiz genommen, während man international die Leistung würdigte.

Nicht nur, dass der Tätowierer Herbert Hoffmann weltweit Spuren hinterließ und schon zu Lebzeiten als wahre Kultfigur in der Tattoo-Szene galt. Das Besondere: Er war auch als Fotokünstler aktiv und porträtierte die Menschen, die er kennen gelernt und tätowiert hatte.

Und eben jene Zeugnisse ermöglichen heute, dass man sich dem Werk Hoffmanns auf ganz eigene Weise nähern kann, zumal die gesellschaftliche Bedeutung der Tätowierung einen Wandel vollzogen hat. Das wirft zwei wesentliche Fragen zu Hoffmann auf: Wer war er? Und: Warum war er überhaupt nicht in unserem Blickfeld? Geboren wurde er etwa 60 Kilometer östlich von Stettin, in Freienwalde. Hier führte sein Vater eine Fleischerei und Wurstfabrik. Da jedoch die Mutter nach seiner Geburt verstarb,



Herbert Hoffmann 1965 bei der Arbeit: Matrosen des kanadischen Flugzeugträgers „HMCS Bonaventure“ lassen sich tätowieren

wuchs Herbert Hoffmann bei Onkel und Tante in Berlin auf, wo er auch die Schule besuchte. Seine Lehre zum Einzelhandelskaufmann forderte nicht nur seine Geschäftstüchtigkeit heraus, sondern brachte ihn auch in die vorpommersche Hafenstadt Stettin zurück, für die er schon lange Zeit schwärmte. Denn hier kam er in den Kontakt mit Seeleuten und Hafendarbeitern, für deren Tätowierungen er sich bereits früh zu interessieren begann. Übrigens, lange galt die 5300 Jahre alte Gletschermumie Ötzi als ältester Fund eines Menschen mit Tätowierung. Auch hinsichtlich der Anzahl der Tätowierungen hält er weiterhin den Rekord.

Nach dem sich anschließenden Arbeitsdienst in Pölitz nördlich von Stettin sollte Hoffmann eigentlich nach Stargard zur Infanterie eingezogen werden, doch dann „landete“ er erst einmal bei einer Nachrichteneinheit in Stettin. Von hier ging es kriegsbedingt nach Opotschka und dann nach Pleskau in Livland. Mit dem Kriegsende kam er am 8. Mai 1945 in Kriegsgefangenschaft, zunächst in ein Lazarett und anschließend in ein Lager.

Nun kam es erneut zu einer Berührung mit seiner späteren Leidenschaft, als Hoffmann in Riga einen Deutschbalten durch Zufall kennenlernte, der ihm nicht nur aus seinem Leben, sondern auch vom

Tätowieren berichtete. Die Tätowierung dieses Freundes merkte er sich gut. Sie sollte nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft das erste Motiv auf seinem linken Arm werden.

Internationale Erfolge

Doch die eigentliche Umsetzung des lange gehegten Interesses am Tätowieren wurde erst durch den Kontakt zu Heiner Baumgartner bestärkt. Ab 1951 begann er zunächst kostenlos anderen seine Entwürfe in die Haut zu stechen. Professionell wurde es jedoch erst gute zehn Jahre später, als er nach Hamburg St. Pauli ging und hier, unterstützt von Christian Warlich, dem „Urvater der deutschen Tätowierer“, mit seiner Tätigkeit begann.

Wer sich ein Bild zu den Anfängen von Hoffmanns Arbeiten machen möchte, dem empfiehlt sich vielleicht sein Buch „Traditionelle Tattoo-Motive“. Eines wird dabei schnell deutlich: Hoffmann, der 1980 in die Schweiz übersiedelte, wo er gemeinsam mit seinem Partner Jakob Acker bis zu seinem Tod lebte, setzte sich auf zahlreichen internationalen Conventions und mit seinen Publikationen für eine breite Akzeptanz von Tattoos in der Gesellschaft ein.

Getreu dem Motto „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“ nahm er seine Mission ernst. Davon zeugen heute etwa 3000 Fotos. Übrigens: Der älteste darauf Abgebildete wurde 1878 geboren. Diese Tatsache dürfte die Wahrnehmung von Tätowierern und „tätowierten Passionen“ sowie den abgebildeten „Bilderbuchmenschen“ weitreichend verändern, auch wenn man die Liebe dazu auf der eigenen Haut nicht teilt.

• Weitere Informationen zur pommerschen Tattoo-Legende Herbert Hoffmann finden sich auf der Internetseite der Dresdner Galerie Gebrüder Lehmann www.herberthoffmann.net

MELDUNGEN

Klostergarten, Torfstich und „Vor 80 Jahren“

Stettin – Vom 7. bis 11. Mai finden die 11. Skandinavischen Tage statt, die Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Alltag zusammenbringen soll. Wie bekannt wurde, investieren etwa 200 skandinavische Unternehmen derzeit in die Stettiner Schifffahrt, Produktion und Logistik. TS

Greifswald – Derzeit wird die Reaktivierung der Bahnstrecke Greifswald-Lubmin untersucht. Die Strecke wurde zu DDR-Zeiten gebaut und brachte die Arbeiter des VEB Kernkraftwerkes „Bruno Leuschner“ zu ihrer Arbeit. Eine Inbetriebnahme würde das Seebad Lubmin beleben. TS

Swinemünde – Vor den pommerschen Inseln Usedom und Wollin wird eine Lagerstätte von 16,5 Milliarden Kubikmeter Erdgas durch die kanadische Firma CEP vermutet. Die vor 70 Tagen begonnene Testbohrung Wollin East 1 wurde kürzlich durch die britische Zenith Energy beendet. TS

Pasewalk – Mit einem Tag der offenen Tür ist der Lokschnuppen Pasewalk am 2. Mai in die Saison gestartet. Der Einladung waren über 500 Besucher gefolgt, die Dampflokomotiven und Waggons bestaunten. Auch zum Internationalen Museumstag (18. Mai) werden Gäste erwartet. TS

Greifenhagen – Der Schaffung des Nationalparks Unteres Odertal wird von der Gemeinde Greifenhagen unterstützt, wenn die Interessen ihrer Bürger Berücksichtigung finden. Nach Meinung der Gemeinde kann aber die Grundlage dafür nur die Mit-Einbeziehung Greifenhagens in die Planung sein. TS

Demmin – Am 6. Mai wurde der Toten der Tragödie des Jahres 1945 mit einer „Nacht der Namen“ gedacht. Ab 20 Uhr wurden in der Demminer Kirche Sankt Bartholomaei die Namen von mehr als 600 Menschen verlesen, die damals in Massengräbern beigelegt wurden. TS

Klücken – Im Freilichtmuseum weit des Leba-Sees wurde am 1. Mai mit einer „Schwarzen Hochzeit“ die Tourismussaison 2025 eröffnet. Die Veranstaltung bezog sich auf den ersten Torfstich, der wie in jedem Jahr im Mai erfolgte, weil zu dieser Zeit der Grundwasserspiegel niedrig ist. TS

Grimmen – Rund um den 1. Mai gab es in Vorpommern den Tanz in den Mai, das Setzen des Maibaums und zahlreiche Volksfeste. Eines der größten Volksfeste, das Tausende jährlich anzieht, war in Grimmen. Auf den pommerschen Inseln nutzten Touristen den Feier- und Brückentag. TS

Greifswald – Ab dem 1. Mai ist, wie in jedem Jahr, der Klostergarten des Pommerschen Landesmuseums geöffnet. An Christi Himmelfahrt beginnen die beliebten monatlichen Klostergartenführungen. BS

Vor 80 Jahren – Usedom/Rügen 4. Mai: Die Rote Armee überschreitet bei Wolgast die Peene, gleichzeitig beginnt die kampfbare Besetzung Rügens. In der Nacht zum 5. Mai wurden Rügen und Usedom bis 7 Uhr vollständig von Luftwaffe, Marine und Heer geräumt. Der Krieg im gesamten Reich Pommern war beendet. TS

GEDENKEN

Gepeinigte Frauen verloren alle Hoffnung

Unglaubliches Geschehen am Kriegsende erschüttert auch heute noch und darf nicht vergessen werden

Mit der Einnahme Pommerns durch die Rote Armee erfuhren 1945 abertausende Zivilpersonen, zumeist Frauen und Kinder, unermessliches Leid. Und das nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land. Als schlimmes Beispiel gilt auch das Dorf Alt-Teterin bei Anklam im heutigen Kreis Vorpommern-Greifswald, das sowjetische Soldaten am 29. April 1945 besetzten. Es war der Anfang zu einem Martyrium, dem sich in der Folge die rund hundert Einwohner und ein am Tag zuvor eingetroffener Flüchtlingstreck ausgesetzt sahen. Ein Martyrium, das 32 Menschenleben kostete.

Was geschah, blieb allerdings über Jahrzehnte hinweg im Ungewissen, denn in der DDR rührte man ein solches Thema lieber nicht an. Und so wurde das Ausmaß der Geschehnisse erst nach 1990 bekannt. Verdient gemacht hat sich darum die Alt-Teteriner Ortschronistin Angela Krüger, von der im Anklamer Heimatkalender Jahrgang 2000 ein Aufsatz über die Zustände Ende April, Anfang Mai 1945 in dem abgelegenen Dorf erschien.

Danach durchstößten Rotarmisten nach der Besetzung sogleich die Gehöfte nach deutschen Soldaten, Uhren und Wertsachen, trieben Pferde zusammen, spannten einige vor die beladenen Treck-

fuhrwerke und verschwanden damit. Die wenigen alten Männer, die jüngeren standen an der Front, saßen in Gefangenschaft oder waren gefallen, wurden indes unter den Furchtbaren ahnenden Blicken der Zurückgebliebenen ins benachbarte Gutsdorf Stretense geführt. Wozu wusste niemand. In den Abend- und Nachtstunden fielen Rotarmisten dann gruppenwei-

se über die entsetzten Alt-Teteriner Frauen und Mädchen her und vergewaltigten sie, wo sie nur greifbar waren.

Von Stretense drang derweil ein grässlicher Motorenlärm bis Alt-Teterin, für den die gepeinigten Frauen keine Erklärung fanden. Plötzlich soll sich unter ihnen das Gerücht breit gemacht, dass die Männer in Stretense durch einen Fleisch-

wolf gedreht wurden. Fatal, denn was würde noch geschehen? „Überall herrschte rohe Gewalt, ständig wurden Gewehre auf unbewaffnete Frauen, Kinder und Greise gerichtet. Die Lage schien aussichtslos“, beschreibt die Ortschronistin die damalige Situation.

Völlig verzweifelt nach all dem Durchgemachten und wohl dem Wahnsinn nahe flüchteten einige Frauen mit ihren Kindern in ein Bruchgelände, ertränkten ihre Kinder in einem Wassergraben und erhängten sich selbst in den Bäumen. Andere setzten ihrem Leben auf Dachböden ein Ende. So starben 32 Menschen zwischen dem 30. April und dem 2. Mai 1945.

Nach einigen Tagen ließ man die nach Stretense gebrachten Männer frei. Den Totgeglaubten war befohlen worden, das dortige Gutsvieh zu schlachten. Den unerklärlichen Lärm hatte ein Stromgenerator erzeugt. Als Arbeitslohn sollen den Männern Schweineköpfe mitgegeben worden sein. Als sie ihr Heimatdorf betraten, offenbarte sich ihnen die unfassbare Tragödie.

Auf dem Kirchhof von Alt-Teterin erinnert seit 2009 ein bescheidenes Kreuz und eine Namensplatte an die erschütternden Geschehnisse kurz vor Kriegsende. Karl-Heinz Engel



Auf dem Kirchhof von Alt-Teterin: Dieses bescheidene Denkmal erinnert an die Tragödie, die kurz vor Kriegsende in dem kleinen vorpommerschen Dorf geschah

„Es gibt Hoffnung!“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Ein schöneres Ostergeschenk hätten Sie uns Lesern mit ihrer Jubiläumsausgabe kaum machen können“

Katrin Bieglin, Freiburg
zur Jubiläumsausgabe: 75 Jahre
Zeitung für Deutschland (Nr. 15)



Ausgabe Nr. 17

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

EIN MEINEID ZUR EINFÜHRUNG? ZU: DIE NEUEN LEIDEN DER KONSERVATIVEN (NR. 18)

Von Friedrich Merz erwarte ich nicht viel Positives für unser Land. Zu groß ist die Enttäuschung über ihn. Nach jeder Kritik an seinen Aussagen kommt sofort der Rückzieher. Die Schuldenbremse galt als unantastbar. Dann die völlige Umkehr mit einem Sondervermögen. Jeder im Land, der Schulden hat, ist plötzlich reich, denn er kann seine Schulden auch als Sondervermögen bezeichnen.

Er kennt nur ein Ziel: Bundeskanzler, alles andere ist Nebensache. Einen Eid sollte er zur Ernennung besser nicht ablegen, denn es wird bestimmt ein Meineid. Dem Autor meinen Dank für diesen Beitrag, Es lohnt, die PAZ zu lesen.

Ulrich Bohl, Berlin

ZÜNGLEIN AN DER WAAGE ZU: SIEGER ALS „ERSATZKAISER“ (NR. 17)

Bei seiner Besprechung des Buches „Schicksalsjahr 1925. Als Hindenburg Präsident wurde“ hat der Rezensent ein kleines, aber sehr wichtiges Detail nicht genannt. Im ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl hatte auch der bayerische Ministerpräsident Heinrich Held von der Bayerischen Volkspartei (BVP, 1920 die Fraktionsgemeinschaft mit der katholischen Zentrumspartei aufgelöst) kandidiert und 3,7 Prozent der Stimmen, immerhin 1.007.450 Stimmen, erhalten.

In der zweiten Runde empfahl er die Wahl Hindenburgs und nicht die Stimmabgabe für den Zentrums kandidaten des Volksblocks aus Zentrum, SPD, DDP und ehemaligem Reichskanzler Wilhelm Marx, der schließlich 45,3 Prozent erzielte. Mit den BVP-Stimmen hätte er knapp vor dem evangelischen, „preußischen“ Generalfeldmarschall Hindenburg (48,3 Prozent) gelegen und wäre neuer Reichspräsident geworden.

Bei einem solchen erwartbaren, „normalen“ Stimmverhalten hätte die deut-

sche Geschichte vermutlich einen anderen Verlauf genommen.

Wolfgang Freyberg, Weissenburg i. Bay.

EIN CDU-HOFFNUNGSTRÄGER ZU: LINNEMANNS RÜCKZUG (NR. 17)

Gleich die erste Ausgabe der PAZ am 25. April nach ihrem 75-jährigen Jubiläum deutet mit hochkarätigen Beiträgen an, dass sich die Leser ihrer geliebten Zeitung schon jetzt auf ihr 100-jähriges Bestehen freuen können! Die journalistische Höchstleistung, die hinter allen Beiträgen steht, berechtigt zu dieser Aussage.

Ich erlaube mir nur zum Beitrag „Linnemanns Rückzug“ einige Bemerkungen. Beim Anblick der Überschrift dachte ich, dass sie nicht stimmt. Ein Zwischentitel „Er ist jung und kann warten“ tröstete mich jedoch. Carsten Linnemann hat sich richtig entschieden, in der CDU-Zentrale zu bleiben und nicht als ein kleiner Minister in einem mehr oder weniger erfolgreichen Kabinett unbedeutend zu bleiben. In der CDU-Zentrale fallen wichtige Entscheidungen, und er ist dort zugleich bestens informiert über positive und negative Bestrebungen seiner Parteifreunde vor oder hinter den Kulissen.

Durch seine Begabung kann er, später auch in höheren Funktionen, die CDU wieder zu den Höhen von Adenauer und Kohl führen. Dies wäre eine historische Leistung. Weiterhin können sich Freunde der CDU auch auf die künftige Zusammenarbeit von Linnemann und Jens Spahn freuen. Diese Zusammenarbeit begründet meine Prophezeiung.

Dr. Adam Sonnevend, Rostock

DER NÄCHSTE GEISLER? ZU: LINNEMANNS RÜCKZUG (NR. 17)

Ich habe größten Respekt vor Carsten Linnemanns Entscheidung, auf ein Ministeramt zu verzichten, um weiter Generalsekretär der CDU zu bleiben. Diese

Entscheidung ist für die CDU sehr wichtig, weil erfahrungsgemäß ein Parteivorsitzender, der Bundeskanzler ist, sich nicht so um die Partei kümmern kann, wie es nötig ist. Wie einst Heiner Geißler kann Linnemann ein starker Generalsekretär, eine Art geschäftsführender Vorsitzender sein, natürlich mit einer anderen Ausrichtung als Geißler.

Es gibt Hoffnung, dass sich eine Marginalisierung der Partei wie in der Kanzlerschaft von Angela Merkel nicht noch einmal wiederholt. *Christian, Nienhaus, Eschbach/Markgräflerland*

EINE MORALISCHE INSTITUTION ZU: EIN MODERNER BEWAHRER UND EIN GROSSES MISS- VERSTÄNDNIS (NR. 17)

Der Autor spricht aus, was hier in Deutschland keiner wahrhaben will: Die Zukunft der katholischen Kirche wird nicht in Deutschland bestimmt, ja, nicht einmal beeinflusst. Unsere Politiker maßen sich Dinge an, die ihnen weder zustehen, noch dass sie sie verstehen. Die katholische Kirche war und ist eine der führenden geistigen und moralischen Institutionen der Welt, und wird dies auch bleiben, egal, was die Kleingeister eines Staates meinen, der gerade dabei ist, von der Weltbühne zu verschwinden. *Lutz Lindner, Leipzig*

EIN „WOKER“ PAPST? ZU: EIN MODERNER BEWAHRER UND EIN GROSSES MISS- VERSTÄNDNIS (NR. 17)

Mir schien es immer so, als ob der verstorbene Papst Franziskus sich den „woken“ und Zeitgeist-besessenen Atheisten anbieten wollte. Ein Papst macht aber keine Tagespolitik, nimmt keine Orden an, ist distanziert zu allen Mächtigen dieser Welt. Selber ist er eine Person non grata, eine moralische Instanz. Ein Papst ermahnt die, die gefehlt haben, egal ob sie sich zu den Guten oder Bösen rechnen. Er spricht die Wahrheit an, ohne politische

Rücksichten, ist aber vor allem eines – der Hirte seiner Schäfchen und spiritueller Anführer. Das scheint Franziskus im Laufe seines Pontifikates verloren zu haben.

Peter Wendt, Hamburg

EIN DYSTOPISCHES SZENARIO ZU: DAS BANGE WARTEN AUF DIE AUFERSTEHUNG DEUTSCHER POLITIK (NR. 16)

Die staatlich gelenkte Zivilgesellschaft muss heute erkennen, dass es sich nun bitter für sie und für Deutschland rächt, jahrzehntelang den Allerwertesten nicht aus dem durchgesessenen Fernsehsessel hochgekriegt, der selbstherrlich regierenden Angela Merkel nicht genauer auf die Finger geschaut und der links-woken Gehirnwäsche durch olivgrüne Parteifunktionäre keinen wirksamen Widerstand entgegengesetzt zu haben.

Wie konnte es innerhalb von weniger als zehn Jahren gelingen, unsere deutschen Innenstädte, bis zu völliger Unkenntlichkeit, in eine Massenansammlung von daueralimentierten Bürgergeldempfängern zu verwandeln?

Ein oft übersehenes Problem sind die Inhaber und Betreiber großflächiger Immobilien in den Innenstädten. Waren es von 2020 bis 2022 vor allem die Corona-Testzentren, die ihnen üppige Einnahmen und auch viel Spielraum für Abrechnungsbetrügereien boten, ein bundesweit schamlos ausgenutztes Bereicherungsmodell, so lassen sich heute mit diesen ergaunerten deutschen Steuergeldern verwaiste Häuser systematisch aufkaufen, die dann bis unters Dach mit Asylbewerbern vollgestopft werden. Windige Immobilienbetreiber streichen exorbitante Mietzinsen ein von Kommunen, die vom Bund zur Aufnahme von immer noch mehr Asylbewerbern genötigt werden.

Dass die gebeutelten Städte und Gemeinden auf den Haushaltsschulden sitzenbleiben, ist den Immobilienhaien, aber auch dem rückzahlungswiderwilligen Bund völlig egal.

Bettina Burow, Kirchzarten

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro
Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

KOLONIALGESCHICHTE

Ein verbautes „Tor nach Afrika“

Hamburg sucht in seiner HafenCity nach einen Gedenkort an die deutsche Kolonialvergangenheit



Kaum noch Platz für einen Gedenkort: Der für Wohn- und Gewerbeflächen neu erschlossene Hamburger Baakenhafen in der HafenCity

Bild: imago/Stephan Wallocha

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

In Hamburgs ehemaligem Freihafen-gebiet wird der neue Stadtteil HafenCity weiter ausgebaut. Im Südosten des Stadtzentrums entsteht auf der ehemaligen Nutzfläche des Baakenhafens ein neues Wohngebiet zwischen der Elbe und dem Hafenbecken. Aktuell ist der Vorschlag im Gespräch, ein neues Opernhaus „von Weltrang“ am Baakenhöft zu errichten, dem äußersten Ende des Areals in Form einer Landzunge. Die Idee stammt von dem Logistikunternehmer, HSV-Mäzen und Milliardär Klaus-Michael Kühne, der die Kosten für den Bau übernehmen möchte.

Mittlerweile ist nur noch wenig unverplanter Raum im Quartier Baakenhafen vorhanden. Höchste Zeit also, um hier einen geeigneten Erinnerungsort zum Gedenken an die koloniale Vergangenheit des Deutschen Reiches und den Auseinandersetzungen mit den Volksgruppen der Herero und Nama in der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika, dem heutigen Namibia, ausfindig zu machen. Darum bemühen sich die Mitglieder einer Initiative des Netzwerks HafenCity.

Von 1900 bis 1907 fanden im Baakenhafen mindestens 86 Truppen- und Materialtransporte statt, die meisten davon während des Kolonialkriegs in Namibia von 1904 bis 1907. Dabei dürfte auch Hamburgs Bedeutung als Drehscheibe für den Import von Kolonialwaren aus den überseeischen Kolonien während und nach der Zeit des Deutschen Kaiserreichs herausgestellt werden. Über 130 Jahre war der Baakenhafen „das Tor nach Afrika“. Hier wurde der Import von Zucker, Kaffee, Kakao, Tabak und Gewürzen aus den Kolonialgebieten abgewickelt.

2015 erkannte die deutsche Regierung das kriegerische Vorgehen an den Herero und Nama in einem offiziellen Dokument des Auswärtigen Amtes als Völkermord an. Von 1884 bis 1915 war das Deutsche Reich Kolonialmacht in Namibia.

Nach Angriffen gegen die deutsche Schutzmacht ging diese militärisch gegen die einheimischen Kämpfer vor, um die Herrschafts- und Siedlungsgebiete zu ver-

teidigen. Der Aufstand der Herero im Januar 1904 wurde durch das Beschlagnahmen von Weideland durch die deutschen Besatzer ausgelöst und begann mit Angriffen auf strategisch wichtige deutsche Einrichtungen und Siedler.

Kaiser Wilhelm II. befahl, den Aufstand in der Kolonie „mit allen Mitteln“ niederzuschlagen. Unter dem neuen Oberbefehlshaber Generalleutnant Lothar von Trotha begann schließlich ein kolonialer Feldzug. Am Petersenkai im Baakenhafen legten bis 1908 die zu Truppentransportern umgebauten Handelsschiffe der Woermann-Linie ab, die einen Teil des Hafens gepachtet hatte. Rund 23.100 Militäranghörige und 11.000 Pferde wurden dort eingeschifft oder kehrten dorthin zurück. Die Soldaten und Offiziere verstärkten die zahlenmäßig überschaubare deutsche Schutztruppe bei ihrem Kampf gegen die Aufständischen.

Wettlauf um kritische Ressourcen

Während der bis 1908 andauernden Kämpfe starben nach Schätzungen 65.000 Herero und 10.000 Angehörige des Volkes der Nama. Nachdem Kämpfer der Herero in die Omaheke-Wüste ausgewichen waren, verdurstete eine unbekannte Anzahl von Menschen elendig. Die Überlebenden wurden in damals im Deutschen erstmalig sogenannten, aber von den Briten eingeführten Konzentrationslagern interniert und mussten Zwangsarbeit verrichten. Fast die Hälfte der Gefangenen starb an den Folgen von Mangelernährung, Krankheiten und Misshandlungen.

Anfang des Jahres fand auf Initiative der AG Baakenhafen mit Mitarbeitern der Forschungsstelle „Hamburgs (post)koloniales Erbe“ an der Universität Hamburg ein Rundgang durch das neue Viertel Baakenhafen mit anschließender Diskussion statt. Es fragt sich, ob die Beteiligten an der Suche nach einem Gedenkort an die Kolonialgeschichte des Deutschen Reiches ihre Aufmerksamkeit auch auf die gegenwärtige Situation in Afrika richten. Immer mehr Organisationen prangern die Ausbeutung der Menschen und der Natur in Afrika an, die insbesondere von den ehemaligen Kolonialmächten, darunter

auch Deutschland, im Zeichen der Energiewende ungeniert fortgesetzt wird.

Auch das Bündnis „Gemeinsam für Afrika“ mit Sitz in Berlin kritisiert auf seiner Internetseite den „grünen Kolonialismus als neue Form der Kolonialisierung“. Zahlreiche Prominente unterstützen die Organisation, darunter Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier als Schirmherr.

In einem Artikel mit dem Titel „Grüner Kolonialismus – ein grüner Wettlauf um kritische Ressourcen in Afrika“ heißt es: „Diese Art des Ressourcenabbaus in

Immer mehr Organisationen prangern die Ausbeutung der Menschen und der Natur in Afrika an, die insbesondere von den ehemaligen Kolonialmächten, darunter auch Deutschland, im Zeichen der Energiewende ungeniert fortgesetzt wird

Ländern des Globalen Südens und zum Wohle des Globalen Nordens erinnert sehr an die Strukturen aus Zeiten des Kolonialismus.“ Dabei kommt das deutsch-namibische Wasserstoffabkommen „Hyphen Hydrogen Energy“ an der südlichen Atlantikküste Namibias in den Blick.

Es handelt sich um eine Kooperation des brandenburgischen Energieunternehmens Enertrag mit der britischen Nicholas Holdings. Gigantische Wind- und Solarparks südlich der Kleinstadt Lüderitz sollen auf rund 2000 Quadratkilometern

im Tsau/Khaeb-Nationalpark der Namib-Wüste entstehen. Hier, im Diamantensperregebiet, hat sich ein einzigartiges Biotop entwickelt, angepasst an die aride – also trockene – Region. Geplant ist, mit „grünem“ Strom aus Wind- und Solarenergie eine Wasserstoff-Fabrik am Hafen von Lüderitz zu betreiben.

Aussöhnung wird infrage gestellt

Die sogenannte „saubere“ Energie in Form von Wasserstoff und Ammoniak ist zumindest anteilig für den Export nach Deutschland und Europa bestimmt. Während arme Menschen in der Region wieder mal auf ein Jobwunder hoffen, regt sich im ganzen Land Protest nicht nur wegen der Zerstörung des bislang streng geschützten Biodiversitäts-Hotspots.

Aktivisten und Nachkommen der im Kolonialkrieg ermordeten Menschen wollen es nicht hinnehmen, dass die Halbinsel Shark Island in der Lüderitzbucht, auch Death Island genannt, durch den Bau des geplanten Tiefseehafens ganz oder teilweise zerstört wird, noch dazu ausgerechnet durch ein deutsches Unternehmen.

Seit 2019 ist Shark Island ein nationaler Gedenkort an die Verstorbenen im Konzentrationslager auf der Insel während der deutschen Kolonialherrschaft. Wegen der grauenhaften Zustände starben 1000 bis 3000 Menschen im Lager und später auf dem Festland an Unterernährung und Krankheiten. Die Vertreter der betroffenen Volksgruppen erklären, dass eine Aussöhnung beider Länder auf der Basis bisheriger Verhandlungen nicht stattfinden kann.

In einem Artikel vom 17. Februar auf dem Portal „www.theconversation.com“ schreiben die Autoren: „Europäische Länder und Industrien verursachen fortgesetzt ökologische, soziale und kulturelle Schäden zugunsten ihrer eigenen Klimagenda. Namibias Meeresküste und ‚Shark Island‘ sind kein leerer Raum, der zur Ausbeutung für Europas zukünftige Energieversorgung zur Verfügung steht. Wir brauchen für eine echte Aussöhnung ein tieferes Verständnis für die Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart.“

POTSDAM

Ein Wandbild fürs Schloss auf der Pfaueninsel

Ab dem 25. Mai ist das Schloss auf der Pfaueninsel im Südwesten Berlins wieder für das Publikum zugänglich. Sanierungsarbeiten sorgten dafür, dass es lange Zeit geschlossen blieb. Als letzter Baustein dieser wurde jetzt das neue Wandbild in der Bogennische des Schlosses fertiggestellt. Die Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) hatte dazu 2024 einen Wettbewerb ausgeschrieben, der an das Street-Art-Duo Julia Heinisch und Frederic Sontag ging, das das Wandbild in den vergangenen Tagen vor Ort an die Fassade anbrachte.

Bereits zur Erbauungszeit existierte ein Wandbild in der Bogennische an der weithin sichtbaren Hauptansichtseite des Schlosses, das der aus Livorno stammende Architektur-, Landschafts- und Dekorationsmaler Peter Ludwig Burnat (1762–1817) geschaffen hatte. Zeichnungen, Gemälde und Druckgraphiken des frühen 19. Jahrhunderts überliefern das ungefähre damalige Aussehen dieses Wandbildes: Es zeigte einen Ausblick durch einen gemauerten Rundbogen mit hochgezogenem Fallgitter in eine parkartige Landschaft.

Auf diese erste Fassung bezog sich später auch das Wandbild der 1970er Jahre, das von dem Berliner Künstler Thomas Harndt ausgeführt wurde, das im Zuge der jetzigen Sanierung wegen



Schloss auf der Pfaueninsel mit dem Wandbild in der unteren Bogennische

seines schlechten Erhaltungszustandes fachgerecht eingelagert werden musste. Die in der Bogennische vorhandene Leerstelle wurde nun wieder geschlossen. Dabei sollte Harndts Wandbild nicht kopiert, sondern – genau wie in den 1970er Jahren – als zeitgenössische Interpretation erneuert werden. Unter Berücksichtigung der ursprünglichen Gestaltungsidee entstand nun durch Heinisch und Sontag eine Illusionsmalerei, die durch einen gemalten Torbogen hindurch nicht etwa den Blick in einen Innenraum, sondern den Ausblick in eine Landschaft vortäuscht.

Das Schloss auf der Pfaueninsel wurde 1794 bis 1795 vom Potsdamer Zimmermeister Johann Gottlieb Brendel für König Friedrich Wilhelm II. als ländlicher Rückzugsort errichtet. Der Bau zitiert äußerlich die Form eines „römischen Landhauses“, das man sich als ruinenhafte Kastellburg vorstellen könnte. Bei näherer Betrachtung offenbart sich die Fassade jedoch als hölzerne Staffage. Dass die Innenräume aus der Zeit um 1800 bis heute gänzlich unverändert erhalten geblieben sind, ist einmalig in der Berlin-Brandenburgischen Kulturlandschaft. tws/SPSG

● FÜR SIE GELESEN

Gedanken
zur Gegenwart

In modernen Gesellschaften ist das menschliche Bedürfnis immanent, anderen eigene Ansichten mitzuteilen. Oftmals ist damit die Absicht verbunden, Gleichgesinnte zu finden. Wer nicht auf der Straße demonstriert und wem der private Kreis für den Meinungsaustausch nicht ausreicht, schreibt möglicherweise ein Buch. Zu diesem Schritt hat sich Hans Michael Happel entschlossen und einen Band mit dem Titel „Vom Nachteil ein Deutscher zu sein. Gedanken zur Gegenwart“ veröffentlicht.

Als ehemaliger Fachhochschuldozent für wissenschaftliches Arbeiten und Rhetorik und als Professor für Sozialwissenschaften und Kommunikation ist der Autor ein aufmerksamer, „meinungsstarker“ Beobachter der politischen Entwicklung sowie gesellschaftlicher Strömungen in Deutschland. Der kleine Band enthält ein Konvolut seiner zugespitzt formulierten Ansichten und zur Diskussion gestellten offenen Fragen überwiegend zu Entwicklungen in Deutschland, selten darüber hinaus. Das Glas ist eher halbvoll. Überwiegend ernsthaft, mitunter ironisch und gespickt mit Zitaten und Fakten, offenbaren seine Kommentare eine ablehnende Haltung der „Woke-Kultur“ und des linken gesellschaftspolitischen Spektrums. Etlliches ist allerdings nicht neu und es fehlt das Eigenartige, Besondere. Daher ist das Lesen nicht durchweg kurzweilig.

Dagmar Jestrzanski



Hans Michael Happel: „Vom Nachteil ein Deutscher zu sein. Gedanken zur Gegenwart“, Verlag Haag & Herchen, Hanau 2024, broschiert, 124 Seiten, 18 Euro

Ein nettes
Lesevergnügen

Jakob wird 50. Er fühlt sich alt und ausgelagt. Seine Freundin Ellen wollte eine Party für ihn ausrichten, aber Jakob hat sie gebeten, diesen Tag unbemerkt verstreichen zu lassen. Ihr ungewöhnliches Geschenk verleitet ihn dazu, ins Schwimmbad zu gehen. Zufällig trifft er dort seine alte Liebe Inken wieder. Sie hat zufällig Wein und Snacks für ein Picknick dabei. Jakob genießt das Gespräch und den Rückblick auf Zeiten, in denen er noch jung und erfolgreich war.

Lucy Fricke Roman „Das Fest“ erzählt von einem lust- und hoffnungslosen Mann, der durch Treffen mit alten Freunden wieder Lebensmut bekommt. Ein Buch über Freundschaft, Erinnerungen und die Hoffnung, dass das Leben mit 50 noch lange nicht zu Ende ist. Die Hamburger Autorin beschreibt Emotionen und Ereignisse, die alltäglich sind, aber trotzdem besonders werden können. Ein nettes Lesevergnügen, das man auch ein zweites Mal lesen könnte. *Angela Selke*



Lucy Fricke: „Das Fest“, Claassen Verlag, Berlin 2024, gebunden, 138 Seiten, 20 Euro

REISEFÜHRER DER WOCHE

Abenteuer Kroatien

Baden an belebten oder einsamen Stränden, Wandern in wunderschöner Landschaft, Wein probieren oder Feiern – das mediterrane Land hat Urlaubern viel zu bieten



Von Insel zu Insel hüpfen oder Land und Leute im Landesinneren kennenlernen – wer sich eine individuelle Tour durch das beliebte Urlaubsziel Kroatien zusammenstellen will, dem sei der neue Reiseführer aus der Reihe Lonely planet „Entdecke Kroatien“ empfohlen. Von klassischen Reiseführern unterscheidet er sich durch eine neuartige Aufmachung. Die Gewichtung liegt auf einer bestimmten Thematik, zum Beispiel

„Märchenhafte Dörfer und Burgen“ vor den Toren Zagrebs. Zwar sind die Kapitel in Gegenden von Norden nach Süden aufgeteilt, jedoch werden diese unterhaltsam und informativ mit Texten und Bildern beziehungsweise Graphiken aufgelockert. Allgemeine praktische Informationen zu Übernachtungsmöglichkeiten und kulinarischen Besonderheiten runden das Buch ab.

Manuela Rosenthal-Kappi



Lonely planet: „Entdecke Kroatien. Ab ins Abenteuer“, MairDumont Verlag, Ostfildern 2025, broschiert, 258 Seiten, 19,95 Euro

GESCHICHTE

Zur Entstehung von Kriegen

Von vorbiblischen Jahrhunderten bis zur Gegenwart – Wie Konflikte bewältigt werden können

VON KARLHEINZ LAU

Der Archäologe Harald Meller, der Historiker Kai Michel und der Evolutionsbiologe und Verhaltensforscher Carel van Schaik wollen mit ihrem Buch „Evolution der Gewalt. Warum wir Frieden wollen, aber Kriege führen. Eine Menschheitsgeschichte“ die Frage prüfen, ob Gewalt und Krieg angeboren sind in der Natur des Menschen. Sie betonen, dass diese Frage nur in Kombination der Wissenschaften und nicht nur in der Ethnographie oder Archäologie behandelt werden kann.

Nur die Forschungsergebnisse der infrage kommenden Wissenschaften könnten das echte Ergebnis erzielen. Das betreffe hauptsächlich die vorbiblischen Jahrhunderte und Jahrtausende. Die Forscher sind auf Felsmalereien, tierische und menschliche Knochenfunde, steinerne Faustkeile angewiesen, und erst in relativ jüngerer vorbiblischer Zeit kamen Schriftzeichen, Sprache sowie die Fähigkeit, Feuer zu entfachen, hinzu. Parallel wurden aus Jägern und Sammlern sesshafte Personenverbände mit Getreideanbau und Schafs- und Rinderhaltung.

Moderne Forschungsmethoden schaffen Klarheit

Kriegsähnliche Handlungen oder Kriege konnten aus den vorhandenen Quellen nicht angenommen werden, allenfalls gewaltähnliche Spuren an einzelnen Skeletten. Viele Interpretationen und Mutmaßungen waren notwendig, mit der Gefahr des Irrtums. Übereinstimmend stellen die Autoren fest: „Wir haben das große Glück, dass seit einigen Jahren eine ganze Reihe von Wissenschaften mit immer raffinierteren Methoden dazu beitragen, ein im-

mer genaueres Bild der Vergangenheit zu zeichnen“ – und das weltweit und nicht nur auf Europa bezogen.

An anderer Stelle heißt es: „Wir präsentieren keine Kriegsgeschichte voller Pulverdampf und Schlachtenlärm. Die Auffindung des Massengraves führte die Autoren zu grundsätzlichen Fragen zu Krieg, Gewalt und Frieden. Das Ziel unseres Buches ist evolutionäre Aufklärung: Wir legen auf Basis des aktuellen Forschungsstandes und eigener Arbeiten eine Anamnese der Vorgeschichte des Krieges vor“.

Vorgeschichte des Krieges

Das Buch ist in vier Teile und einer Zusammenfassung „Zwölf Lektionen“ gegliedert. Einleitend geht es um das 1632 angelegte und erst jetzt entdeckte Massengrab von Lützen mit 47 Skeletten. Hier fand eine der größten Schlachten des Dreißigjährigen Krieges zwischen Wallenstein und dem Schwedenkönig Gustav Adolf statt, der tödlich verletzt wurde. Unweit von Lützen auf dem ehemaligen Schlachtfeld entsteht das „Museum 1632“, dessen Kernstück das Massengrab ist. Dieses führte zu grundsätzlichen Fragen zum Verhältnis Krieg und Mensch.

Gehören Kriege zur Natur des Menschen oder sind Menschen weder auf Krieg noch auf Frieden festgelegt? Auch im weiteren Verlauf der Darstellung werden diese grundsätzlichen Fragen erörtert. Es werden keine wichtigen Orte seit konkreter schriftlicher und/oder mündlicher Überlieferung, die im Zusammenhang mit kriegerischen Auseinandersetzungen stehen, ausgelassen. Mesopotamien und Ägypten gelten bis heute als Wiege der Zivilisation – so das Autorenteam. Die Summe aller Darstellungen

über die Jahrtausende alte Vorgeschichte macht deutlich, wie kompliziert die Einordnung der auszuwertenden Felsmalereien, gefundenen Werkzeuge und vorhandener Skelette sein muss. Ohne die hohe Kompetenz der Forscher aller Disziplinen hätten wir nicht die Kenntnisse über die Vorgeschichte des Menschen. Kriege wurden nicht überliefert, dafür Gewaltausbrüche innerhalb von Personenverbänden.

Qualitative Veränderungen beziehungsweise Weiterentwicklungen setzten erst in unserem erdgeschichtlichen Zeitalter ab dem 3. Jahrtausend v. Chr. ein. Deutlichere Erkenntnisse in der Archäologie und Ethnographie, Entzifferung von Schriftzeichen sowie erste Anfänge mündlicher Überlieferungen wurden möglich. Auch die Bibel spielt eine zunehmend bedeutende Rolle.

Von Beginn unserer Zeitrechnung an häufen sich kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Stadtstaaten und Flächenstaaten mit immer wirksameren Waffen und Waffensystemen. Negative Höhepunkte sind der Erste und der Zweite Weltkrieg und die Jahrzehnte nach 1945. Religiöse Strömungen oder politische Ideologien sind häufig Konflikt-Ursachen. Diese Entwicklungen führen bis heute zur immer wieder gestellten Frage: „Wie tief ist der Krieg in die Natur des Menschen eingeschrieben?“ Gibt man religiöse oder politische Motivationen an, wie wir sie auch heute erleben, müsste man in tiefe Resignation oder in einen nicht aufhebbaren Fatalismus fallen.

Diesen Eindruck müssen Passagen des Buches vermitteln, dem ist aber nicht so. Je näher man an unsere Gegenwart herankommt, desto klarer werden die Versuche von Menschen, Gewalt und kriegerische

Auseinandersetzungen zu beenden oder durch Kompromisse zu entschärfen.

Wille zur friedlichen Regelung

Dieser Wille zur friedlichen Regelungen von Konflikten und Kriegen wuchs weltweit und besonders in Europa. Genannt werden Völkerbund (1920), Vereinte Nationen (1945) oder der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (1959) sowie in den Zivilgesellschaften zahlreiche Aktivisten und Initiativen, die sich für die Beendigung von Kriegen einsetzen. Die Autoren sprechen es aus: „Diese historischen Prozesse, den Krieg zu bändigen, untermauern den Befund unserer ... Bestandsaufnahme: sie bestätigen die Stärke der menschlichen Natur.“ Damit werden aus dem oben genannten Fatalismus doch Hoffnung und ein wenig Zuversicht trotz der gegenwärtigen Weltlage.

Es ist ein wichtiges Buch gerade für unsere Zeit, das gründlich und mit Ruhe gelesen werden muss. Es ist gut geschrieben, mit spannenden Passagen aus dem Alltag archäologischer Forschungsarbeit sowie Verweisen auf historische Ereignisse im Rahmen kriegerischer Vorgänge. Wer sich für die angesprochenen Probleme interessiert, dem ist dieses Buch besonders zu empfehlen.

Harald Meller/Kai Michel/Carel van Schaik; „Die Evolution der Gewalt. Warum wir Frieden wollen, aber Kriege führen. Eine Menschheitsgeschichte“, dtv Verlag, München 2024, gebunden, 364 Seiten, 28 Euro



EMILIE WINKELMANN

Deutschlands erste freiberufliche Architektin

Die Tochter eines Lehrers und Enkelin eines Zimmermanns kam vor 150 Jahren im preußischen Aken zur Welt

VON STEFFEN ADAM

Aken liegt heute im Landkreis Anhalt-Bitterfeld in Sachsen-Anhalt. Als Emilie Winkelmann am 8. Mai 1875 geboren wurde, gehörte die rund acht Kilometer westlich von Dessau-Roßlau liegende kleine Hafenstadt an der Elbe noch zum Kreis Calbe, Regierungsbezirk Magdeburg der preußischen Provinz Sachsen. Deutschlands erste freiberufliche Architektin war also eine gebürtige Preußin.

Der Apfel fiel nicht weit vom Stamm. Die Winkelmanns waren Zimmerleute. Der Großvater führte den Betrieb, in dem die Enkel von Kindesbeinen an mitarbeiteten, das Handwerk lernten und mitarbeiteten. Die Eltern waren Lehrer. Der Bruder erbt die Zimmerei. Emilie zimmerte in der Werkstatt und auf dem Bau, Holzbalken abbindend und zuschneidend, Holzverbindungen zu Fachwerken und Dachkonstruktionen sägend und diese dann vor Ort aufrichtend. Der Umgang mit allen am Bau beteiligten Handwerkern aller Gewerke prägte Emilie Winkelmann für ihr ganzes Leben. Emilie stand ihren Mann.

Schon der Großvater erkannte, dass Emilie präzise und akkurat zeichnete. Er übertrug ihr die Anfertigung der erforderlichen technischen Werkpläne nach Entwürfen der Auftraggeber. Diese fremde Kreativität löste bei ihr den Wunsch aus, selbst planerisch wirken zu können, wirken zu dürfen. Dafür war ein Studium notwendig. Universitäten waren im Preußen Kaiser Wilhelms II. nicht für Frauen zugelassen. Emilie schrieb sich 1902 als „E. Winkelmann“ an der Technischen Universität in Hannover ein. Das Immatrikulationsamt konnte sie täuschen, das Studium musste sie jedoch als „Hospitantin“ absolvieren. Wie Häuser handwerklich aussehen müssen, wusste sie längst. Sie belegte entsprechend dem damals gängigen Historismus vorzugsweise die Fächer Baugeschichte, Stilkunde und Ornamentik. Das Staatsexamen aber wurde ihr noch am Tage der Prüfung 1906 versagt.

1907 zog Emilie Winkelmann in die aufstrebende preußische und reichsdeutsche Hauptstadt. In ihrer ersten Wohnung in der Hohenstauffenstraße 49 richtete sie sofort ihr eigenes Büro samt Telefon ein. Anfangs arbeitete sie auch für andere Büros. Selbstständig beteiligte sich Winkelmann an einem Wettbewerb für ein Theatergebäude mit Festsaal auf einem komplizierten Grundstück in der Berliner Blumenstraße in Friedrichshain. Sie errang den ersten Preis.

Die Fachwelt war begeistert. Das großbürgerliche Publikum war es auch, und dabei noch vor dem männlichen der weibliche Teil. Aus persönlichen Erfahrungen hatte Winkelmann die ungeheure Bedeutung von Frauenrechten, Frauenbildung und Frauenwohl für beide Hälften der Bevölkerung erkannt. Sich für diese einzusetzen, falls nötig für diese zu streiten und zu kämpfen war ihr aus Verantwortung und Pflichtbewusstsein selbstverständlich. Sie engagierte sich im Lyceum-Club Berlin.

Dieser war 1905 von Marie von Bunsen nach englischem Vorbild gegründet worden. Der Club orientierte sich am Londoner Vorbild und war vor allem für Frauen der Oberschicht gedacht. Er bot aber auch Künstlerinnen und Wissenschaftlerinnen ein Forum. Dazu zählten die bedeutende Grafikerin Käthe Kollwitz, die Schriftstellerin Clara Viebig und die Komponistin Martha von Wittich. Winkelmann erhielt Aufträge der Ehemänner von Lyceumsdamen wie Erna Gumpel, Julie Meyer, Katharina Zittemann oder Adele Grube für Villen und Landhäuser in den reichen



Zur Zeit ihres Studienbeginns im Jahre 1902: Emilie Winkelmann

Bild: Stadtarchiv Aken

westlichen Vororten Babelsberg, Zehlendorf, Grunewald und Neu Westend.

Diese Entwürfe folgten der damals hochmodernen Reformarchitektur. Der Sockel wurde mit Naturstein verkleidet, die Putzfassade mit sparsamen Ornamenten versehen. Ober- wie Dachgeschoss waren eine wilde Dachlandschaft mit Giebeln, Gauben, Türmen aus Holz. Da fand Winkelmanns Handwerk mit der Formensprache eines Hermann Muthesius, eines Ludwig Hoffmann oder Alfred Messel die Nähe und das Gefallen der Kundschaft. Sie entwarf von nun an etwa drei bis fünf Villen pro Jahr und vergrößerte ihr Büro personell. Elisabeth von Knobelsdorf und Therese Mogger haben ihr Studium als Innenarchitektinnen 1908 mit Prüfung abschließen dürfen. Nun arbeiteten sie mit anderen im Büro Winkelmann. Neue Räumlichkeiten mussten her. 1910 zog Winkelmann samt Büro in die Geisbergstraße 43.

Die Hotelbesitzerin Emma Tscheuschner erinnerte sich zu ihrer Anfrage über den erforderlichen Umbau ihres Hotels, Kurfürstenstraße 112a Ecke Keithstraße: „Als ich Fräulein Winkelmann den Hausplan vorlegte u. sie insbesondere auf die ärgerlichen Schwierigkeiten hinwies, die mir die drei Eckzimmer mit ihrem Eingang in jeder Etage bereiteten, sagte sie

nach 12 Minuten des Überlegens – ich hatte die Uhr vor mir u. zufällig darauf gesehen: ‚Ich weiß, wie man es machen könnte!‘ 2 Architekten u. den Erbauer des Hauses hatte ich vorher um Rat gefragt, wie man das Haus vorteilhafter ändern könnte. Keiner dieser drei Architekten wussten Rat – mit welcher Genialität meisterte Emilie W. alle Schwierigkeiten...“

Bauen für Frauen

Tscheuschner beeindruckte nicht nur der Entwurf, sondern auch die kurze, dreimonatige Bauzeit. Nach Fertigstellung durfte Winkelmann 1912 ihr gesamtes Büro mit allen 14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Hochparterre und Zwischengeschoss des Hotels unterbringen. Der Hotelumbau begeisterte die Hotelgäste, Landadlige wie die Familie von der Marwitz, den Baron von der Lepel, die Familie von der Schulenburg sowie Joachim von Rosenberg, die sich nach dem wunderbaren „Architekten“ erkundigten. Sie alle besaßen von Pommern über Mecklenburg und Schleswig bis Westfalen Herrenhäuser oder Landsitze, die dringend des Umbaus und der Sanierung bedürfteten. Tscheuschner verwies darauf, dass ihr Hotel nunmehr auch über ein Architekturbüro verfügte, betrieben und geleitet von Emilie Winkelmann, der ersten

selbstständig freischaffenden Architektin in Deutschland.

1912 organisierte Gertrud Bäumer für den Lyceum-Club unter allerhöchstem Protektorat ihrer Majestät der Kaiserin und Königin in den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten die Ausstellung „Die Frau in Haus und Beruf“. Winkelmann wurde gefragt, ob sie denn auch schon fertige Projekte anzubieten habe. Sie konnte sich mit 30 umgesetzten Planungen an der Ausstellung beteiligen. Die Ausstellung wurde finanziell ein großer Erfolg, der es dem Lyceum-Club erlaubte, ein Wohnhaus am vornehmen Lützowplatz zu erwerben. Für den erforderlichen Umbau des „Hauses des Deutschen Lyceum Clubs“ verpflichtete der Club seine rühmige Architektin.

Zu jener Zeit war es der Genossenschaft für Frauenheimstätten gelungen, zur Wohnungsversorgung alleinstehender, berufstätiger Frauen und Ruheständlerinnen ein Baugrundstück in Babelsberg-Nowawes bei Potsdam zu erwerben. Winkelmanns Entwurf sah 14 separate Wohnungen um Gemeinschaftsräume und Gemeinschaftsküche vor. Das Haus wurde 1914 von jenen Frauen bezogen, „die sich nach der Mühe eines arbeitsreichen Daseins eine gewisse Selbständigkeit bewahren wollten, ohne dabei zu völ-

liger Einsamkeit verdammt zu sein“. So galt beispielsweise der Lehrerinnenzölibat noch bis 1919.

Nationalen Ruf erreichte Winkelmann mit dem Gewinn des Wettbewerbs zum Bau des „Hauses der Frau“ für die Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik auf der Buchmesse in Leipzig 1914. Sie erhielt die goldene Medaille der Stadt Leipzig für die Ausführung.

Im selben Jahr gewann Winkelmann den Wettbewerb zum Victoria-Lyceum, einem Mädchen- und Fraueninternat (heute Otilie-von-Hansemann-Haus). Zur breiten Berliner Straße 37/38 (heute Otto-Suhr-Allee 18–20) legte sie in Sichtweite zur Technischen Universität Charlottenburg einen großen Portikus mit Altan. In diesem Gebäudetrakt waren die Gemeinschafts- und Klassenräume sowie ein Hör- und Theatersaal untergebracht. Die Wohnräume der Studentinnen lagen in den Seitenflügeln, die einen parkartigen Garten umschlossen. An der hinteren Grundstücksgrenze blieben das Pfortner- und Kutscherhaus im Bestand erhalten. Die Sponsorin des Studienhauses für Frauen, Otilie von Hansemann, gestattete es Winkelmann, das Kutscherhaus als Wohnung und Architekturbüro umzubauen und zu nutzen. Ab 1917 residiert die Architektin in der Frauenhofer Straße 23–27.

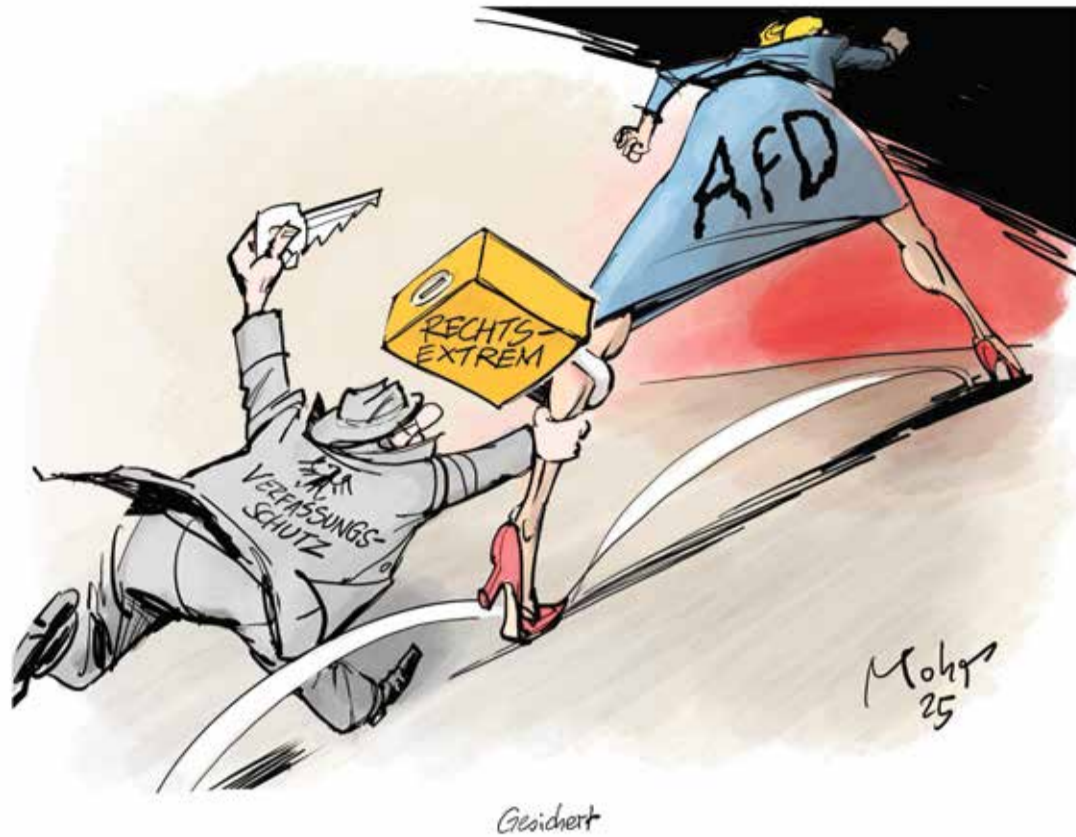
Die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg wurden schwere Zeiten für das Büro Winkelmann. Dem Lyceum-Club ging der Adel verloren. Wer sich noch keine Villa hatte bauen lassen, baute auch keine mehr. Außerdem gab es mit dem Bauhaus in Weimar und dem Neuen Bauen nun eine neue zeitgemäße Architektursprache. Winkelmann verschloss sich dieser keineswegs, etwa mit dem Landhaus für Irmgard Bennaton, das durch seine Klinker-Sichtmauerwerksfassade der hanseatischen Moderne eines Fritz Schumacher oder Fritz Höger verpflichtet scheint. Nur die Aufträge für Gutshäuser, etwa Brinkhof, Carwitz, Grüntal, Klein-Kiesow, Krüge, Meden, Mellenthien, Petkow, Wiek oder Wundichow, sowie die Rittergüter Borowo, Friedrichstein, Gutsch, Kähmen, Nechteln bei Brühl, Neukirch, Nieden, Nietuskowo, Schelploh oder Wiesau sicherten vorerst den Bestand des Büros. Eduard Jobst Siedler befürwortete 1928 Winkelmanns Aufnahme in den Bund Deutscher Architekten, Landesbezirk Brandenburg. Als es dann doch nicht mehr reichte, zog sie mit stark reduziertem Büro in die Nürnberger Straße 7–8.

Ab 1933 bemühte sich Winkelmann, ihren Beruf fortsetzen zu können. Den Ariernachweis konnte sie erbringen. In die Reichskulturkammer der Bildenden Künste wurde sie 1938 aufgenommen. 1942 ließ sie der Rüstungsminister und Architekt Albert Speer auffordern, sich wie alle Architekten der Rüstungsproduktion zur Verfügung zu stellen. Die Gräfin von Saldern-Grünthal geborene von der Schulenburg bot Winkelmann Schutz und Versteck in dem von ihr sanierten Schloss bei Bernau. Nach dessen Bombardierung wechselten beide Frauen in das Anwesen Hovedissen der Familie von der Schulenburg in Leopoldshöhe. Hier erlebten sie das Kriegsende.

Winkelmann sah die Not der Flüchtlinge und baute jeden freien Quadratmeter im Gut und im umliegenden Bestand zu Notunterkünften um. Ihr letztes vollendetes Projekt ist das Wohnhaus für die Familie Grätz in Schuckenbaum bei Bielefeld. Am 4. August 1951 starb Emilie Winkelmann in Detmold. Am 4. September 1951 wurde sie in ihrem damals zur DDR gehörenden Geburtsort im Familiengrab beigesetzt.

● AUFGESCHNAPPT

Es gilt als Binsen, dass Deutschland seinen Bedarf an Fachkräften in Medizin und Pflege nicht durch eigenen Nachwuchs decken könne und daher Fachkräfte-Zuwanderung benötige. Ein Fall aus Nordrhein-Westfalen wirft jedoch Fragen auf. Wie „Focus online“ berichtet, wurde die Bewerbung eines deutschen Fachkrankenpflegers vom Klinikum Dortmund abschlägig beschieden mit der Begründung, dass man die „aktuell noch freien Stellen über internationale Fachkräfte bzw. Azubis nachbesetzen“ wolle. Der 39-jährige deutsche Bewerber zu „Focus online“: „Ich fühlte mich wertlos und ausgegrenzt.“ Rätselhaft, was hinter der Absage steckt. Ist es jene Multi-Kulti-Ideologie, die immer mehr Lebensbereiche durchsetzt hat? Oder spielen finanzielle Erwägungen eine Rolle? Sind Kräfte aus dem Ausland womöglich günstiger als Einheimische? Genau beantworten lässt sich dies nicht. Auf die Behauptung von der dringend benötigten Fachkräfte-Einwanderung wirft der Vorgang in jedem Falle ein schrilles Licht. **H.H.**



● STIMMEN ZUR ZEIT

Jan Philipp Burgard macht angesichts des jüngsten evangelischen Kirchentages in Hannover eine Empfehlung. In der „Welt“ (2. Mai) schreibt er:

„Millionen Menschen konsultieren Psychologen oder Coaches, statt einen Pastor um Rat zu fragen. Denn in Deutschland sind aus Seelsorgern häufig Umwelt-, Friedens-, Klima- oder neuerdings Queer-Aktivistinnen geworden ... Die Kirchen in Deutschland könnten von Afrika, Lateinamerika und Asien lernen, wo die Gotteshäuser deutlich voller sind als hierzulande. Denn dort füllt Spiritualität den Raum statt politische Predigten.“

Gegenüber „Apollo News“ (2. Mai) äußert sich der Staatsrechtler Dietrich Murswiek zur Einstufung der AfD als „gesichert rechtsextremistisch“ durch den Bundesverfassungsschutz:

„Die Verwendung eines ethnisch-kulturellen Volksbegriffs oder – wie es jetzt heißt – ein ethnisch-kulturelles Volksverständnis ist per se nicht verfassungsfeindlich und verletzt insbesondere nicht die Menschenwürde. Die Behauptung, dieses Volksverständnis ziele darauf ab, bestimmten Bevölkerungsgruppen einen rechtlich abgewerteten Status zuzuweisen, ist eine Unterstellung, die nach meiner Kenntnis bisher nicht durch Äußerungen von AfD-Politikern belegt ist.“

Gabor Steingart sieht im Vorgehen gegen die AfD eine schwere Hypothek. Im „Focus“ (5. Mai) schreibt er:

„Das Bundesamt für Verfassungsschutz – das noch der SPD-Innenministerin untersteht – plant den Raum für Zweifel. Der Aktionsradius des neuen Kanzlers wird eingegrenzt. Das Gelände vor und hinter der Brandmauer ist von nun an – wie einst die innerdeutsche Grenze – vermint und mit Selbstschussanlagen versehen.“

In den Augen von Julian Reichelt ist die Attacke auf die AfD gegen weit größere Kreise gerichtet als gegen die Partei selbst. Bei „Nius“ (5. Mai) warnt der frühere Chefredakteur der „Bild“-Zeitung:

„Die Geheimjustiz von Nancy Faeser und Verfassungsschutz richtet sich nicht einfach gegen die AfD, sondern gegen scharfe, polemische Migrationskritik insgesamt, also gegen Millionen Bürger. Das größte und gefährlichste politische Versagen des letzten Jahrzehnts in scharfen Worten zu kritisieren, soll aus der Meinungsfreiheit herausgelöst und kriminalisiert werden.“

● WORT DER WOCHE

„Was wir bei Corona erlebt haben, erfüllt für mich den Tatbestand der Wissenschaftskriminalität.“

Roland Wiesendanger, Physiker, der frühzeitig auf die Möglichkeit eines Laborfalls als Auslöser der Coronapandemie hinwies, im „Hamburger Abendblatt“ vom 3. Mai

DER WOCHENRÜCKBLICK

Die unerkannte Gefahr

Wie schnell wir alle zur „Bestrebung“ mutieren können, und wie die Wirklichkeit auf den Index kam

VON HANS HECKEL

Keine Ahnung, wie oft ich den Satz schon hören durfte: „Ich habe zwar den deutschen Pass, bin aber Türke.“ Nie habe ich mir etwas Besonderes dabei gedacht, wenn jemand so was gesagt hat. Der deutsche Pass bietet halt Vorteile gegenüber manch anderen, etwa die vielen Länder, in die man mit dem kleinen Adler vorne drauf visafrei einreisen darf.

Mit einem Schlag aber ist mir die ganze Brisanz des Satzes mit dem deutschen Pass ins Bewusstsein geschossen. Und wie gefährlich er ist – für den, der ihn sagt, genauso wie für mich. Hat der „Türke“ damit nicht sein „ethnisch-abstammungsmäßiges Volksverständnis“ selbst entlarvt? Und ebenso ich, wenn ich ihn – aus Respekt vor seiner Entscheidung, sich trotz des Passes weiterhin einem anderen Volk zugehörig zu fühlen – weiterhin als „Türke“ bezeichne?

Der Bundesverfassungsschutz (BfV) müsste uns jedenfalls beide aufs Korn nehmen und, wie es in der Pressemitteilung des BfV heißt, wegen unserer „die Menschenrechte missachtenden, extremistischen Prägung ... als gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ einstufen. Denn genau damit hat das Amt die entsprechende Einstufung der AfD gerechtfertigt: dem in der Partei angeblich „vorherrschenden ethnisch-abstammungsmäßigen Volksverständnis“.

Herrje! Und jetzt? Soll ich einem Mann, der sich trotz des deutschen Passes frech als „Türke“ identifiziert, etwa befehlen: „Du hast dich gefälligst als Deutscher zu betrachten, sonst verpfeife ich dich bei der nächsten Meldestelle, du finstere Bestrebung, du!“ Kommt irgendwie seltsam rüber, finden Sie nicht?

Die AfD hätte es der seinerzeitigen Innenministerin Faeser auch leichter machen können, indem sie per Parteitagbeschluss entschieden hätte, dass alle Deutschen, welche unsere Staatsbürgerschaft nicht von Geburt an besitzen, keine Deutschen mehr sein sollen. Hat sie aber nicht, zumal sich etliche Eingebürgerte in den Reihen der Partei tummeln, bis in höchste Ämter hinein. Die hätte mit so einer Entscheidung wohl ihre Schwierigkeiten. Als Ausweg blieb daher nur der Rückzug auf ein vermeintlich „vorherrschendes Verständnis“. Ziemlich dünne Soße. Ähnlich dünn wie die „Correctiv“-Ballade über das legendäre Treffen von Potsdam, deren Behauptung, auf der Zusammenkunft seien Plä-

ne zur „Remigration“ deutscher Staatsangehöriger mit ausländischen Wurzeln in die Herkunftsländer gewälzt worden, nach gerichtlicher Prüfung verpufft ist.

Im Grunde hat der Verfassungsschutz hier die Benennung einer weitverbreiteten Facette unserer Wirklichkeit auf den Index gesetzt. Wer einfach sagt, was er sieht, sollte sich künftig in Acht nehmen – das scheint die Botschaft zu sein. Wäre die bekannte Publizistin Hannah Arendt noch am Leben, würde sie jetzt die Alarmglocken läuten. Für Arendt war nicht der „Faschismus“ die größte Bedrohung der westlichen Demokratien, sondern der „Verlust an Wirklichkeit“, denn „wenn der Widerstand durch Wirklichkeit fehlt, dann wird prinzipiell alles möglich“.

An der Stelle hakt auch Leon de Winter ein. Der niederländische Schriftsteller beugt sich in der „Welt“ über die Wirklichkeit der deutschen Einwanderungspraxis. Das BfV führe als weiteren Beleg für sein Verdikt gegen die AfD nämlich den Tweet eines AfD-Mitarbeiters im Bundestag an, Wortlaut: „Verfehlte Migrationspolitik und Asylmissbrauch haben zum 100.000-fachen Import von Menschen aus zutiefst rückständigen und frauenfeindlichen Kulturen geführt.“

Der Tweet sei mittlerweile gelöscht, sagt de Winter, aber er „muss etwas gestehen“, wie er schreibt, nämlich: „Auch ich bin überzeugt, dass die Migrationspolitik gescheitert ist, auch ich sehe, dass zu viele Migranten in Europa aus rückständigen Kulturen kommen, in denen Frauen Männern untergeordnet sind und Juden gehasst werden.“ Folglich fragt sich der gefeierte Autor: „Bin ich jetzt gesichert rechtsextrem?“

Man kommt ganz durcheinander

Laut „Süddeutscher Zeitung“ hat das BfV noch mehr auf Lager, denn als „weiteres Gefahrenpotential gilt das Agieren der Partei in Parlamenten, wo sie Gepflogenheiten und Vorschriften missachtet“, soll es in der Begründung heißen. Gemeint ist tatsächlich die AfD, worauf man erst mal kommen muss. War es die AfD, die anderen Parteien die Besetzung von Posten wie den des Alterspräsidenten, von Parlaments-Vizepräsidenten oder Ausschussvorsitzenden verwehrt hat, die ihnen nach den parlamentarischen „Gepflogenheiten“ zustehen? Oder war es nicht eher umgekehrt?

Man kommt ganz durcheinander. Gern würden wir uns das mehr als tausend Seiten

lange Gutachten selbst ansehen. Aber das Papier soll geheim bleiben. Daher stochern wir ratlos im Nebel, solange wir nur die dünne Presseerklärung des BfV, kaum zwei Seiten, und ein paar durchgestochene Ergänzungen zu Gesicht bekommen.

Die Ratlosigkeit wächst umso mehr, wenn wir uns unsere Gesamtsituation vor Augen führen: Gewisse Ausformungen der Wirklichkeit sollen wir nicht mehr aussprechen, sonst sind wir ... fragen Sie Leon de Winter. Aber Lügen will man uns auch verbieten, wie der schwarz-rote Koalitionsvertrag ankündigt. Was bleibt denn dann?

Möglicherweise das hier: Wir beten stur nach, was „amtlich“ verbreitet wird, ohne auch nur mal nachzuzucken, ob das stimmt und gut begründet ist. Zahllose Medien machen gerade vor, wie wunderbar das funktioniert. Außer dem „Spiegel“, der stolz behauptet, die mehr als tausend Seiten bekommen zu haben (wie eigentlich?), konnten die anderen Journalisten auch nicht reinschauen und glauben dennoch – zwangsläufig ungeprüft – was ihnen der Inlandsgeheimdienst als Ergebnis auftischt. Und selbst das ist, wie wir gesehen haben, ja nicht sonderlich prickelnd. Ging Journalismus eigentlich immer so? Oder gehörte nicht einst der nagende Zweifel an allem (insbesondere, wenn es „von oben“ kam) zum Medienmacher wie die gute alte Schreibmaschine? Beides von gestern, wie es aussieht.

Nun argumentieren viele, allen voran Frau Faeser selbst, dass der Bundesverfassungsschutz ja vollkommen unabhängig und ohne jede Weisung zu seinem Ratschluss über die AfD gelangt sei. Damit sei er strikt unparteiisch und über alle Zweifel erhaben, soll das signalisieren.

Zweifler könnten darauf hinweisen, dass das BfV eine sehr wohl weisungsgebundene Behörde unter dem Regiment des Innenministers ist. „Unabhängig“ sind sie dort also höchstens soweit, wie der große Chef es zulässt. Und jener Chef war mit Ministerin Faeser jemand, der sehr nachvollziehbare parteipolitische Interesse im Umgang mit der AfD im Kopf haben dürfte.

Dürfen wir das andeuten? Oder fällt das schon unter „Delegitimierung“? Wir wissen es nicht. Nur das: Einen Mitbürger mit deutschem Pass, der mir hinsichtlich seiner Volkszugehörigkeit ein anderes Volk nennt als das deutsche, den werde ich künftig warnen. Damit er weiß, in welcher Gefahr er schwebt.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de